

Ausgabe 1 - Februar 2015

13. Jahrgang, Nr. 70

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Forschung & Krieg

Christoph Marischka ~ Wissenschaft im Krieg – staatliche Steuerung oder Ermöglichungsraum? – **1**

Thomas Gruber ~ Friedensstadt Augsburg? – **9**

Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der „Verantwortungsübernahme“ – Kongressankündigung – **11**

Deutschland und die Bundeswehr

Thomas Mickan ~ Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet? – **12**

Jonna Schürkes ~ Wer wird Soldat? – **16**

Helmut Groß ~ In Treue fest... ? – Vom Umgang mit der Geschichte in der bayerischen Provinz – **18**

Jürgen Wagner ~ Die Sozialdemokratie und die Vereinigte Armee von Europa – **21**

Peter Clausing ~ Deutsche Firmen in Mexiko – **23**

Carsten Albrecht ~ Bundeswehr zieht aus Sardinien ab – **25**

Pulverfass Nordafrika und Mittlerer Osten

Jürgen Wagner ~ Bahrain: Britische Militärbasis „Östlich von Suez“ – **26**

Jürgen Wagner ~ Libyen: Clintons Kriegslügen – **27**

Joachim Guilliard ~ Der Irak im Vielfrontenkrieg – **28**



Editorial:

Nach den furchtbaren Anschlägen in Frankreich haben sich die Politiker nur kurz Zeit genommen, Betroffenheit zu heucheln und den Wert der Meinungs- und Pressefreiheit herauszustreichen. Schon wenige Tage darauf folgte eine Erklärung von elf EU-Innenministern – darunter der ehemalige deutsche Verteidigungsminister De Maizièrre – die eine Zensur des Internets in Zusammenarbeit mit der Industrie einforderten. Schnell wurden mehrere EU-Gipfel, teilweise mit Beteiligung der USA, zur Bekämpfung des Terrorismus abgehalten, einer verbesserten Geheimdiensts Kooperation und Gesetzesverschärfungen das Wort geredet. Auf den Straßen Brüssels

patrouilliert nun das Militär, fotografieren darf man es dabei nicht - aus Sicherheitsgründen, die ersparen dann auch Bilder bewaffneter Soldaten vor den Institutionen des Friedensnobelpreisträgers EU.

Zu den Anschlägen, den Reaktionen und den Hintergründen – zu denen auch der Krieg gegen den Terror gehört, den Frankreich in der westlichen Sahara- und Sahelregion mit deutscher Unterstützung führt – findet sich noch nichts in der aktuellen Ausgabe des AUSDRUCK. Ebenso wenig zur Münchner Sicherheitskonferenz 2015, in deren Vorfeld die NATO und ihre Propagandisten kräftig an der Eskalationsschraube

im Konflikt mit Russland drehen. Dafür bietet sie ausführliche Beiträge zur Militarisierung der Wissenschaft und zur Entstehung des „Islamischen Staates“ in Syrien und dem Irak. Eine ausführliche Studie zur Rolle von EthnologInnen im Krieg sowie die Dokumentation des IMI-Kongresses 2014 „Wi(e)der die Großmacht“ wird in den nächsten Wochen erscheinen. Bis dahin wünschen wir eine gewinnbringende Lektüre des neuen AUSDRUCK, der auch zukünftig mit farbigem Umschlag und – auf den Wunsch vieler – mit einer anderen (größeren) Schrift erscheinen wird.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Jonna Schürkes, erstmals in Wissenschaft&Frieden 4/2014.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Manhattan Project 1943, Public Domain (Wiki-Begleittext: Operators at their calutron control panels at Y-12. Gladys Owens, the woman seated in the foreground, did not know what she had been involved with until seeing this photo in a public tour of the facility fifty years later).

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner und Jonna Schürkes sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan ist IMI-Beirat. Peter Clausing arbeitet bei México via Berlín e.V. (mexicoviaberlin.org). Thomas Gruber ist Mathematiker und Mitglied der Initiative Friedliche Uni Augsburg. Helmut Groß ist Friedensaktivist in Bad-Tölz. Carsten Albrecht ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag. Joachim Guilliard arbeitet mit beim Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg (www.antikriegsforum-heidelberg.de).

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Wissenschaft im Krieg

Staatliche Steuerung oder Ermöglichungsraum?

von Christoph Marischka

Die Militarisierung von Forschung und Lehre wird meist in der impliziten Annahme diskutiert, dass sie Ergebnis politischer Steuerung sei und dahinter ein mehr oder weniger klar formuliertes Programm stehe.¹ Hierfür gibt es in Deutschland aktuell tatsächlich Anzeichen, für die zunächst einige Beispiele genannt werden. Ergänzt man jedoch die aktuellen Tendenzen um eine historische Perspektive, so ergeben sich auch Hinweise darauf, dass zwischenstaatliche Konkurrenz, der Krieg und seine Vorbereitung Rahmenbedingungen schaffen, die den Interessen wissenschaftlicher Eliten und Institutionen durchaus entgegenkommen und von diesen auch bereitwillig genutzt werden. Demnach handelt es sich bei der Militarisierung von Wissenschaft weniger um einen von oben gesteuerten Prozess als um eine Dynamik, in der auch Teilen des Wissenschaftsbetriebs eine treibende Rolle zukommt. Aus einer solchen dynamischen Analyse lassen sich Symptome einer Militarisierung erkennen, die über die Frage hinaus gehen, ob und welche Rolle Staat und Militär bei der Formulierung von Fragestellungen und der Finanzierung von Forschungsprojekten spielen und welche Absichten sie damit verfolgen.

Hinweise auf staatliche Steuerung

Insbesondere was die Lehre angeht, gibt es vonseiten des Bundesverteidigungsministeriums die klar formulierte Absicht, eine Diskussion militärischer bzw. „sicherheitspolitischer“ Fragestellungen unter bestimmten Vorannahmen anzuregen und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Öffentlich beklagte etwa im Februar 2012 der ehemalige Verteidigungs-

minister, dass er bislang „keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden“ erkennen könne, obwohl er sich – so die Süddeutsche Zeitung daraufhin in indirekter Rede „Antworten auf aktuelle Fragen“ von dieser wünsche.

„Zum Beispiel: Dürfen Armeen Drohnen im Kampf einsetzen? Dürfen sie private Sicherheitsfirmen einspannen? Wie sollten Staaten auf einen Cyberangriff reagieren?“² Kurz zuvor war vom BMVg die neue Konzeption der Reserve³ veröffentlicht worden, in der festgestellt wurde: „Studierende sind als potenzielle zivile Führungskräfte der Zukunft eine bedeutsame Zielgruppe. Diesen Personenkreis zu gewinnen, ist erklärtes Ziel. Der VdRBw leistet dazu durch zielorientierte Information und Betreuung an Hochschulen einen unterstützenden Beitrag zur Personalgewinnung.“ Neben den Reservisten sind jedoch insbesondere die Jugendoffiziere ein Bindeglied zwischen dem Verteidigungsministerium und den Hochschulen. Aus ihren jährlichen Berichten geht deutlich hervor, dass sie nach Wegen und Möglichkeiten suchen, um dort in die „sicherheitspolitische Diskussion“ einzugreifen, Widerstände zu identifizieren und zu überwinden.⁴ So gilt es als besonderer Erfolg, wenn Jugendoffiziere benotete, prüfungsrelevante Veranstaltungen leiten dürfen. Da dies teilweise von Studierenden und Lehrenden kritisch gesehen würde, böten sich etwa auch Podiumsdiskussionen an, die zunächst einen Zugang zu den Hochschulen schaffen würden und es ermöglichen, persönliche Kontakte zu knüpfen. Einen vorläufigen Höhepunkt hat diese Einflussnahme des Bundesverteidigungsministeriums v.a. auf die sozialwissenschaftliche Lehre 2014 in der Einrichtung einer „Henry-Kissinger Professur für Governance und Internationale Sicherheit“ an der Universität Bonn erreicht, die ausschließlich vom Bund, zu fünf Sechsteln aus dem Bundesverteidigungsministerium finanziert wird. Diese Professur und das ihr zugeordnete „Center for International Security and Governance“ sollen



Schichtwechsel an der Y-12 Uran-Anreicherungsanlage in Oak Ridge, Tennessee, Teil der Großforschung des Manhattan-Projekts, Foto: Publik Domain über Wikipedia.



Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung (heute Max-Planck-Institut für Kohlenforschung) Mülheim an der Ruhr, Foto: Omis Törtchen über Wikipedia, CC

nach Angaben der Bundesregierung einen „Beitrag zur Verbreitung des außen- und sicherheitspolitischen Bewusstseins sowie zur Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses“ leisten.⁵ Nach einer ergebnisoffenen Forschung und Lehre klingt das nicht, entsprechend kritisierten der „freie Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) und das Landes-Asten-Treffen NRW die Stiftungsprofessur als „unlautere Einflussnahme auf die zivile Hochschullandschaft“.⁶

Regierungsnahe Bewegungen

Die Idee, über Stiftungsprofessuren Einfluss auf Forschung und Lehre zu nehmen, wurde bereits vor einigen Jahren zwar nicht von der Regierung selbst, aber von einer ihr nahestehenden Institution formuliert. Der sog. Celler Dialog geht auf eine Initiative des damaligen Commerzbank-Chefs Klaus-Peter Müller gemeinsam mit der 1. Panzerdivision des Heeres zurück und sollte der Verständigung zwischen Politik, Militär und Wirtschaft über gemeinsame sicherheitspolitische Ziele dienen. Daraus hervorgegangen ist im Jahr 2008 der „Celler Appell“, in dem angestrebt wurde „aktiv darauf hin[z]uwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.“⁷

Die Förderung dieses „sicherheitspolitischen Dialogs“ an den Universitäten hat sich auch der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) zur Aufgabe gemacht. Dieser versteht sich als „Nachwuchsnetzwerk“ und Dachverband von Hochschulgruppen an einzelnen Universitäten,⁸ deren Gründung er aktiv unterstützt und mit denen er gemeinsam Veranstaltungen mit Jugendoffizieren, anderen aktiven Soldaten oder auch Vertreter_innen der Rüstungsindustrie an den jeweiligen Hochschulen organisiert. Finanziert wird der BSH dabei insbesondere über den Verband der Reservisten der Bundeswehr (VdRBW) und den Förderverein „Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.“, in dessen Vorstand laut Homepage des BSH

„Personen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft vertreten sind“ und der auf Grundlage der Feststellung operiert, dass der „akademische sicherheitspolitische Nachwuchs ... früher und besser qualifiziert, vernetzt und in den fachlichen Dialog der Strategic Community eingebunden werden“ müsse.⁹ Der VdRBW wiederum untersteht den Weisungen des Generalinspektors der Bundeswehr und damit dem Verteidigungsministerium.

Ähnliche regierungsnahe Institutionen finden sich auch in der Forschungsförderung. Die Einrichtung der Deutschen Stiftung Friedensforschung etwa geht auf einen Beschluss des Bundestages nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zurück und sah von Anfang an vor, „dass die Forschungsfragestellungen in enger Interaktion mit der Politik festgelegt werden“.¹⁰ Entsprechend sind im Stiftungsrat der DSF laut Satzung Vertreter_innen nicht nur des Bundestages, sondern auch verschiedener Ministerien, u.a. des Verteidigungsministeriums, verbindlich vorgesehen.¹¹ Bereits zuvor waren 800.000 DM für „Prioritäre Erste Maßnahmen (PEM) zur Stärkung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung“ bereitgestellt worden, von denen über die Hälfte an das Deutsche Zentrum Luft und Raumfahrt (DLR) gingen. Auch das DLR ist als Verein organisiert, betreibt für Bundes- und EU-Institutionen Satellitenauswertungszentren, führt im Auftrag des Bundes Projekte der Rüstungsforschung durch und ist mit der Rüstungsindustrie bestens vernetzt. Seine Aufgaben hinsichtlich der DSF bestanden im „Aufbau des Förderschwerpunkts Friedens- und Konfliktforschung“ und der „Strukturierung und Systematisierung innovativer Suchprozesse für neue Fragestellungen an die Wissenschaft“.¹² Denn gegenüber der bis dahin in Deutschland existierenden, oft staats- und militärkritischen Friedensforschung ging es nun um eine „Erweiterung und Optimierung des Instrumentariums zur Friedenssicherung“ im Sinne der Integration ziviler und militärischer Mittel und einer stärkeren Ausrichtung auf die Politikberatung durch „zeitnahe[n] und effiziente[n] Transfer der Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung zu den politischen Entscheidungsträgern“.¹³ Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen) etwa forderte in der Debatte zum Antrag seiner Fraktion, dass „die bisherige Distanz zwischen Friedens- und Konfliktforschung auf der einen Seite und außen- und sicherheitspolitischer Forschung auf der anderen Seite abgebaut werden sollte“.¹⁴

Ähnlich unscharfe Grenzen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft finden sich auch in der naturwissenschaftlich-technischen Forschung. Das Forschungsprojekt SAGITTA etwa, bei dem es um die Entwicklung eines „Demonstrators“ (einer Art verkleinerter Prototyp) einer weitgehend autonomen Kampfdrohne mit Tarnkappeneigenschaften geht, erscheint nach außen hin zunächst als Initiative aus der Privatwirtschaft, ausgehend von der EADS-Tochter Cassidian. Diese beschrieb das Projekt auf ihrer Homepage als „Open Innovation Initiative“ mit dem Ziel, „Forschungsaktivitäten im Bereich Unbemanntes Fliegen durch nachhaltige Kooperation in den relevanten Kerntechnologie-Gebieten voranzutreiben und gleichzeitig den Fokus der Forschung mittel- bis langfristig in eine geschäftsorientierte Richtung für unbemannte / autonome Flugsysteme zu lenken. Der konkrete Nutzen von Sagitta besteht vor allem in der Möglichkeit, Zugang zu Spitzenabsolventen der Ingenieurwissenschaften zu bekommen und somit auch Zugang zum neuesten Stand der Wissenschaft, Forschung und Technologie, sowie zu den aktuellsten Trends an der Forschungsfront zu erhalten. Cassidian definierte hierbei die aus seiner F&T Strategie abge-

Institut Pasteur, Paris, Frankreich, Foto: Public Domain über Wikipedia



leiteten technologischen Kernthemen, wobei die akademische Welt (Universitäten, Forschungsinstitute, ...) aufgerufen war, ihren Beitrag beizusteuern.“ Hier wird ganz offen die Absicht benannt, „den Fokus der Forschung zu lenken“.¹⁵ Die Rolle des Staates und des Militärs als nahezu einziger Abnehmer solcher Produkte ist weniger offensichtlich, obwohl deren Vorstudien etwa zur „Wirksamkeit von unbemannten Luftangriffsflugzeugen“ und zu „Fähigkeiten unbemannter Gefechtsluftfahrzeuge in der Luft-Boden-Rolle“ sowie ihre „Konzeptionellen Grundvorstellungen zum Einsatz unbemannter Luftfahrzeuge“¹⁶ sicherlich in die Forschungsstrategien der Rüstungsindustrie einfließen. An SAGITTA ist aber neben der TU München, der Hochschule Ingolstadt und der TU Chemnitz auch wiederum das DLR beteiligt, sowie das Institut für Flugsystemdynamik der Universität der Bundeswehr in München, das bereits 2004 auf einer Tagung des Lobbyverbandes DGLR der anwesenden Rüstungsindustrie Vorüberlegungen zur Steuerung ganzer Schwärme von Angriffsdrohnen präsentierten, die stark an das Projekt SAGITTA erinnern.¹⁷

Clusterung, Anwendungsorientierung und Interdisziplinierung

Nur angerissen werden kann hier auch der Komplex der Forschungsförderung. Dabei ist zunächst festzuhalten, dass die Rahmenbedingungen und damit auch die praktische Bedeutung der Forschungsförderung durch die Bundespolitik (und zunehmend auch die Europäische Politik) gesetzt werden. Sie folgen dem Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“, in dem die Einwerbung von Drittmitteln bei gleichzeitiger relativer Verknappung der Grundfinanzierung als Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit und Voraussetzung weiterer Förderung gilt, wie es insbesondere in der sog. Exzellenzinitiative zum Ausdruck kommt. Während dies mittlerweile hinlänglich bekannt ist und auch häufig kritisiert wird, hat ein anderer Aspekt bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Vorstufe und Bedingung der Förderung als „Eliteuniversität“ ist die vorangegangene Einrichtung eines „Exzellenzclusters“ und die Formulierung eines Zukunftskonzeptes mit dem aberwitzigen Anspruch, letztlich die Forschung in allen Disziplinen an einer Universität einem gemeinsamen Profil zu unterwer-

fen. Zumindest nach außen hin muss Geschlossenheit und zumindest der Eindruck einer allumfassenden Koordination suggeriert werden, wobei vermeintliche „Interdisziplinarität“ natürlich das Schlüsselwort, gute Verbindungen zu Politik und Wirtschaft aber letztlich ausschlaggebend sind. Verstärkt wird letzteres – neben der allgemeinen Drittmittelabhängigkeit – auch dadurch, dass sich neben der Interdisziplinarität auch die Zusammenarbeit mit den Anwendern als Qualitätsmerkmal der Forschung und häufig auch Voraussetzung der Forschungsförderung etabliert haben. Das lässt sich deutlich sowohl am Rahmenforschungsprogramm der EU als auch der High-Tech-Strategie der Bundesregierung und an deren Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit erkennen. Ersteres machte es in mehreren Programmlinien zur expliziten Voraussetzung, dass sich für die Projekte Verbünde bilden, die öffentliche Universitäten, privatwirtschaftliche Unternehmen und Anwender aus mehreren europäischen Staaten (eingeschlossen waren auch u.a. die Türkei und Israel) umfassen. Insbesondere im Bereich der Sicherheitsforschung waren hierdurch einerseits Rüstungsunternehmen,¹⁸ andererseits sog. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), die den Innen- und Verteidigungsministerien unterstehen, nahezu zwangsläufig Kooperationspartner. Das Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit in Deutschland hatte eine andere Akzentuierung: Hier waren militärische Akteure kaum, polizeiliche und im Zuge der Begleitforschung juristische und sozialwissenschaftliche Institute aber umso mehr eingebunden. Dasselbe lässt sich auf der Ebene der jeweiligen Programmausschüsse, Gutachterkreise und Beiratsstrukturen beobachten. Während auf europäischer Ebene Rüstung, Verteidigungsministerien und europäische Agenturen wie Frontex eine offensichtlich prägende Rolle spielten, waren in der deutschen Sicherheitsforschung rüstungsnahe Forschungseinrichtungen und Polizeibehörden neben Sozialwissenschaftler_innen und Jurist_innen vertreten.¹⁹

In der Praxis jedoch griffen beide Programme oft ineinander,²⁰ prägten gemeinsam den Wettbewerb um Drittmittel im Streben nach Exzellenz und weisen gemeinsam eine Tendenz zur Anwendungsorientierung und „Interdisziplinierung“²¹ auf. Denn wie die Beteiligung der Militärs auf europäischer Ebene und die der Polizeibehörden auf deutscher Ebene, so führt auch



Das Herrenhaus von Bletchley Park (2002) war die Zentrale der britischen Codeknacker und ist heute ein Museum, Foto: Public Domain über Wikipedia

die juristische und sozialwissenschaftliche Begleitforschung in Deutschland zur Formulierung relativ konkreter Anwendungsszenarien oder setzt diese gar voraus. Interdisziplinarität im Kontext anwendungsorientierter Forschung und insbesondere Technologieentwicklung führt schnell zu Formen der Interdisziplinierung, indem potentiell widerständige Akteure oder Positionen von Anfang an einbezogen und einer gemeinsamen Zielvorstellung unterworfen oder aber marginalisiert werden. Derselben Logik folgt auch die Exzellenzinitiative, die zunächst insbesondere als zusätzliche Förderung integrationsfähiger Disziplinen und Persönlichkeiten erscheint, nach ihrem Auslaufen jedoch massive Einsparungen bei denen verursachen wird, die sich nicht in das gemeinsamen Profil eingliedern ließen.

Wissenschaft als Organisation

Sowohl die Tendenz zur Anwendungsorientierung als auch die der Interdisziplinierung begünstigen und sind Teil einer umfassenderen Tendenz zur Wissenschaft als Organisation. Dabei ist Organisation nicht primär als Körperschaft zu verstehen, sondern als Tätigkeitsprofil. Das Bild des Wissenschaftlers²² im akademischen Elfenbeinturm, der die Erforschung scheinbar belangloser Details als Selbstzweck und Lebensaufgabe betreibt, mag niemals allzu zutreffend gewesen sein, doch durch die (supra-)staatliche Hochschul- und Forschungspolitik wird es vollends obsolet. Der oder die Wissenschaftler_in kann sich v.a. durch das beständige Knüpfen und Erweitern von Netzwerken etablieren und profilieren – und zu diesen Netzwerken gehören (wieder) verstärkt privatwirtschaftliche Institutionen, Militär und Polizei. Für die eigentliche Forschung am Gegenstand bleibt kaum noch Zeit, wichtiger sind Konferenzen und Treffen mit Wirtschaft und Politik und die Organisation des Forschungsverbundes – dies gilt auch für die primär sozialwissenschaftlich geprägten Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Ein zentraler Teil dieser Forschungsverbünde ist ein Stab für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die jedes (vermeintliche) Teilergebnis ungeachtet möglicher Widersprüche als Erfolg vermeldet. In einer solcherart interdisziplinären, anwendungsorientierten und auf Konkurrenz ausgelegten Organisation von Wissen-

schaft geht „der zunehmende Verzicht auf innertheoretische Auseinandersetzungen zugunsten praktischer Lösungen einher mit einer Re-Definition der Wissenschaft, mit der Aufgabe von Werten wie Wahrheit oder Objektivität zugunsten der Machbarkeit“.²³

Die herausragendsten Beispiele für Wissenschaft als Organisation finden sich historisch in der Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs. Der Wissenschaftssoziologe Bruno Latour beispielsweise nennt den französischen Physiker Frédéric Joliot als Beispiel dafür, dass „Wissenschaft und Politik ein sehr verwickeltes Geflecht bilden“, in dem in diesem Fall „zwei bisher einander fremde Interessen (Krieg führen, Neutronen abbremser) zu einem einzigen neuen verschmelzen“.²⁴ Nur aufgrund Joliot's guter Verbindungen zur belgischen Bergwerksgesellschaft im Kongo, den dahinterstehenden Banken und zum Kriegministerium war es ihm möglich, jene Mittel und Komponenten – darunter das hart umkämpfte Schwere Wasser aus Norwegen – zu mobilisieren, um global Impulse für den Bau einer Atombombe zu setzen und den Wettbewerb hierum anzuschieben. In diesem Prozess jedoch vermengten sich auch die häufig getrennt gedachten wissenschaftlichen Triebfedern („Ideen, Prinzipien, Erkenntnisse und Methoden“) mit denen aus „Politik, Recht, Ökonomie, Institutionen und Leidenschaften“. „Die Vorstellung einer von der übrigen Gesellschaft losgelösten Wissenschaft“ sei nach Latour „so bedeutungslos ... wie die Idee eines Arteriensystems, das vom Venensystem abgeschnitten ist“.²⁵

Ein solches Ineinandergreifen von wissenschaftlichen und politisch-militärischen Interessen und die daraus hervorgehende Mobilisierung zuvor unerreichbarer finanzieller und institutioneller Förderung aus Industrie und Politik beschrieb jüngst auch der Wissenschaftshistoriker George Dyson für die Rolle des u.a. am Manhattan-Projekt beteiligten Mathematikers Von Neumann, dessen Forschung und insbesondere Forschungsorganisation vor und während des Zweiten Weltkriegs das hervorbrachte, was bis heute als Rechnerarchitektur von Computern gilt – deren Prototypen zuallererst damit beschäftigt waren, die Kettenreaktionen von Atombomben zu simulieren.²⁶ Nach dem deutsch-französischen Krieg 1871 waren vergleichbare Tendenzen bereits in der Biologie erkennbar: Die (Selbst-)Wahrnehmung als Konkurrenten zwischen dem

Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin Dahlem (heute Hahn-Meitner-Bau der Freien Universität Berlin), Foto: Fridolin Freudenfett CC über Wikipedia.



deutschen Robert Koch und dem Franzosen Louis Pasteur korrespondiert mit dem damaligen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, ihre Forschungen standen im Kontext der Kriegsvorbereitungen, die dazu beitrugen, dass erhebliche Mittel mobilisiert wurden und u.a. kasernierte Soldaten als Testpopulationen genutzt werden konnten. Mariko Ogawa etwa stellt im Sammelband „Bakteriologie und Moderne“ dar, wie unterschiedliche Theorien über die Cholera und deren Bekämpfung während der Epidemie 1883 in Ägypten von der jeweiligen nationalen Politik angeeignet und unterstützt wurden, um eine Schließung des Suezkanals aus primär geopolitischen Gründen einzufordern.²⁷

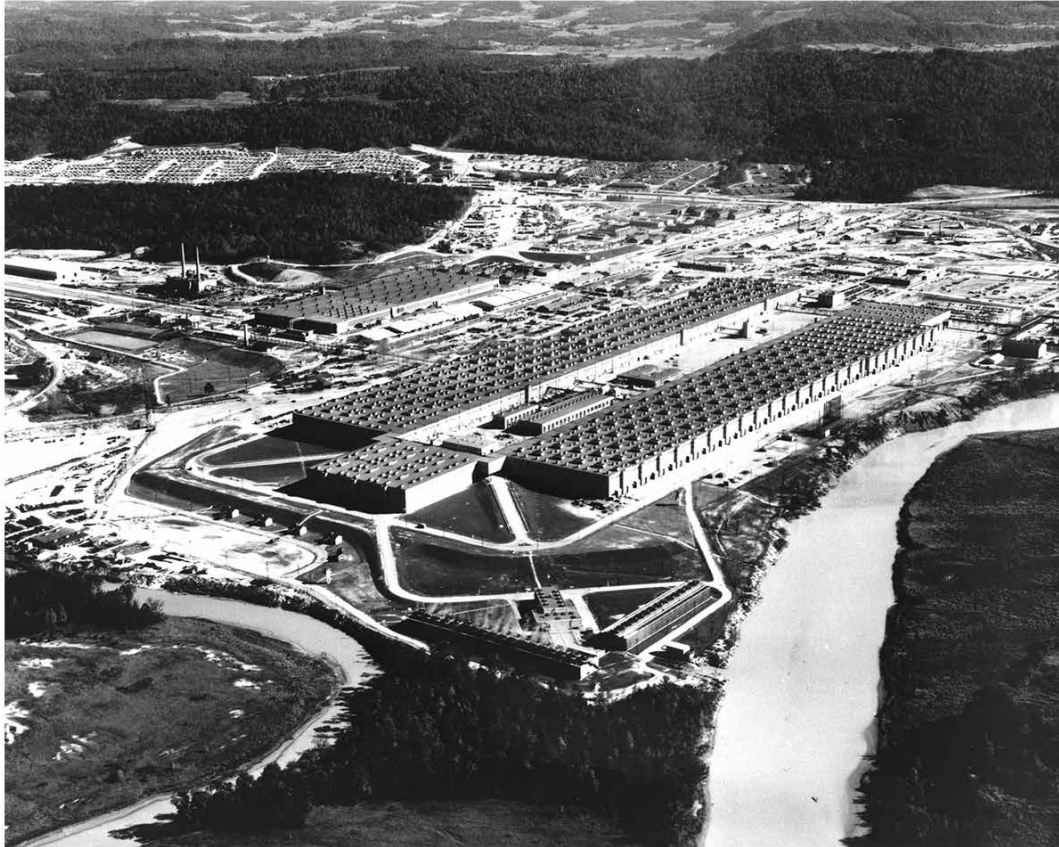
Übergang zur staatlichen Wissenschaft

Sowohl für Pasteur als auch für Koch wurden eigene Institute gebaut – das Institut Pasteur (gegr. 1888, Neubau 1901) und das Preußische Institut für Infektionskrankheiten in Berlin (gegr. 1891, Neubau 1901). Während ersteres zunächst v.a. durch Spenden und zweiteres durch staatliche Finanzierung aufgebaut wurde, stellten beide hybride Formen zwischen privatem Institut und öffentlicher Förderung dar. Beide Einrichtungen verfügten darüber hinaus über eigene Krankenstationen und ermöglichten deshalb eine unmittelbare Übersetzung der Grundlagenforschung in medizinische Verfahren. In Budget und Ausstattung waren sie für damalige Begriffe enorm, aber kaum zu vergleichen mit den Großforschungseinrichtungen, die im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und den USA entstanden, wo das Manhattan Project mit bis zu 130.000 Beschäftigten und über 50.000 Hektar eigens hierfür erworbenes Land das umfangreichste Projekt der Großforschung darstellte. Demgegenüber nahm sich die ebenfalls streng geheime Einrichtung des britischen Militärgeheimdienstes zur Entschlüsselung der deutschen Chiffriermaschine Enigma in Bletchley Park mit in der Spitze 9.000 Mitarbeiter_innen fast schon bescheiden aus – obwohl sie bis heute u.a. als Wirkungsstätte Alan Turings den meisten Informatiker_innen ein Begriff sein dürfte.

Auf deutscher Seite entstand u.a. 1937 die Aerodynamische Versuchsanstalt in Göttingen (eine der Vorgängerinstitutionen

des DLR) mit Beteiligung der Wehrmacht. In ihrem Beitrag über diese Forschungseinrichtung für den Sammelband „Wissenschaft im Krieg – Krieg in der Wissenschaft“ – einer Dokumentation eines Symposiums an der Philipps-Universität in Marburg 50 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs – kritisiert die Historikerin Cordula Tollmien einleitend die Fragestellung, nach der „zu fragen [wäre] nach systematischer staatlicher Einflussnahme auf Leitungsgremien, Hochschulen und übergeordnete Wissenschaftsstrukturen mit dem Ziel, diese kriegsbereit und -willig zu machen“. Hierzu schreibt sie: „Diese Frage enthält implizit zwei Unterstellungen: nämlich 1. die Unterstellung, dass systematische Einflussnahme notwendig war, um die konstatierte Kriegsbereitschaft und -willigkeit zu erzeugen und 2. die Unterstellung, dass diese Kriegsbereitschaft etwas neues war, dass sie ‚erzeugt‘ werden musste. Ich bin der Meinung, dass – zumindest für die Luftfahrtforschung – beide Annahmen nicht zutreffen“. Das bedeute nicht, dass es „systematische staatliche Einflussnahme oder entsprechende Versuche nicht gegeben habe“, die „Ausrichtung auf die Bedürfnisse von Militär und Krieg“ waren jedoch „in Deutschland (und nicht nur dort) von Anfang an konstitutiv nicht nur für die Luftfahrt allgemein, sondern auch für die Luftfahrtforschung, zumindest in ihrer institutionalisierten Form“.²⁸ Ähnliches konstatieren andere Autor_innen in dem Band auch für andere, auch sozialwissenschaftliche Disziplinen.

Der Historiker Rüdiger Hachtmann, Autor eines zweibändigen Werkes zum „Wissenschaftsmanagement im Dritten Reich“, unterstreicht die – teilweise aktive – Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Militärs durch die 1911 gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), die 1943 43 Forschungsinstitute unterhielt, von denen 27 als „Wehr- bzw. Rüstungs- oder Spezialbetriebe ... in unterschiedlichem Umfang mit kriegswichtigen Forschungen betraut waren“²⁹ und die heute noch das Erscheinungsbild ganzer Berliner Bezirke – insbesondere Dahlem, wo in ihren Gebäuden heute mehrere Institute der Freien Universität untergebracht sind – mit prägen. Er zitiert hierzu u.a. den damaligen Präsidenten und Namensgebers der Nachfolgeorganisation, Max Planck: „Auch während der Zeit, in der der Wissenschaft Beschränkungen durch den Versailler Vertrag auferlegt waren, hat die Generalverwaltung der Gesellschaft sich bemüht, mit dem Reichswehrministerium bezüg-



Luftbild der Gasdiffusionsanlage K-25 zur Urananreicherung in Oak Ridge, Teil des Manhattan-Projektes, Foto: Public Domain über Wikipedia.

lich der Bearbeitung wehrpolitischer Fragen an verschiedenen Instituten, allerdings in diskretester Weise, dauernd Fühlung zu halten.“ „Darüber hinaus“, so Hachtmann, „wurden seit 1933 gerade auch aus den Reihen der KWG heraus Initiativen gestartet, die gesamte deutsche natur- und technikwissenschaftliche Forschung auf die ‚Landesverteidigung‘ auszurichten und zu straffen.“³⁰ Zu einem ähnlichen Schluss kommt Frank Reichherzer in seiner Untersuchung über die Entstehung der „Wehrwissenschaften“ zwischen den Weltkriegen und spricht von einer „Selbstmobilisierung und Aneignung des Krieges durch zivile Akteure“. Deshalb hält er den „linear gedachte[n] Militarisierungsbegriff“ für die Dynamik zwischen Militär, Wissenschaft und Gesellschaft für unzureichend und spricht stattdessen lieber von „Bellifizierung“. Diese nehme „die zivile Gesellschaft als Sammlung eigenständiger Akteure und ihre Aneignungsform des Krieges“ ernst. Im Kontext einer allgemeinen Entgrenzung des Krieges und seiner Öffnung in zivile Bereiche hätten die „wehrwissenschaftlichen Aktivisten“ – die teilweise von den Militärs sogar skeptisch beäugt wurden und oft eher aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stammten – die „wissenschaftsinterne Vernetzung der Großbereiche Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften wie auch die Verbindung einzelner Disziplinen“ angestrebt. „Darüber hinaus sollten gleichzeitig die gesellschaftlichen Teilsysteme Politik, Militär, Wissenschaft und Verwaltung miteinander gekoppelt werden.“³¹

Symptome der Militarisation/Bellifizierung

Entsprechend reicht es nicht oder führt es gar in die Irre, primär oder alleine nach offenen oder verdeckten Versuchen der Politik zu suchen, eine vermeintlich unschuldige und objektive Wissenschaft zu verführen und in den Dienste der Militärs zu stellen. Insbesondere die Finanzierung von Forschung durch das Bundesverteidigungsministerium wird zwar zurecht von den Medien und Teilen der Politik und Gesell-

schaft als Hinweis auf eine Militarisation der Wissenschaft skandalisiert und problematisiert und immerhin die Einrichtung einer Stiftungsprofessur durch Verteidigungsministerium und Auswärtiges Amt von den Studierendenvertretungen als Eingriff in die zivile Hochschullandschaft kritisiert.

Andere Tendenzen der Militarisation/Bellifizierung, wie sie im wachsenden Einfluss der Industrie auf die Forschungsförderung, der Aufhebung des Kooperationsverbotes, der Clusterung, Interdisziplinierung, Anwendungsorientierung und Einbindung von Praktiker_innen zum Ausdruck kommen, werden jedoch häufig übersehen oder sind gar positiv besetzt. Sie sollen abschließend in den Worten des britischen Physikers John Desmond Bernal zusammengefasst werden, der neben seiner naturwissenschaftlichen Tätigkeit auch eine „Sozialgeschichte der Wissenschaften“ in vier Bänden erarbeitete. So lässt sich sowohl in den Großforschungsanlagen des Zweiten Weltkriegs, als auch in den heutigen hybriden Forschungsparks und Clustern aus privatwirtschaftlichen Unternehmen, halbstaatlichen und öffentlichen Instituten jenes „dritte Stadium der Wissenschaft“ (nach den „erfinderischen Bastelstuben“ und den privaten Laboratorien) erkennen, das „zuerst in der Sowjetunion auftauchte, während des zweiten Weltkriegs jedoch allgemein wurde“, und Bernal als „Ära der staatlichen Wissenschaft“ bezeichnet: Nun gehen „die Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in die Milliarden, und es werden riesige Komplexe von der Größe ganzer Städte zur Unterbringung der Mitarbeiter und der Anlagen erforderlich.“³² Die üppige Finanzierung, institutionelle Förderung und interdisziplinäre Vernetzung bleibt dabei auf Forschungsgebiete beschränkt, die sich im internationalen bzw. zwischenstaatlichen Wettbewerb und in ihren Ergebnissen möglicherweise auch militärisch als relevant darstellen können, sie exkludiert und marginalisiert damit zugleich andere Disziplinen, Ansätze und Forschungsstränge und bringt Dissenz und Debatte innerhalb wie zwischen den Disziplinen zum Schweigen. Zur Zusammenführung von Grundlagenforschung und Anwen-

Epilog zur Freiheit der Wissenschaft

Bernal's Beispiel zeigt somit einerseits, dass nicht nur reiner Pazifismus zur Ablehnung der Militarisierung und Bellifizierung der Wissenschaft führen kann, sondern auch die politische Frage nach deren Zweck. Die von involvierten Wissenschaftler_in häufig vorgebrachte, zutiefst unpolitische Argumentation, wonach es nicht ihre Entscheidung sei, dass der Staat eine Armee aufstellt und in welche Einsätze diese geschickt werden, sie aber unter diesen Voraussetzungen selbstverständlich bereit seien, diese Armee mit ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen zu unterstützen, greift eher auf jenes technokratische Verständnis von Technologie und Wissenschaft zurück, mit dem Albert Speer als führender Organisator der Rüstungsforschung im Nationalsozialismus sein Handeln nachträglich zu rechtfertigen suchte und das viele führende deutsche Wissenschaftsorganisatoren im Nationalsozialismus, wie den letzten Generalsekretär der Kaiser Wilhelm Gesellschaft und anschließend der Max-Planck-Gesellschaft bis 1960, Ernst Telschow, nach der Befreiung unangetastet ließ. Das Beispiel Bernal's zeigt außerdem, dass die überzeugte Mobilisierung der Wissenschaft für den Krieg auch kurzfristig erfolgen und Erfolge zeigen kann, wenn die Wissenschaft die Ziele des Krieges unterstützt. Wenn hingegen Krieg und dessen Vorbereitung von der Wissenschaft als Ermöglichungsraum begriffen werden, um Kontakt zu politischen und wirtschaftlichen Eliten zu knüpfen und Unterstützung zu mobilisieren, dann erfolgt gerne der Rückgriff auf das Argument der

Anmerkungen

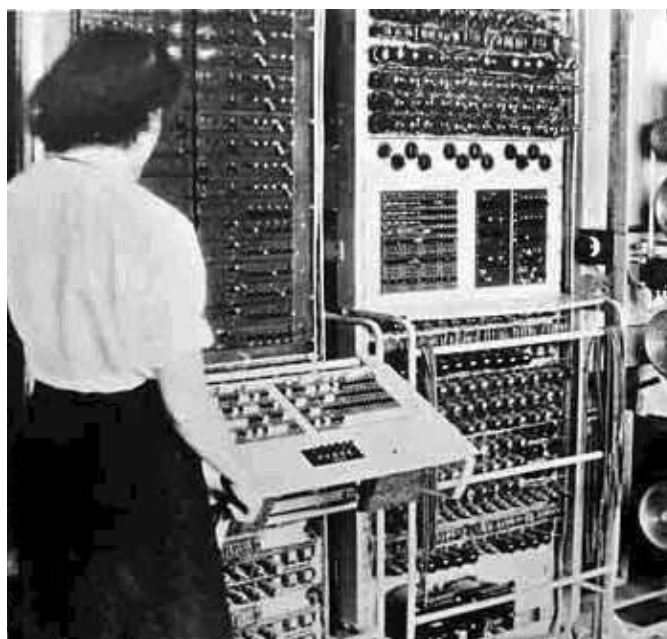
- [illegible]

mittlerweile „abgebaut“ ist, lässt sich gut an einem Beitrag des Leiters der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in deren Publikationsreihe „Standpunkte“ zur deutschen Enthaltung bei der Abstimmung über das UN-Mandat für den Krieg gegen Libyen erkennen. Unter der Überschrift „Ein Desaster. Deutschland und der Fall Libyen. Wie sich Deutschland moralisch und außenpolitisch in die Isolation manövrierte“ besteigt der Friedensforscher den Feldherrenhügel: „Nordlibyen, wo sich die meisten größeren Städte befinden und mehr als 80% der libyschen Bevölkerung wohnen, ist flaches, welliges Gelände, von wenigen Straßen durchzogen, die von Stadt zu Stadt führen. In diesem Gelände können sich mechanisierte Truppen – Panzer, fahrbare Artillerie und Truppentransporter – schnell und ungehindert bewegen. Das begünstigt die Regierungstreitkräfte, denn die Rebellen verfügen nur über leicht bewaffnete, milizartige freiwillige Infanterie, die Truppen Gaddafis über Luftwaffe, artilleriebewehrte Marineverbände und Bodentruppen mit schweren Waffen. In offenem Gelände können sich die Rebellen nicht halten. Sie haben eine gewisse Chance im urbanen Straßenkampf, aber auch nur, wenn sie der feindlichen Infanterie gegenüberstehen. Wird diese aus der Luft und von gepanzerten Fahrzeugen und schweren Geschützen unterstützt, ist der Kampf verloren.“

- 15 Vierterseitiger Flyer zu „Sagitta/Collaborate to Innovate“, Copyright 2011 by Cassidian, als Kontakt wird Jost Seifert, Programm Manager Technology, Concepts & Demonstrators, Rechliner Strasse 85077 Manching angegeben.
- 16 „Aufbruch in eine neue Ära der Kriegsführung? Bundeswehr will bewaffnete Drohnen kaufen“, Beitrag von Ottfried Nassauer in der Sendung „Streitkräfte und Strategie“ des NDR vom 8.11.2012. Manuskript abrufbar unter: <http://www.bits.de/public/ndrinfo/20120908.htm>.
- 17 Einladung der DGLR zum UAV-Workshop „UAV-/UCAV-/MAV-Aktivitäten in Deutschland“ am 21. und 22. April 2004 in Bremen. http://www.dglr.de/veranstaltungen/archiv/2004_uav-ucaf-mav/dglr_uav2004_einladung.pdf.
- 18 Zum Sicherheitsforschungsprogramm der EU und der Rolle der Rüstungsindustrie bei seiner Ausgestaltung vgl. Hayes, Ben: Arming Big Brother – The EU's Security Research Programme, Statewatch/Transnational Institute Briefing 1/2006; ein Zwischenbericht im Auftrag der EU-Kommission bestätigt, dass das Programm wesentlich der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie zugute kam, vgl.: Jeandesboz, Julien/ Ragazzi, Francesco: Review of security measures in the Research Framework Programme, Policy Department C: Citizens' Rights and Constitutional Affairs, Brüssel, Oktober 2010.
- 19 Beispielhaft kann dies am Projekt BaSiD (Security, perceptions, reports, conditions and expectations – monitoring security in Germany) dargestellt werden: Koordiniert wird es vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, beteiligt sind neben dem Bundeskriminalamt u.a. das soziologische Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) das „Gastinstitut“ im Fraunhofer-Verbund für Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS) ist. Andere Projekte des Forschungsprogramms begünstigen u.a. das Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT) und das Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB, beide Mitglied im VVS, letzteres z.B. arbeitet mit der Bundeswehr an der Optimierung der Fernerkundung mit Drohnen in Afghanistan.
- 20 Das Internationale Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) als zentrale Einrichtung der Universität Tübingen setzte sich etwa erstmals 2006 im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der EU – u.a. in Kooperation mit dem DLR – mit „Anwendung der Terahertz-Strahlen für Sicherheitskontrollen beispielsweise auf Flughäfen“ (umgangssprachlich: „Nackts Scanner“) auseinander und gründete im selben Jahr den Forschungsschwerpunkt Sicherheitsethik, der seither an mehreren Projekten zu Terahertz-Scannern im Rahmen der deutschen Sicherheitsforschung beteiligt ist – tw. in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei.
- 21 Vgl. Weber, Jutta: Interdisziplinierung?, transcript Verlag 2010.

Demnach gehe der Begriff auf eine Kritik an der „Kolonialisierung der Gender Studies durch die Kulturwissenschaften“ zurück, die „Ausbildung immer größerer interdisziplinärer Forschungskomplexe“ wird jedoch auch mit der „zunehmende[n] Verschränkung von Wissenschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Technoscience“ und der „neue[n] Fusionierung von Wissenschaft, Technik, Industrie, Gesellschaft, Militär und Medien“ in Zusammenhang gebracht. Dabei wird die Frage vorerst offen gelassen, „[o]b die zunehmende Interdisziplinierung ein Anzeichen für eine formale Wissenskulturskultur ist, die das Erkenntnisprojekt der Aufklärung zugunsten kleinteiliger, pragmatischer Lösungen aufgegeben hat und die Vielfalt der Disziplinen in eine neue Technorationalität übersetzt...“.

- 22 Da es hier um ein historisches Bild des idealtypischen Wissenschaftlers geht, wird hier die männliche Form belassen.
- 23 Weber, Jutta: Interdisziplinarität und Interdisziplinierung – eine Einleitung, in: Weber, Jutta 2010.
- 24 Bruno Latour: Die Hoffnung der Pandora, Suhrkamp 2002.
- 25 ebd.
- 26 Dyson, George: Turings Kathedrale, Ullstein 2014.
- 27 Berger, Silvia/Hänsler, Marianne/Spörri, Myriam/Sarasin, Philipp: Bakteriologie und Moderne – Studien zur Biopolitik des Unsichtbaren, Suhrkamp 2006.
- 28 Tollmien, Cordula: Luftfahrtforschung – Die Aerodynamische Versuchsanstalt in Göttingen, in: Tschimer, Martina / Göbel, Heinz-Werner: Wissenschaft im Krieg – Krieg in der Wissenschaft, Eigenverlag (Johannes Becker), 1990.
- 29 Strebel, Bernhard/Wagner, Jens-Christian: Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939-1945 – ein Überblick. Vorabdruck („Ergebnisse 11“) aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., <http://www.mpg.de/KWG/Ergebnisse/Ergebnisse11.pdf>.
- 30 Hachtmann, Rüdiger : Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/2008.
- 31 Reichherzer, Frank 2012.
- 32 Bernal, John Desmond: Sozialgeschichte der Wissenschaften, Band 3, Rowohlt Taschenbuch Verlag 1970.
- 33 ebd.
- 34 ebd.
- 35 Dyson 2014.



Colossus, Rechenanlage zum Entschlüsseln feindlicher Codes im zweiten Weltkrieg, Foto: Public Domain über Wikipedia

Friedensstadt Augsburg?

von Thomas Gruber

Augsburg ist die Stadt mit den meisten gesetzlichen Feiertagen Deutschlands. Grund dafür ist das *Augsburger Hohe Friedensfest*, das in der drittgrößten Stadt Bayerns jedes Jahr am 8. August begangen wird und an das Ende des Dreißigjährigen Krieges mit dem Westfälischen Frieden im Jahre 1648 erinnert. Einmal jährlich gibt sich die Stadt selbst den Titel „Friedensstadt“ und genießt zwischen namhaften Rüstungsunternehmen wie *MT Aerospace*, *Renk* und *Premium Aerotec* einen freien Augusttag.

Mittags lädt die Stadt alle Bürger_innen zum gemeinsamen Essen an der „Friedenstafel“ ein, an der alle Augsburger Kirchen und Religionsgemeinschaften ein Grußwort sprechen dürfen. Dabei beschränken sich die Feierlichkeiten der Augsburger Bürger_innen zum Friedensfest allerdings keinesfalls nur auf eine moderne Ökumene, sondern setzen sich inhaltlich auch immer wieder mit Themen wie der Militarisierung der Gesellschaft, aktuellen Kriegseinsätzen und der europäischen Flüchtlingspolitik auseinander. Umso unglaublicher scheinen neben der für einen Tag ruhenden Rüstungsmaschinerie die jährlichen Plädoyers des Oberbürgermeisters auf gelebten Frieden und Interkulturalität.

Rüstung in Augsburg

Rüstungsproduktion hat in Augsburg eine lange Geschichte. Vor allem während des Zweiten Weltkriegs wuchs die Bedeutung des Rüstungsstandortes Augsburg in den Bereichen des Fahrzeug- und Flugzeugbaus. Dabei spielten hauptsächlich die MAN und die Messerschmitt AG eine zentrale Rolle für die Herstellung von Kriegsgerät für das Nazi-Regime. Neben einigen Außenlagern des Konzentrationslagers Dachau war auch ein konzerneigenes KZ mit etwa 2700 Zwangsarbeiter_innen an die Messerschmittwerke angegliedert.¹ Die Dichte und Bedeutung der Rüstungsunternehmen in Augsburg lenkte mehr als zehn Bombardements – darunter zwei Großangriffe – der Alliierten auf die Stadt, deren historischer Kern fast vollständig zerstört wurde.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war die konjunkturelle Entwicklung der Region Augsburg fast ausschließlich durch das produzierende Gewerbe bestimmt. Mit dem langsamen Aussterben der Textilindustrie in Deutschland blieben der Stadt vorwiegend die Großunternehmen aus dem Maschinen-, Flugzeug- und Fahrzeugbau erhalten – ein Großteil davon leistet weiterhin einen erheblichen Beitrag zur deutschen Rüstungsproduktion.

Einige Beispiele konkreter Rüstungsprojekte in Augsburg:

- Bei *Premium Aerotec* werden Teile des Eurofighter *Typhoon* gefertigt, welcher 2011 für britische Kampfeinsätze in Libyen verwendet wurde. Der *Typhoon* wird außerdem massiv exportiert, unter anderem an Saudi-Arabien und den Oman.
- Die Augsburger *Renk AG* produziert das Getriebe für den Israelischen Kampfpanzer *Merkava*, der als eines der Kernstücke israelischer Bodenoffensiven gilt.²

GASTBEITRAG

- Das Unternehmen *MT Aerospace* produziert unter anderem Komponenten für verschiedene militärische Raketen.

Beziehungen zur Universität

Ebenso traditionell wie die Produktion von Kriegsgerät scheint die Mitarbeit von Studierenden der umliegenden Hochschulen als Werkstudierende und Praktikant_innen in der Augsburger Rüstungsbranche. Diese Entwicklung soll in Zukunft auch von Seiten der Stadt und des Freistaates Bayern gefördert werden. In unmittelbarer Nähe zum Gelände der Universität Augsburg entsteht derzeit der „Innovationspark“, ein Gelände von etwa 70 Hektar Fläche, das stückweise an namhafte Unternehmen veräußert werden und eine engere Zusammenarbeit der Augsburger Industrie mit den Hochschulen fördern soll.³

Das Unternehmenscluster, das den Innovationspark besiedeln soll, umfasst dabei zahlreiche Firmen mit rüstungsrelevanter Produktion und Forschung. So interessieren sich beispielsweise *EADS* (heute *Airbus*), *Premium Aerotec* und das *Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt* für einen Platz im Innovationspark.⁴ Und auch die Leitung des Großprojekts lässt eine tiefe Verbundenheit zur europäischen Rüstungsindustrie erkennen: Geschäftsleiter des Innovationsparks ist Jano von Zitzewitz, langjährige Führungskraft des Rüstungskonzerns *Eurocopter* (heute *Airbus Helicopters*).⁵ Für die Akquirierung von Unternehmenspartner_innen wird der Geschäftsleiter vom sogenannten „Kompetenzrat“ unterstützt, in dem sich neben weiteren Rüstungsgrößen beispielsweise auch Manfred Hirt befindet, jahrelanger Vorstandsvorsitzender der Augsburger *Renk AG*, stellvertretender Vorsitzender des *Förderkreises Deutsches Heer* und im Jahr 2007 in Frankreich wegen illegaler Rüstungsgeschäfte zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.⁶

Universitärer Diskurs

Nach der Bekanntgabe der Pläne für einen solchen Innovationspark entstand unter den Augsburger Studierenden eine rege Diskussion über die zunehmende Militarisierung der deutschen Hochschulen. Es wurden Vorträge und Podiumsdiskussionen organisiert, welche sich mit den Möglichkeiten zur Einschränkung militärischer Forschung in Augsburg beschäftigten. Dabei kamen wichtige Entscheidungsträger_innen der Universität Augsburg zu Wort, die konkret über die Einführung und Formulierung einer Zivilklausel diskutierten. Auf studentischer Seite gipfelte der universitäre Diskurs schließlich in der Formulierung einer Zivilklausel für die Universität und einem positiven Quorum der studentischen Vollversammlung im Juni 2012 für eine solche.⁷

Die Bemühungen, einzelne Fakultätsräte zu verbindlichen Aussagen für eine Zivilklausel zu bewegen, blieben in den darauffolgenden Jahren erfolglos. Dennoch schlossen sich zahlreiche studentische Initiativen, Fachschaften und Studierendenräte der Forderung der *Initiative Friedliche Uni Augsburg* an, eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität Augsburg zu verankern.⁸ Die Forderung, dass „Lehre, Forschung und Studium“ an der Universität Augsburg „nur zivilen und friedlichen Zwecken dienen [dürfen]“, bleibt allerdings eine studentische. Die Tendenz, der Debatte von Seiten der

Universitätsleitung aus dem Weg zu gehen, war schon früh erkennbar, inzwischen verwehren sich die universitären Entscheidungsträger_innen jedoch fast vollständig einem öffentlichen Diskurs über eine Zivilklausel.⁹

Auch Prof. Dr. Christoph Weller, Inhaber des Augsburger Lehrstuhls für Friedens- und Konfliktforschung, nimmt eine noch ungeklärte Rolle gegenüber einer Zivilklausel für die Universität Augsburg ein. Als Friedensforscher und Experte für eine kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Militarisierung der Gesellschaft wäre gerade seine Initiative wünschenswert. Stattdessen macht Weller mit seinen Studierenden jährlich Exkursionen zum Deutschen Bundestag und zum Einsatzführungskommando der Bundeswehr, um ihnen wichtige Kontakte für das Studium und den späteren Berufseinstieg zu vermitteln.¹⁰ Auf seine Einladung hin besuchte schon Wolfgang Ischinger, der Leiter der „Münchner Sicherheitskonferenz“, die Universität Augsburg für einen Gastvortrag.

Auf der Suche nach Motiven für die erkennbar ablehnende Haltung der Universitätsleitung gegenüber einer Zivilklausel scheinen finanzielle Aspekte eine zentrale Rolle zu spielen. Abgesehen von den potentiellen Unternehmenspartner_innen, die sich im Innovationspark ansiedeln sollen, lässt sich über die finanziellen Zuwendungen des Freistaates und der Stadt an die Universität bei einem für die regionale Wirtschaft so wichtigen Projekt nur mutmaßen. Von Universitätsseite scheint es jedenfalls im Moment wichtiger den Augsburger Großunternehmen zuzuarbeiten als der Demilitarisierung der deutschen Forschungslandschaft.

Umorientierung der antimilitaristischen Arbeit

Die ablehnende und abwartende Haltung der Universitätsleitung gegenüber den studentischen Bedenken verhindert derzeit jeden verbindlichen Schritt gegen militärrelevante Forschung in Augsburg. Die Arbeit der dortigen Friedensinitiativen verlagert sich deshalb größtenteils auf zwei Schwerpunkte. Auf

universitärer Ebene soll eine möglichst breite bayern- und deutschlandweite Vernetzung stattfinden, welche Studierenden und Aktivist_innen anderer Universitäten den Zugang zum in Augsburg bereits geführten Diskurs ermöglicht. Außerdem wird in der Stadt eine breitere Öffentlichkeit mobilisiert. Informationsveranstaltungen zur Zivilklausel finden unter starkem Andrang im evangelischen Zentrum, dem autonomen Zentrum und an der Universität statt. Den Augsburger Bürger_innen wird so die kritische Auseinandersetzung mit der Rüstungsproduktion in der Region näher gebracht und Lösungsansätze der Problematik werden diskutiert.

Gerade für die friedliche Ausrichtung des Innovationsparks wäre nämlich auch eine Lösung von Seiten der Augsburger Öffentlichkeit denkbar. Als Projekt der Stadt Augsburg könnte der Stadtrat eine Zivilklausel für den Innovationspark vorschreiben. Ein diesbezüglicher Vorstoß der Grünen-Fraktion¹¹ wurde im Wirtschaftsausschuss des Stadtrates bereits diskutiert, aber dann zurückgestellt. Die Vertreter von SPD, Grünen und den Freien Wählern konnten die Ablehnung der Zivilklausel durch CSU, CSM und Pro Augsburg mittels eines Patts in der Abstimmung verhindern.¹²

Und wieder lassen sich starke Parallelen zur Problematik an der Universität erkennen: Die Bürger_innen äußern intensive Kritik an der militärischen Orientierung der Augsburger Unternehmen, doch der CSU-dominierte Stadtrat weigert sich, diese Bedenken ernst zu nehmen. Zu groß scheint die wirtschaftliche Bedeutung und zu unwichtig diesbezügliche ethische Vorbehalte gegenüber der Rüstungsproduktion im Großraum Augsburg zu sein.

Eine breite öffentliche Diskussion, die Druck auf die politischen Entscheidungsträger_innen ausübt, bleibt wohl auch in Augsburg das langfristig wirksamste Mittel gegen die Militarisierungsprozesse in der Stadt. Die Bürger_innen können dabei auf ein aktives Netzwerk aus linken Bündnissen und städtischen Friedensinitiativen wie der *Augsburger Friedensinitiative*,¹³ dem *Forum solidarisches und friedliches Augsburg*¹⁴ oder der *Initiative Friedliche Uni Augsburg*¹⁵ zurückgreifen.



Die Augsburger Friedenstafel mit Blick auf das Rathaus
Foto: Carradox über Wikipedia 2014 CC.

Anmerkungen

- 1 Die Firma Premium Aerotec ist nach einigen Fusionen aus der Messerschmitt AG hervorgegangen.
- 2 Forum solidarisches und friedliches Augsburg: „Mahnwache gegen den Krieg im Nahen Osten“.
- 3 Augsburger Allgemeine am 1.2.2013: „Innovationspark in Augsburg - ein Leuchtturmprojekt“.
- 4 Forum solidarisches und friedliches Augsburg: „Man sage besser Rüstungspark“.
- 5 Innovationspark Augsburg: „Leiter Augsburg Innovationspark Jano von Zitzewitz stellt sich vor“.
- 6 Die Augsburger Zeitung am 23.11.2014: „Friedensstadt und Rüstungsforschung – ein Widerspruch?“.
- 7 Augsburger Allgemeine am 26.6.2012: „Studentenvotum für ‚Zivilklausel‘“.
- 8 Initiative Friedliche Uni Augsburg: „Solidaritätsbekundungen“.
- 9 Augsburger Allgemeine am 27.10.2014: „Debatte nicht aussitzen“.
- 10 Junge Welt am 8.1.2015: „Friedliche Kriegshilfe“.
- 11 Grüne Augsburg: „Zivilklausel für Innovationspark“.
- 12 Forum solidarisches und friedliches Augsburg: „Die Grünen beantragen eine Zivilklausel im Stadtrat“.
- 13 www.augsburger-friedensinitiative.de/
- 14 www.forumaugsburg.de/
- 15 <http://friedliche-uni-augsburg.blogspot.de/>

Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der „Verantwortungsübernahme“

Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie vom 5. – 8. März 2015 in Berlin

Seit dem 30. Januar 2014 (Münchner Sicherheitskonferenz) geistert ein Satz durch die Medien: Deutschland müsse „mehr Verantwortung“ übernehmen, so Bundespräsident Gauck und er, und mit ihm die Regierung, meint nichts anderes, als die Forcierung weiterer Kriegseinsätze.

Die Kriegsvorbereitungen, die militärischen und sog. friedlichen Interventionen auf der ganzen Welt laufen auf Hochtouren.

Diese werden reaktiv begründet, die Gegenseite wird als die Kriegstreibende dargestellt; oder die Einsätze werden besonders gern humanitär begründet, als Befreiung von Diktatur, Unterdrückung etc.

Die eigentlichen, die wirtschaftlichen Motivationen, die Sicherung und Neuordnung der Märkte und Handelswege, die Erschließung und Neuverteilung von Bodenschätzen etc. werden hinter den humanitären Begründungen versteckt.

Und damit auch wir, die Bevölkerung, auf Kriege vorbereitet werden. Sie müssen uns darauf einstimmen mit allen nur verfügbaren, auch psychologisch wirksamen Mitteln. Diese Formierung des Bewusstseins, das Willigmachen der bisher noch recht unwilligen Bevölkerung, heißt, die Köpfe für den Krieg zu gewinnen. Deshalb der Titel des diesjährigen Kongresses der Neuen Gesellschaft für Psychologie: „Krieg um die Köpfe“. Das ist die Form, wie der Krieg bei uns im Land geführt wird:

als Krieg um die Köpfe.

Wir wollen mit diesem Kongress zugleich die Diskussion fortsetzen, die wir ein Jahr vorher, am 7. und 8. März 2014, mit einem Symposium zum Thema „Krieg und Frieden“ begonnen hatten. Dieses Symposium fand mit knapp 100 Teilnehmenden statt. Es war ein großer Erfolg. Die dort geführten Diskussionen haben zur Vorbereitung der diesjährigen Tagung beigetragen und zum Beschluss einer Stellungnahme gegen die Vereinbarung der Bundespsychotherapeutenkammer mit der Bundeswehr zur Behandlung von Soldaten nach den rechtlichen Vorgaben zur truppenärztlichen Versorgung geführt. (siehe Website www.ngfp.de oder Veröffentlichung in „W&F. Wissenschaft und Frieden 4/2014, S. 27-29“)

Diese Diskussionen wollen wir nun vom 5. Bis 8. März 2015 fortsetzen und ganz wesentlich erweitern. Für den Eröffnungsvortrag konnten wir Prof. Dr.

Moshe Zuckermann, Tel Aviv, gewinnen, der sich die innere Veränderung einer Gesellschaft im Krieg am Beispiel Israels zum Thema genommen hat. In sieben Vormittagsveranstaltungen und sieben nach thematischen Schwerpunkten ausgerichteten Panels an den Nachmittagen haben wir weitere spannende Beiträge zu erwarten.

Programm

Donnerstag 5. März.

19:30 - Prof. Dr. Moshe **Zuckermann** - Wie der Krieg die Gesellschaft im Inneren verändert. Das Beispiel Israel.

Freitag 6. März.

9:45 Prof. Dr. Klaus-Jürgen **Bruder** - Zum Diskurs der Verantwortungsübernahme

11:00 Dr. Mechthild **Klingenburg-Vogel** - Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vor-krieg?

12:15 Rainer **Rupp** - Der Krieg – Die Rolle der Medien. Vom „German Hun“ zu den „new Hitlers“ der neuen Welt-Kriegsordnung.

14:30 Steffen **Hendel** - Die Parteilichkeit der „Verantwortung“. Zur legitimierenden Rhetorik der Opfer-/Täter-Figur in den Stellungnahmen deutscher Intellektueller zum Jugoslawienkrieg 1991–1999

15:45 Dr. Regina **Girod** - „Ich dachte, ich wäre noch ein Mensch – dabei war ich doch Soldatin.“ Methoden der Entmenslichung und ihre Folgen, beschrieben am Beispiel des Romans „Das Volk der Ewigkeit kennt keine Angst“ von Shani Boianjiu

17:00 Thomas **Willms** - Von „Black Hawk Down“ zu „Generation Kill“. Hyperrealismus in neueren amerikanischen Kriegsfilm

14:30 Uli **Gellermann** - Die Enteignung des Zuschauers. ARD & ZDF lügen wie gesendet

15:45 Jürgen **Voges** - Nachrichten über Kriege

17:00 Stefan **Beck** - Orientierungsrahmen parlamentarischer Kontrolle: Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland

14:30 Dr. Christoph **Bialluch** - Unglücklich das Subjekt, das Helden nötig hat

15:45 Jörg Hein - Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Macht und Vergesellschaftung bei Hegel und Foucault

17:00 Dr. Timo K. **Werkhofer** - Politische Subjektivität. Machiavelli in der linken Debatte

14:30 PD Dr. Jan **Süselbeck** - That 2.000 Yard Stare. Zur „Anti“-Kriegsdarstellung des Shell Shocks bei Ludwig Renn und Erich Maria Remarque

15:45 Dr. Eva **König-Werner** - Inoffizielle Kollateralschaden-Kriegskinder. Definitionsmacht und Konsequenzen

18:45 Prof. Dr. Hans-Jürgen **Wirth** - „Das radikal Böse“

Samstag, 7. März

9:45 Dr. Almuth **Bruder-Bezzel** - Traumatherapie als Kriegsdienst. Zur Geschichte der Militärpsychiatrie und Psychotherapie

11:00 Thomas **Gebauer** - Resilienz im neoliberalen Diskurs der „Eigenverantwortung“ aus der Sicht einer Hilfsorganisation

12:15 Vortrag A Prof. Dr. Josef **Berghold** - Militarismus unter dem Blickwinkel der Realitätsverweigerung in einer „nicht mehr eroberbaren Welt“

12:15 Vortrag B Prof. Dr. Gert **Sommer** - Menschenrechte, Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch

14:30 Dr. Uta **Ottmüller** - Zivile Konfliktbearbeitung als konstruktive Alternative zum Militäreinsatz. Psychohistorische Perspektiven auf einen verschämten Aktionsplan der Bundesregierung

15:45 Reinhard **Hauff** - Kirche und die Logik des Militärischen

17:00 Dr. Peer Heinelt - Der Studiengang Military Studies an der Universität Potsdam

14:30 Jürgen **Rose** - Gewissen und moderne Kriegführung. Über den Primat der Politik und die Grenzen des Gehorsams.

15:45 Dr. Alexander **Bahar** - Das neue alte „Reich des Bösen“: Wie ein Kriegs-Feindbild aufgefrischt wird

17:00 Franz **Witsch** - Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen

14:30 Dr. Christiane **Reymann** - Frauen an die Front! (Vor-)Krieg und Geschlechterverhältnisse. Oder: Welches Geschlecht hat der Krieg – und welches der Frieden?

15:45 Prof. Dr. Thomas **Sluneko** & Dr. Nora **Ruck** - Panikmache

17:00 Daniel **Wutti** - 70 Jahre danach – Zeit der Verantwortung?

Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet?

von Thomas Mickan

Die Zahl der getöteten Feinde öffentlich preiszugeben, auszuschnitten und damit die eigene militärische Potenz zu unterstreichen oder die Moral der Truppe zu erhöhen, war seit Jahrtausenden Kriegspraxis. Besondere Bekanntheit erreichte diese Praxis im Vietnamkrieg durch die US-Armee, die damit ihre Fortschritte im Krieg kennzeichnen wollte („Body Count“), da sich etwa Gebietsgewinne gegen einen asymmetrisch kämpfenden Feind als trügerisch erwiesen.¹ Ebenso trügerisch erwiesen sich jedoch in Vietnam auch die so gemeldeten Zahlen, die mitunter viel zu hoch oder zu niedrig übermittelt wurden, um entweder der eigenen Karriere einen Schub zu verleihen, tote Zivilist_innen zu vertuschen oder um schlicht die monatliche Tötungs-Quote zu erfüllen.² Auch in den großen Kriegen in Irak und Afghanistan zählen die USA bzw. NATO ihre getöteten Feinde, die Zahlen unterliegen jedoch der Geheimhaltung und Tötungen werden nur in Einzelfällen veröffentlicht.³ Das sogenannte Battle-Damage-Assessment, also die Aufnahme und Auswertung der verursachten Schäden, erfüllt so internen militärstrategischen Charakter und gehört weiterhin zur aktuellen, auch deutschen Kriegspraxis.⁴ Während die USA im Vietnamkrieg ihre Tötungsraten als vermeintliche Erfolgsmeldungen an die Bevölkerung weitergab, verhält sich der Fall auf deutscher Seite für den größten deutschen Krieg der Gegenwart in Afghanistan gegenteilig: Was die Tötungen durch deutsche Soldat_innen betrifft, herrscht ein großes politisches Schweigen.

Opfer des Afghanistankrieges

Ohne Frage ist es unabhängig davon wichtig, die deutschen Opfer zu benennen, auch wenn der Verzicht auf Pathos und mehr Nachdenken über die Sinnlosigkeit dieses Todes bei Trauerfeiern und politischen Sonntagsreden mehr als angebracht wären. Laut Angaben der Bundeswehr sind beim Afghanistaneinsatz (Stand 07/2014) 55 deutsche Soldat_innen gestorben, 35 von ihnen durch „Fremdeinwirkung“.⁵ Unter anderem das Magazin der Spiegel hat versucht, den Gestorbenen zur Erinnerung ein Gesicht zu geben;⁶ auf Wikipedia haben zahlreiche Nutzer alle Fälle genau dokumentiert⁷ und das Verteidigungsministerium hat einen Wald der Erinnerungen sowie das Ehrenmal errichten lassen, um dieser Kriegsoffer zu gedenken. Zudem wird versucht, eine eigene Erinnerungskultur zu etablieren.⁸

Auch darüber hinaus zeichnet sich für Afghanistan ein trauriges Bild. Wie unter anderem Lühr Henken im „IPPNW Body Count“ für Irak, Pakistan und Afghanistan festhält, ist die Anzahl der Kriegstoten für Afghanistan unvorstellbar hoch. Bis Ende 2013 zählt Henken nach der Auswertung und Abschätzung zahlreicher Einzelstudien 184.000-248.000 direkt Getötete auf allen Seiten. Die 55 deutschen Soldat_innen gehören zu den 3.409 getöteten ISAF- oder OEF-Soldat_innen. Bis Ende Dezember 2014 stieg diese Zahl auf 3.485 Tote an.⁹ Zudem starben bis Ende 2013 insgesamt 22 Journalist_innen, 281 Mitarbeiter_innen von NGOs, 3.000 private US-Sicherheitskräfte, 1.700 zivile Mitarbeiter_innen der US-

Regierung, 15.000 afghanische Sicherheitskräfte sowie zwischen 106.000-170.000 afghanische Zivilpersonen! Henken führt zudem noch 55.000 direkt getötete Aufständische auf.¹⁰ Es stellt sich insbesondere bei den letzten beiden Zahlen die Frage nach dem Ausmaß deutscher

Verantwortung. Hier soll deshalb ein erster Versuch unternommen werden, eine Größenordnung der durch deutsche Soldat_innen getöteten Menschen in Afghanistan zu skizzieren.

Zivile Opfer oder Aufständische?

Schon seit Beginn des Afghanistankrieges wurde immer wieder auf den Umstand hingewiesen, dass Zivilpersonen von sogenannten Aufständischen (Opposing Militant Forces (OMF) in der Militärsprache) nur schwer zu unterscheiden seien.¹¹ Auch wenn diese völkerrechtliche Unterscheidung trotz der sehr weiten Auslegung etwa der USA, die alle Männer im waffenfähigen Alter mitunter als Kombattanten betrachtet,¹² alles andere als obsolet ist, so verstellt sie doch insbesondere den Blick auf die vermeintlich völkerrechtlich „legal“ getöteten Menschen, ihre Geschichten und deren Angehörige. So sind in der deutschen Debatte meistens nur dann die Medien aktiv geworden, wenn Bundeswehrangehörige Zivilist_innen erschossen haben – betraf dies jedoch wirkliche oder vermeintliche Aufständische, war dies mitunter nur eine Randnotiz wert.

Auch die institutionelle Friedensforschung ist in dieser Frage ähnlich untätig, wenn es um die Getöteten auf Seiten der Aufständischen geht. Ein gutes Beispiel hierfür ist, in einer Reihe von Afghanistanbilanzen, die Ende 2014 erschienene HSFK-Studie „Ziel verfehlt“. Darin untersuchen die beiden Autoren, wie die „internationale Präsenz die Praktiken gewaltbereiter Akteure und deren Umgang mit Zivilisten veränderte“ und wie die NATO-Kräfte das kolportierte Ziel „Zivilist_innen zu schützen“ mit ihrer eigenen Politik unterliefen und damit das eigene Ziel eben verfehlten.¹³ Sie konzentrieren sich dabei auf Zivilist_innen und schauen sich neben den direkten zivilen Opfern auch indirekte, nicht beabsichtigte Folgen an und damit die Mitverantwortung der NATO an weiteren zivilen Opfern. Den Tötungen von Aufständischen durch die Bundeswehr gehen die Autoren nicht nach. Ferner reproduzieren sie das öffentliche Bild, dass deutsche Soldat_innen nicht „hart genug durchgegriffen“ hätten¹⁴ und deshalb die US-Streitkräfte „frustriert durch die unwillige Bundeswehr“ in die Bresche sprangen. Deshalb hätte Deutschland zwar nicht viel erreicht, aber eben auch weniger direkte wie nicht-beabsichtigte zivile Opfer zu verantworten.¹⁵ Dieser Zugang allein über die zivilen Opfer verschleierte jedoch – ob gewollt oder ungewollt – die Tötungspraxis von deutschen Soldat_innen und ist damit nur bedingt geeignet, die Dimension deutscher Verantwortung tatsächlich zu umreißen.

Dem von Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Antrittsbesuch bei der Bundeswehr angemahnten „Nicht-Wissen-Wollen“ durch Politik, Medien, Wissenschaft und letztlich der Öffentlichkeit gesellt sich erschwerend noch ein „Nicht-Wissen-Können“ hinzu.¹⁶ Bei mehreren parlamentarischen Nachfragen über direkte Opfer durch Bundeswehrangehörige hüllte sich die Bundesregierung in Schweigen – es würden keine offiziellen Statistiken geführt und aufgrund der kulturellen Begebenheit, dass die Toten noch am gleichen Tag

*DIE-IN auf dem Hesse-
tag 2013 vor Bundes-
wehrstand
Foto: Michael Schulze
von Glaßer*



bestattet werden, wäre dies ohnehin kaum möglich.¹⁷ Handelt es sich um Aktionen und Tötungen durch Spezialkräfte wie der Task Force 47, wird die mögliche Antwort gleich ganz unter Verschluss gestellt.¹⁸ Auch über die Folgen der deutlichen Erhöhung von deutschen Scharfschützen zwischen 2006 und 2011 im Kampfeinsatz könne keine Aussage getroffen werden. Unter anderem der Abgeordnete Christian Ströbele bezweifelt den Wahrheitsgehalt dieses Nicht-Wissen-Könnens.¹⁹ Es drängt sich so der Eindruck auf, dass versucht wird, das Image der brunnenbohrenden deutschen Soldat_innen nicht der kalten Kriegswahrheit zu opfern.

Dabei ist es ein fundamentaler Unterschied, ob Politiker wie der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière oder Joachim Gauck auch in einem Nebensatz vermerken, dass auch deutsche Soldat_innen töten; oder aber, ob die konkreten Umstände, Zahlen, Menschen mit ihren Geschichten zu diesen Tötungen durch die Bundeswehrangehörigen existieren. Lediglich die Getöteten zu zählen kann hier deshalb nur ein kleiner Schritt zur Wahrheit und zum Verständnis der Komplexität von Schuld und Unschuld sein. Die Ausstellung „Kunduz, 04. September 2009“²⁰ von Christoph Reuter und Marcel Mettelsiefen oder das Projekt „Naming the Dead“²¹ des Bureaus of Investigative Journalism haben diesbezüglich Pionierarbeit geleistet, indem sie den durch westliches Militär Getöteten und deren Angehörigen ein Gesicht geben und deren Geschichten erzählen, die die Vereinfachung von schuldig und unschuldig herausfordern.

Was gezählt wurde

Um einen ersten Anhaltspunkt für durch Bundeswehrangehörige Getötete zu erhalten, egal ob schuldig oder unschuldig, Zivilist_in oder Kombattant_in, ist das Zählen der durch Medien bekannten und aufgegriffenen Fälle durch eine Internetsuche erfolgt. Besonders die Bombardierung der Tanklaster bei Kunduz ist hier einschlägig, aber auch einer der ersten Fälle, bei dem Bundeswehrsoldat_innen eine Mutter mit ihren Kindern in einem Auto bei einem Checkpoint Ende August 2008 erschossen. Dies umfasst bereits bei vorsichtiger Zählung mehr als drei Duzend Menschen, plus der wahrscheinlich 142

beim Kunduz-Bombardement Getöteten. Zusätzlich wurden noch die öffentlich zugänglichen, da geleakten und von der WAZ veröffentlichten „Unterrichtungen des Parlamentes“ (alias „Afghanistan-Papiere“) bis September 2012 ausgewertet.²² Es zeigt sich dabei, dass zwischen 2008 und 2010 neben den presseöffentlich bereits bekannten Fällen noch mehrere Tötungen zu finden sind. Obwohl jedoch die Unterrichtungen des Parlamentes auch für die Jahre 2011 und 2012 verfügbar sind, lassen sich darin keine Belege für Tötungen mehr finden. Offensichtlich wurde die Sprachregelung für die bereits unter Verschluss gehaltenen und nur für die Parlamentar_innen zugänglichen Dokumente verändert: wurden insbesondere in den Jahren 2009 und 2010 genaue Zahlen für getötete Aufständische genannt, gibt es in den Folgejahren nur noch Aussagen zu zivilen und deutschen Opfern. Ein Auszug aus dem Jahr 2011 soll dies verdeutlichen:

„Am 28.12.2010 wurden deutsche Kräfte im Rahmen einer laufenden Operation rund 13 Kilometer nordwestlich von Kunduz von OMF [Opposing Militant Forces; Anmerkung T.M.] mit Handfeuerwaffen und Panzerabwehrhandwaffen (Rocket Propelled Grenade RPG) angegriffen. Die mit den eigenen Kräften operierende Luftnahunterstützung erwiderte das Feuer. Im Rahmen der weiteren Operationsführung wurden drei Schuss Mörserfeuer auf eine aufgeklärte Stellung der OMF abgegeben. Durch den Mörserinsatz entstand kein ziviler Personen- oder Sachschaden. Auf deutscher Seite gab es keine Verwundeten und keine Schäden.“²³

In engen Grenzen, da kaum ergiebig, wurde auch auf das Wikileaks „Afghan War Diary“ zurückgegriffen bzw. auf die öffentlich zugänglichen parlamentarischen Anfragen oder Vergleichbares.

Die verwendeten Quellen müssen daher so eingeschätzt werden, dass sie nur ein Minimum der tatsächlich Getöteten abbilden. Das betrifft nicht nur die parlamentarischen Anfragen, bei denen offensichtlich mehrere Fälle verschwiegen wurden.²⁴ Auch die geheimen Unterrichtungen des Parlaments entsprechen nicht immer der vollen Wahrheit. Wie bereits angesprochen, ist 2011 und 2012, vermutlich auch 2013 und 2014, keine direkte Nennung mehr von getöteten Aufständischen dort vorzufinden. Zudem zeigt die Geschichte des

traumatisierten Soldaten Daniel Lücking, dass auch dieser in Kenntnis der Unterrichtungen des Parlamentes für einen Vorfall, den er selbst beobachtet hatte, in den Unterrichtungen entscheidende Lücken in Bezug auf Aufständische erkennt.²⁵ Auch bei einem Fall vom 5.2.2010 sind die Unterrichtungen über einen getöteten Aufständischen lückenhaft, bei dem in der Unterrichtung zwar ein weiteres ziviles Opfer, nicht jedoch der getötete Aufständische genannt wird.²⁶

Zudem muss auch an der Glaubwürdigkeit der Angaben durch Soldat_innen für die jeweiligen Frontberichte mitunter gezweifelt werden. Ein unter Verschluss gehaltener Bericht des Wehrbeauftragten Helmut Königshaus vom 28.11.2011 über den Fall Shahabuddin macht dies deutlich. In ihm wurde von Soldat_innen ohne hinreichenden Feindkontakt und somit unter dem Vorspielen falscher Tatsachen, die die Einsatzregeln verletzen, Luftnahunterstützung angefordert.²⁷ Auch der Fall „Halmazag“, bei dem das Magazin Monitor zahlreiche weitere Tötungen aufdeckte, ist noch ein weiteres Beispiel, bei dem das Berichtswesen der Bundeswehr falsche Aussagen weitergab.²⁸

Bereits im Vietnamkrieg gab es zudem eine ähnliche Praxis des Geschehenlassens wie in Shahabuddin durch Vorgesetzte und Soldat_innen im Gefecht, um die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern, indem immer wieder Grenzen ausgetestet und überschritten wurden. In Vietnam geschah dies auch „zur Besänftigung der Wut und Rachebedürfnisse überforderter GIs.“²⁹ Auch bei deutschen Soldat_innen ist bekannt, dass nach eigenen Verlusten die eigene Überforderung sich diesbezüglich ausdrückte. So berichtete etwa ein Soldat, dass er mit seinen Kamerad_innen nach den Gefallenennachrichten vereinbarte, auch auf vermeintlich gefährliche Zivilist_innen zu schießen, „die während eines Gefechtes telefonieren oder schreiend zwischen Gehöften hin und her laufen.“³⁰

Was nicht berücksichtigt wurde

Für die Aufzählungen der Tötungen durch die Bundeswehr konnten aufgrund der schlechten Quellenlage zahlreiche Fälle nicht berücksichtigt werden. Die oben zitierte Stelle aus den Unterrichtungen des Parlamentes floss beispielsweise nicht mit in die Fälle ein, obwohl es klare Indizien gibt, dass auch Aufständische getötet wurden. Nicht berücksichtigt wurden auch die Fälle, in denen Bundeswehrosoldat_innen andere Kamerad_innen erschossen haben. Auch keine (meist Verkehrs-)Unfälle mit der Bevölkerung, bei der Afghan_innen starben, wurden berücksichtigt, wie am 21.9.2008, als ein afghanisches Kind überfahren wurde.³¹ Zwischen 2002 und 2010 gab es eine Aufstellung der Bundesregierung, der zufolge 66 Personen bei Unfällen mit Bundeswehrebeteiligung verletzt und sechs getötet wurden.³²

Besonders problematisch sind aber die Fälle, bei der die Bundeswehr über Luftunterstützung durch RECCE Tornados agierte,³³ bei der sie Spezialkräfte einsetzte,³⁴ über die Panzerhaubitze 2000 schwere Geschütze benutzte³⁵ oder bei der sie bei der Erstellung von Tötungslisten half, wie Weihnachten 2014 bekannt wurde.³⁶ Diese Fälle konnten aus Mangel an Quellen nicht im größeren Umfang berücksichtigt werden. Besonders offensichtlich wird dieser Mangel an Informationen in einem groß angelegten Bericht in der Reservist_innen-Zeitschrift loyal, in dem über die Operation „Jadid“, eines der größten Gefechte der Bundeswehrgeschichte, militärbejahend berichtet wird: „Der Krieg der Bundeswehr in Afghanistan geht im vorigen Oktober in eine neue, heiße Phase. Im Tal

des Baghlan-Flusses treten 600 Soldaten aus Bayern gegen 200 Aufständische an.“ Über durch die Bundeswehr getötete Aufständische wird kein Wort verloren, es erscheint jedoch unwahrscheinlich, dass auf der Seite der Aufständischen niemand getötet wurde.³⁷

Eine erste Schätzung und große Zahlen

Nach Auswertung der Quellen und der Abwägung, in welchem Umfang diese zu berücksichtigen sind, muss von mindestens 126-132 getöteten Menschen durch die Bundeswehr ausgegangen werden, plus die veranschlagte Zahl von 142 Opfern des Kunduz-Bombardements. Bei den so insgesamt rund 270 getöteten Menschen sind auch jene mit erfasst, bei denen die Bundeswehr, wie auch bei den Tanklastzügen, Luftnahunterstützung erhalten hat.³⁸ Diese Zahl ist allerdings äußerst konservativ und beschränkt sich lediglich auf die öffentlich zugänglichen Quellen, insbesondere im Zeitraum 2009-2010. Sie ist nur eine vorläufige erste Schätzung, die sich im Rahmen einer weiteren Aufarbeitung des Afghanistankonfliktes mit großer Wahrscheinlichkeit sich noch um ein Vielfaches erhöhen wird.

Ein erstes Indiz für eine bessere Schätzung liefert eine psychologische Untersuchung an der TU-Dresden über posttraumatische Belastungsstörungen.³⁹ Unterstützt und begleitet durch die Bundeswehr – es kann also von transparenter, bundeswehrraher Forschung gesprochen werden – befragten die Psycholog_innen Soldat_innen, die in Afghanistan gekämpft haben. Die Stichprobe wurde repräsentativ aus der Grundgesamtheit von 9617 Soldat_innen des 20. und 21. Einsatzkontingentes aus den Jahren 2009/2010 gezogen. Der Umfang der Stichprobe betrug 1599 Fälle, von denen 1483 Fälle einen Fragebogen zu ihren möglicherweise traumatisierten Erlebnissen in Afghanistan ausfüllten.⁴⁰ Aufgrund der hohen Rücklaufquote kommen die Forschenden zu dem Ergebnis, dass sie „keine bemerkenswerten Einschränkungen für die Repräsentativität der Studie für die Soldaten des ISAF-Einsatzes 2009/2010“ erkennen können.⁴¹ Die Soldat_innen wurden beispielsweise befragt, ob sie während ihres Einsatzes mindestens einmal „zerstörte Häuser oder Dorfer gesehen“ haben. Von den 1483 Befragten beantworteten dies 1131 Personen mit Ja. Dies schließt nicht aus, dass sie nicht auch mehrmals diesem Einsatzeignis begegnet sind.

Für die Frage nach der Tötungshäufigkeit durch deutsche Soldat_innen sind insbesondere drei Items besonders interessant. Erstens wurde gefragt, wie viele Soldat_innen „auf einen Gegner gezielt oder geschossen haben“. Das beantworteten von den 1483 Personen insgesamt 432 mit Ja. Zweitens wurde gefragt, ob die Person den „Beschuss des Gegners befohlen“ hatte – von den 1483 beantworteten 197 Personen dies mit Ja. Die diskussionswürdigste Zahl ist allerdings die Frage, ob die Soldat_innen „verantwortlich für den Tod eines Gegners“ waren. Von den 1483 Befragten beantworteten 131 Personen diese Frage mit Ja. Ob zivile Personen getötet wurden, oder ob Soldat_innen mehrfach töteten, wurde nicht erfasst! Ebenso muss ein gewisser Zweifel angemeldet werden, was die Aussagekraft der Beantwortungen für jedes Item angeht, da Soldat_innen etwa im Zweifel darüber sein könnten, ob der tödliche Schuss tatsächlich von ihnen ausging. In der Summe zeigt jedoch die Untersuchung, dass im 20. und 21. Einsatzkontingent in der repräsentativen Stichprobe knapp jede/r 11. Soldat_in für den Tod eines Gegners ggf. auch mehrerer Gegner sich verantwortlich fühlt. Für das 20. und 21. Einsatzkontin-

gent wären dies fast 1000 Tötungen. Diese Aussage ist dabei jedoch mit großer Vorsicht zu betrachten und entspricht eher einer schlechten Schätzung als einer konkreten Zahl. Noch viel weniger kann diese Zahl auf die folgenden Einsatzkontingente übertragen werden, etwa wenn sie anhand der Sicherheitsrelevanten Zusammenstöße oder der Anzahl der angeforderten Luftnahunterstützungen extrapoliert werden würde. Am wichtigsten ist jedoch, dass die gefundenen Opferzahlen keine Aussagen über die Geschichten und das Leid ausdrücken können, die die Tötungen auch insbesondere für die Hinterbliebenen bedeuten.

Deutsche Verantwortung?

Es bleibt so festzuhalten, dass hier über das tatsächliche Ausmaß einer direkten Tötungsverantwortlichkeit durch deutsche Soldat_innen im Kriegseinsatz in Afghanistan nur eine sehr grobe erste Annäherung erfolgen kann. Ein besserer Zugang zu weiterem Quellenmaterial und weiterführende Studien, wie die an der TU-Dresden, könnten hier mehr Aufschluss geben. Es muss jedoch, wenn auch mit großer Vorsicht, wahrscheinlich eine deutlich höhere Zahl an Tötungen durch die Bundeswehr in Afghanistan angenommen werden, als wohl allgemein vermutet wird. Dies stellt jedoch noch keinerlei Aussagen darüber dar, unter welchen Umständen die Soldat_innen getötet haben, das heißt, ob es aus Notwehr oder sonstigen Motivlagen geschah, und wie dieses rechtlich und moralisch zu beurteilen ist. Eine Aussage des ehemaligen Kommandeurs des deutschen Regionalkommandos Nord unterstreicht jedoch die ganze Unwirklichkeit und Paradoxie des Einsatzes und der Tötungen: „Wir setzen den Taliban massiv zu. Sie haben erkannt, dass es ums Ganze geht. Wir bleiben in den Dörfern und schützen die Bewohner vor den Aufständischen. Wenn die den Kampf suchen, endet er für sie meist tödlich. Deshalb reagieren sie wütend und brutaler, auch der eigenen Bevölkerung gegenüber.“⁴² Der Weg der deutschen Aufarbeitung des Kriegseinsatzes in Afghanistan wird noch lang sein. Dies ist eine Verantwortung, der sich die deutsche Politik und auch die Öffentlichkeit jedoch als allererstes stellen sollte, bevor immer mehr Soldat_innen in weitere Einsätze geschickt werden.

Anmerkungen

- 1 Graham, Bradley: [Enemy Body Counts revived](#), Washington Post, 24.10.2005.
- 2 Greiner, Bernd (2007): Krieg ohne Fronten. BpB: Bonn, S. 424.
- 3 Ebd.
- 4 Das dabei auch deutsche Soldat_innen sterben, zeigt der Fall des getöteten KSK Soldaten am 4.5.2013, Bundeswehr: 5.5.2013, [Afghanistan: Deutscher Soldat gefallen](#). Sowie Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1813, Opfer des Krieges in Afghanistan, Frage 16 und 2, 20.5.2010.
- 5 Bundeswehr.de: [Todesfälle im Einsatz](#), Stand Juli 2014.
- 6 SPON: [Tode in Afghanistan](#), 2009.
- 7 Wikipedia: [Todesfälle bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr](#), Version 8.1.2015.
- 8 Brendle, Frank (2013): [Krieg um die Köpfe: Das Feld der Ehre](#). IMI-AUSDRUCK, 6/2013, S. 14-17.
- 9 Die Website [iCasualties.org](#) dokumentiert diese Fälle.
- 10 U.a. Lühr, Henken (2014): [IPPNW-Body Count, Opferzahlen nach 10 Jahren "Krieg gegen den Terror"](#), 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, Oktober 2014, S. 76.
- 11 Hierzu etwa Egon Ramms, einst verantwortlicher Kommandeur für den ISAF-Einsatz in Afghanistan, zu dieser Frage, in: [IMS: Die NATO in Afghanistan](#), 2008.
- 12 Shane, Scott/Becker Jo ([New York Times](#), 29.5.2012): Secret 'Kill List' Proves a Test of Obama's Principles and Will.
- 13 Bell, Arvid/Friesendorf, Cornelius (2014): Ziel verfehlt. Die Mitverantwortung der NATO für zivile Opfer in Afghanistan. [HSFK-Standpunkt 6/2014](#).
- 14 Vgl. Seliger, Marco (2011): Operation „Jadid“, in: loyal 03/11, S. 34.
- 15 Ebd., S. 10.
- 16 Zur Verschlusssachenpolitik des Verteidigungsministeriums siehe Mickan, Thomas (2014): Die Sache mit der Verschlusssache, [IMI-Analyse in AUSDRUCK April 2014](#).
- 17 Bundestag: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 23.9.2010 auf eine schriftliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neskovic, [Bundestagsdrucksache 17/3114](#), S. 38.
- 18 Bundestag: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 18.1.2011 auf eine Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Paul Schäfer, [Drucksache 17/4494 \(Auszug\)](#), via Bundeswehr-Monitoring.
- 19 SPON (29.3.2011): Scharfschützen in Afghanistan: „Bundesregierung sagt nicht die volle Wahrheit“, Interview mit Christian Ströbele.
- 20 Kunstaussstellung [„Kunduz, 04. September 2009“](#).
- 21 Projekt [Naming the Dead](#).
- 22 WAZ: [Afghanistan-Papiere](#). Nur noch über den Download erhältlich.
- 23 Unterrichtung des Parlamentes 01/11, S. 7. Hervorhebung T.M.
- 24 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1813, Opfer des Krieges in Afghanistan, Anlage 2, 20.5.2010.
- 25 Lücking, Daniel (2014): [Offener Brief: Umgang mit Angreifern in Afghanistan](#).
- 26 Unterrichtung des Parlamentes 06/10, S. 6.
- 27 [Bericht des Wehrbeauftragten](#). Geleakt bei den Recherchen zur „Afghanistan-Connection“ des Tagesspiegels und Fakt.
- 28 Zeidler, Markus/Thörner, Marc: Zivile Opfer im Afghanistan-Krieg: Was verschweigt die Bundeswehr? [Monitor Nr. 663](#) vom 10.7.2014.
- 29 Greiner, Bernd (2007): Krieg ohne Fronten. BpB: Bonn, S. 32.
- 30 RP (25.10.2010): [Deutsche schossen auf Zivilisten](#).
- 31 Unterrichtung des Parlamentes 39/08, S. 6
- 32 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1813, Opfer des Krieges in Afghanistan, Anlage 1, 20.5.2010.
- 33 Wiegold, Thomas ([Focus](#), 17.12.2007): Im Zweifel töten. Vgl. auch Bundestag: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 14.9.2010 auf die Schriftliche Fragen des Bundestagsabgeordneten Paul Schäfer, [Drucksache 17/2963 \(Auszug\)](#), via Bundeswehr Monitoring.
- 34 U.a. [Bundeswehr Monitoring](#) (26.5.2010): Empfindsame Spezialkräfte töten regelmäßig.
- 35 Bundeswehr, 18.6.2012, [Afghanistan: Einsatz der Panzerhaubitze 2000 in Kundus](#).
- 36 U.a. Mayntz, Gregor ([RP](#), 31.12.2014): Bundeswehr lieferte Daten für „Tötungsliste“ in Afghanistan.
- 37 Seliger, Marco (2011): Operation „Jadid“, in: loyal 03/11, S. 26-37.
- 38 Eine entsprechende tabellarische Auflistung aller Fälle mit Quellen ist entweder beim Autor zu erfragen, oder wird über die Homepage der Informationsstelle Militarisation verfügbar gemacht.
- 39 Wittchen HU, Schönfeld S, Kirschbaum C, et al.: Traumatic experiences and posttraumatic stress disorder in soldiers following deployment abroad: how big is the hidden problem? [Dtsch Arztebl Int](#) 2012; 109(35-36): 559-68. DOI: 10.3238/arztebl.2012.0559.
- 40 Die genaueren Details zur Methodik können der frei verfügbaren Studie entnommen werden.
- 41 Ebd.
- 42 Interview mit Generalmajor Hans-Werner Fritz 2011, in: Seliger, Marco (2011): Operation „Jadid“, in: loyal 03/11, S. 36-37.

Wer wird Soldat?

Zur Motivation von jungen Menschen, Soldat zu werden und an Kriegseinsätzen teilzunehmen

von *Jonna Schürkes*

Die Aussetzung der Wehrpflicht im Juni 2011 hat nicht nur das Rekrutierungsproblem der Bundeswehr verstärkt. Es scheint sich auch jener Trend zu verstärken, dass vor allem solche Menschen sich als Soldat verpflichten, die für sich geringere Chancen auf dem zivilen Arbeitsmarkt sehen. Obwohl das Thema der sozioökonomischen Herkunft der Soldaten sowohl im Militär, in den Medien als auch im Bundestag debattiert wird, werden in Deutschland hierzu - im Gegensatz zu den USA - keine Daten veröffentlicht. Das Thema ist allerdings für die friedenspolitische und antimilitaristische Arbeit zu wichtig, als dass man es aufgrund der fehlenden Datenlage einfach beiseite lassen könnte.

Für den vorliegenden Artikel wurden Aussagen von Militärs und Verteidigungspolitikern, Umfrageergebnisse zur Motivation junger Menschen, zur Bundeswehr zu gehen, und aufgrund von Anfragen im Bundestag sporadisch veröffentlichte Daten zusammen getragen. Insgesamt bestätigt sich die Vermutung, dass in den meisten Fällen eine gewisse Perspektivlosigkeit Voraussetzung dafür ist, dass sich jemand als Soldat verpflichtet und damit die Gefahren der zunehmenden Auslandseinsätze auf sich nimmt.

„Wer Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr“

Das „Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr - ZMS“ (früher Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI)) führt seit 2004 regelmäßig Umfragen unter 15 bis 24jährigen durch, in denen diese zu ihrer Bereitschaft, Soldat zu werden, befragt werden. Die Umfragen dienen der Bundeswehr in erster Linie dazu, ihre Rekrutierungsstrategien zu verbessern.

Vor allem die anfangs veröffentlichten Umfragen zeigten, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die sich als Soldat bei der Bundeswehr verpflichteten, dies aus Angst vor der Arbeitslosigkeit taten. Die 2005 verabschiedeten Hartz-IV Gesetze und der durch sie aufgebaute massive Druck v.a. auch auf junge Arbeitslose jeden Job anzunehmen, wurden von der Bundeswehr genutzt, um Nachwuchs zu rekrutieren.¹

Die im Dezember 2013 veröffentlichte ZMS-Studie untersucht, wie viele Jugendliche sich vorstellen können, eine Mannschaftslaufbahn bei der Bundeswehr einzuschlagen.² Die Umfrageergebnisse sind nicht so eindeutig wie noch in den Studien zuvor. Dies liegt vermutlich auch daran, dass Jugendliche heute weniger Angst haben, keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden. Dennoch zeigt sich erneut, dass vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss in Erwägung ziehen, Soldat zu werden.

Als Gründe für ein grundsätzliches Interesse an einer Laufbahn bei der Bundeswehr werden in erster Linie „Gesichertes Einkommen“, „Neues Lernen/Erfahrungen sammeln“, „Sicherer Arbeitsplatz/Ausbildungsplatz“, „Wenn in der freien Wirtschaft kein Ausbildungsplatz zu finden ist“ genannt. Die Auslandseinsätze sind hingegen mit Abstand das wichtig-

ste Argument, kein Soldat zu werden, gefolgt von „Widerspricht (z.B. religiösen) Überzeugungen“ und „Andere berufliche Pläne, Zeitverlust“.

Aus den jüngsten Umfrageergebnissen ergibt sich damit erneut das Bild, das bereits Vorgängerstudien gezeichnet haben:

Es zeigt sich, „dass die Streitkräfte als Arbeitgeber vor allem für diejenigen in Frage kommen, die geringe sonstige berufliche Chancen besitzen. Umgekehrt verfügen die allermeisten, die für sich eine Tätigkeit in den Streitkräften ausschließen, über ihnen geeigneter erscheinende Möglichkeiten. Die Jugendlichen, die bereits eine Ausbildung oder einen Beruf haben, der ihnen zusagt, entwickeln in der Regel kein Interesse am Soldatenberuf. Zugespielt formuliert heißt das: Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr“,³ so beschreiben es Nina Leonhardt, Dozentin an der Führungsakademie der Bundeswehr und Heiko Biehl, Leiter des Forschungsbereichs Militärsoziologie am ZMS.

Der „Freiwilligen-Wehrdienst“: nur wenn's sein muss

Nicht nur diejenigen, die sich gegebenenfalls als Soldat verpflichten würden, sondern auch diejenigen, die sich für den „Freiwilligen Wehrdienst“ (FWD) entscheiden, tun dies offenbar weniger, weil sie von der Sinnhaftigkeit eines Militärdienstes überzeugt sind – sobald sich jedenfalls eine zivile Alternative bietet, springen viele wieder ab. Der FWD, der mit der Aussetzung der Wehrpflicht geschaffen wurde, gilt der Bundeswehr als wichtiges Instrument, um ausreichend Nachwuchs zu gewinnen. Jedes Jahr sollen mehr als 12000 Freiwillige rekrutiert werden, die sich für sechs bis 23 Monate verpflichten und – anders als Wehrpflichtige – auch in den Auslandseinsatz geschickt werden.

Im ersten Jahr des FWD bewarben sich noch auszeichnend junge Menschen für den Dienst, was allerdings v.a. auf die doppelten Abiturjahrgänge zurückzuführen war. In den darauf folgenden Jahren waren die Bewerberzahlen deutlich geringer.⁴ Innerhalb der ersten sechs Monate können die Freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL) die Bundeswehr jederzeit wieder verlassen. Von dieser Möglichkeit machten seit Beginn des Dienstes mehr als 25 Prozent Gebrauch.⁵ Als Grund für den Abbruch gaben 34 Prozent an, zwischenzeitlich eine zivilberufliche Alternative, also zum Beispiel eine Ausbildungsstelle oder einen Studienplatz, gefunden zu haben. Auch FWDLer, die die Probezeit schon hinter sich haben, versuchen dem Bericht des Wehrbeauftragten zufolge aus der Bundeswehr auszusteigen, wenn sich ihnen eine Alternative bietet.⁶ Am FWD zeigt sich, wie schwer der Bundeswehr die Rekrutierung von Nachwuchs fällt. Aus diesem Grund hat das Verteidigungsministerium die angestrebte Zahl an FWDLern schon auf 5000 gesenkt.⁷

Enge Kooperation mit den Arbeitsagenturen

In der Hoffnung, wenigstens jene Jugendlichen rekrutieren zu können, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, kooperiert die Bundeswehr seit Jahren eng mit den Arbeitsagenturen. So unterzeichneten die Bundeswehr und die Bundesagentur für Arbeit im Februar 2010 ein Abkommen, in dem sie vereinbarten, „durch Optimierung der Kommunikati-

onsmöglichkeiten zwischen der Wehrdienstberatung und den personalwerblichen Zielgruppen über die BA die Rahmenbedingungen zur Personalgewinnung für die Bundeswehr zu verbessern“ – kurz gesagt: die Arbeitsagenturen sollen die Bundeswehr aktiv bei der Rekrutierung unterstützen. Dazu soll zum einen die Präsenz der Bundeswehr in den Arbeitsagenturen weiter erhöht werden, zum anderen sollen Angestellte der Arbeitsagenturen von der Bundeswehr im Rekrutieren fortgebildet werden. So besuchten 2014 Mitarbeiter der Arbeitsagenturen in Baden-Württemberg eine Kaserne, um sich „hautnah, sogar mit Waffenschau über berufliche Perspektiven, die die Bundeswehr bieten kann“, zu informieren.⁸

Die enge Kooperation zwischen Bundeswehr und Arbeitsagenturen zeigt sich auch in Personalfragen: So wurde die Kooperationsvereinbarung von Seiten der Bundesagentur von ihrem Chef Frank Jürgen Weise unterzeichnet, der zum damaligen Zeitpunkt auch Vorsitzender der Strukturkommission der Bundeswehr war, die im Auftrag des Verteidigungsministeriums die Strukturreform der Bundeswehr vorbereiten sollte.

Mit der Abschaffung der Wehrpflicht wurden auch die Kreiswehrratsämter geschlossen und so genannte „Karriereberatungsbüros“ – 110 ständige und mehr als 200 mobile Büro – eingerichtet. Mindestens in 18 Städten befinden sich die ständigen Karriereberatungsbüros in denselben Gebäuden wie die Arbeitsagenturen,⁹ die mobilen Beratungsbüros bieten regelmäßig Informationsveranstaltungen in den Räumen der Arbeitsagenturen an, die diese dann auch bewerben.

Fazit

Geht es nach dem Willen des Bundespräsidenten Joachim Gauck und der aktuellen Bundesregierung, wird die Bundeswehr in Zukunft noch mehr Soldaten in Kriegseinsätze schicken. Die Frage, warum junge Menschen in diese Kriege ziehen, ist zu wichtig um ihre Beantwortung alleine der Bundeswehr zu überlassen. Denn, auch wenn Michael Wolffsohn, ehemals Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, für seine Aussagen, der Bundeswehr drohe eine „Ossifizierung“ und aus dem Staatsbürger in Uniform werde das „Prekariat in Uniform“, sowohl vom damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière als auch vom Bundeswehrverband massiv Schelte bekam, besteht im Militär offensichtlich selbst die Sorge, nur noch jene rekrutieren zu können, die in der „freien Wirtschaft“ keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen.¹⁰ Dabei geht es einerseits um die Befürchtung, langfristig nicht genug Soldaten rekrutieren zu können – es geht der Militärelite aber mit Sicherheit auch um das Ansehen ihres Berufsstandes: „Die Befürchtung, es könne am unteren Ende der gesellschaftlichen Skala eine selektive Wehrpflicht wirksam werden, die insbesondere sozial und wirtschaftlich Schwächere in die Streitkräfte drängt, treibt nicht zuletzt die Militärelite um, die befürchtet, eine solche Entwicklung [...] gefährde ihr soziales Standing“.¹¹

Die Friedens- und antimilitaristische Bewegung weist immer wieder darauf hin, dass die Realität des Soldaten Krieg ist und die Bundeswehr ihr Versprechen vom „sicheren Arbeitsplatz“ nicht hält. Dabei muss die Bewegung enger mit Arbeitsloseninitiativen und anderen Gruppen, die gegen die Prekarisierung in Deutschland kämpfen, zusammenarbeiten. Denn, so lange es Menschen gibt, die sich als Soldat verpflichten, um der Arbeitslosigkeit und dem Druck durch die Arbeitsagenturen zu entgehen, so lange wird es genügend Nachwuchs für die Kriegseinsätze der Bundeswehr geben.

Anmerkungen

- 1 vgl. Schürkes, Jonna/ Humburg, Heiko/ Wagner, Jürgen: Sozialabbau und Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr, W&F-Dossier 58, 2008.
- 2 Hennig, Jana: Attraktivität der Mannschaftslaufbahn der Bundeswehr, ZMS, Dezember 2013.
- 3 Leonhardt, Nina/ Biehl, Heiko: Beruf: Soldat, in: Leonhardt, Nina u.a. (Hrsg.), Militärsoziologie – Eine Einführung, S. 414, Wiesbaden, 2012.
- 4 Genaue Zahlen zu Bewerbungen, Einstellungen und Kündigungen von FWDlern (allerdings nur für 2012) finden sich in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken „Umsetzung des Freiwilligen Wehrdienstes in den Jahren 2012 und 2013“, BT-Drs: 17/14082, 25.06.2013.
- 5 Wiegold, Thomas: Kündigung im freiwilligen Wehrdienst: Ein Drittel sieht keine Perspektive in der Truppe, Augen Geradeaus, 17.06.2013.
- 6 Bericht des Wehrbeauftragten 2013, BT-Drs: 18/300, 28.01.2014.
- 7 Dem freiwilligen Wehrdienst droht das Aus, Die Welt, 16.08.2013.
- 8 Kooperation Bundeswehr und BA: Berufskunde mit Waffenschau, Dialog 4/2014, URL: <http://kritischerkommilitone.wordpress.com>
- 9 Die Karriereberatungsbüros in Ansbach, Aurich, Braunschweig, Coesfeld, Göttingen, Hagen, Hamm, Herford, Mainz, Mühlhausen, Neuruppin, Offenburg, Paderborn, Rheine, Rostock, Schwäbisch Gmünd, Siegen und Weilheim haben die gleiche Adresse wie die jeweiligen Arbeitsagenturen.
- 10 Vgl. beispielsweise das Interview mit dem ehemaligen Wehrbeauftragten des Bundestages Reinhold Robbe: „Es reicht nicht, ein paar Faltblättchen zu verteilen“, Tagesschau.de, 01.07.2011.
- 11 Leonhardt/ Biehl, 2012, S. 422, 2012.



Arbeitsagenturen und Bundeswehr Hand in Hand. Bild: Michael Schulze von Glaßer

In Treue fest ...?

Vom Umgang mit der Geschichte in der bayerischen Provinz

von Helmut Groß

Seit Ende 2012 spuken Geister der Vergangenheit durch das oberbayerische Voralpenland. Nein, nicht Marx und Engels, sondern Hindenburg und Hitler – und sie sorgen für lebhaft Diskussionen. Am Ende schaffte es eine aus sieben Bauern-dörfern bestehende 5000-Seelen-Gemeinde sogar in die Welt-presse und in die angeblich berühmteste Late-Night-Show der Welt, in der Jay Leno spottete, ob denn die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde für Hitler nicht etwas überstürzt sei, da der Krieg doch erst 60 Jahre vorbei sei.¹

Angefangen hat es in Garmisch-Partenkirchen, der Stadt der Winterolympiade von 1936. Im November 2012 stimmte der dortige Stadtrat mit einer satten Dreiviertelmehrheit für die Umbenennung der Hindenburgstraße in seiner Gemeinde. Ein ehemaliger SPD-Bürgermeister und ein jüdischer Dirigent sollten stattdessen Namenspatrone von zwei Abschnitten der Hindenburgstraße werden, für damit verbundene Unkosten wurde eine finanzielle Entschädigung für die Anwohner beschlossen. Doch dazu kam es nicht. Ein Ehepaar aus besagter Straße gründete eine Bürgerinitiative, um den Ratsbeschluss zu kippen.² Diese schaffte es nicht nur, genügend Unterschriften für ein erfolgreiches Bürgerbegehren zu sammeln, bei dem dann folgenden Volksentscheid wurde das nötige Quorum von 20% mit 29.26% locker erreicht und von diesem knappen Drittel der Bürgerschaft votierten 89.33 Prozent für den Erhalt des Namens Hindenburgstraße.³

Etwa zeitgleich brachte der „Tölzer Kurier“, die Lokalausgabe des „Münchner Merkur“, das Thema in der benachbarten Kreisstadt Bad Tölz auf die Tagesordnung. Auch hier gibt es eine Hindenburgstraße, die seit 1926 vom martialischen Kriegerdenkmal des 1870/71er Kriegs im Stadtzentrum an Postamt, Bücherei, Gymnasium und Jugendheim vorbei zum Alten Bahnhofplatz führt. Während Bürgermeister Josef Janker (CSU) für die Diskussion zunächst kein Verständnis aufbrachte – man solle „nicht krampfhaft danach suchen, was man noch aufarbeiten kann“ –, sprachen sich seine zwei Stadtarchivare und Dr. Christoph Botzenhart vom Historischen Verein für eine Umbenennung aus, auch unter Verweis auf die neueren kritischen Forschungsergebnisse von Wolfram Pyta.⁴

Kontroverse um Hindenburg

Der Autor hatte in seiner 2007 erschienenen Hindenburg-Biografie insbesondere zwei bedeutende Legenden um Hindenburg als solche entlarvt: die vom strahlenden „Helden von Tannenberg“, die seinen Ruhm begründete und die vom senilen Reichspräsidenten, der 1933 nicht mehr so ganz wusste, was er tat, als er Hitler zum Reichskanzler ernannte.⁵ Für Botzenhart entscheidend für eine zeitgemäße Beurteilung von Hindenburg ist auch, daß Hindenburg in der Zeit zwischen 30.01.33 und seinem Tod im Sommer 1934 widerspruchslos alle Notverordnungen unterzeichnete, mit denen die Nationalsozialisten jegliche linke Opposition, ja das gesamte Parteiensystem zerschlugen und „bereits die lückenlose Diktatur errichteten.“⁶

Kurier-Redakteur Christoph Schnitzer erweiterte die Dis-

GASTBEITRAG

kussion durch seinen Bericht über den „höchst zweifelhaften Ehrenbürger“ von Bad Tölz. Von Schnitzer, der sich bereits durch sein Buch „Die NS-Zeit im Altlandkreis Bad Tölz“ große Verdienste um die lokale Aufarbeitung dieser Zeit erworben hatte, erfuhren die Leser, dass

Hindenburg am 1. September 1926 die Ehrenbürgerwürde verliehen worden war. Nicht dass Hindenburg Bad Tölz oder seinen Bürgern besondere Wohltaten erwiesen hätte, einzig gelegentliche Stippvisiten waren neben seiner allgemein hohen Beliebtheit der Grund dafür. Zwischen 1922 und 1932 verbrachte Hindenburg nämlich regelmäßig seine Sommerurlaube als Gast des Barons von Schilcher in dessen nahegelegenem Heimatdorf Dietramszell, von dem später noch die Rede sein wird. Als passionierter Jäger fuhr Hindenburg von dort regelmäßig zur Jagd ins Gebirge. Der Weg dahin führte über Bad Tölz, wo er dann gerne mal einen Stopp einlegte, ein Bad in der begeisterten Menge nahm und sich vom Bürgermeister hofieren ließ.⁷

Zur weiteren Aufklärung referierte Dr. Botzenhart (ebenfalls CSU-Mitglied) Mitte März 2013 in einer gut besuchten Veranstaltung des Historischen Vereins den neuesten Stand der Geschichtsforschung, basierend auf der Pyta-Biographie und erntete dafür bei der Presse großes Lob: „fundiert, ausgewogen, ohne unnötige Emotion, aber auch ohne falsche Milde“. Der Historische Verein und auch Botzenhart wollten nun aber in Sachen Umbenennung keine klare Stellung (mehr) beziehen, das sei „Sache des Stadtrats“. Das warnende Beispiel von Garmisch-Partenkirchen vor Augen, blieb auch Bürgermeister Janker bei seiner Position, nichts zu unternehmen, außer es käme eine Initiative von den Anwohnenden. Die SZ-Lokalausgabe titelte „Tölz bleibt beim Reichspräsidenten“, der Kommentator sprach von einer „Desavouierung aller NS-Opfer“ und verwies darauf, dass nur wenige Schritte vom Beginn der Hindenburgstraße im Stadtzentrum „Gehdenksteine“ für von den Nazis ermordete Tölzer Juden und geistig Behinderte im Bürgersteig eingelassen sind.⁸ In Sachen Ehrenbürgerwürde schienen Janker die Ausführungen von Botzenhart allerdings doch soweit beeindruckt zu haben, dass er ankündigte, „dem Stadtrat die Aberkennung des Ehrenbürgertitels vorzuschlagen“.⁹

In folgenden Vierteljahr gab es heftige Diskussionen, 21 Leserbriefe erschienen allein im Tölzer Kurier, mehrheitlich pro Hindenburg. Der SPD-Ortsverein plädierte mit großer Mehrheit für Umbenennung, auch der Sprecher der vierköpfigen Grünen-Fraktion im Stadtrat nannte es „nur konsequent“, bei Aberkennung der Ehrenbürgerwürde auch die Straße umzubenennen. Der Fraktionsvorsitzende der „Freien Wählergemeinschaft“ FWG ließ verlauten: „Wir sind einheitlich dafür, dass Hindenburg die Ehrenbürgerwürde aberkannt wird.“ Bürgermeister Janker hatte sich inzwischen auf die von ihm schon im März angedachte Lösung, die Hindenburgstraße als „begehbare Mahnmal“ zu gestalten, festgelegt. Seine Begründung: das Andenken, insbesondere an Hindenburgs negative Rolle in der Geschichte, sei sehr wichtig und werde so eher und nachhaltiger wachgehalten als durch die Tilgung seines Namens aus dem Stadtbild.¹⁰ Dieser Auffassung schloss sich nun auch Schnitzer an.

Mitte April fand sich bei den Anwohnenden der Hindenburgstraße bei einer stichprobenartigen Befragung durch den Tölzer

Kurier niemand, der eine Umbenennung begrüßt hätte. Auch Harald Vorleuter, einst Büroleiter von Strauss-Tochter und Ex-Kultusministerin Hohlmeier, heute Direktor des Tölzer Gabriel-von-Seidl-Gymnasiums, hatte sich sehr lange gar nicht zu dem Thema geäußert, folgte dann aber der Argumentation des Bürgermeisters. Schüler und Lehrkräfte waren jeweils geteilter Meinung, immerhin initiierte eine Geschichtslehrerin ein kritisches Hindenburg-Projekt für die Gymnasiasten des Oberstufen-Geschichtskurses, dessen in der Presse publizierte Ergebnisse dem aktuellen Forschungsstand entsprachen.¹¹

Ende Juni wurde in der Tölzer Stadtratssitzung ein vorläufiger Schlussstrich unter die Debatte gezogen, allerdings mit einigen Überraschungen. Die Anfang April angeblich noch „einheitlichen“ Freien Wähler hatten plötzlich doch arge Probleme, dem Antrag von Bürgermeister Janker zu folgen und Hindenburg die Ehrenbürgerschaft zu entziehen. Alle männlichen FWG-Stadträte, angeführt vom Zweiten Bürgermeister, sprachen sich jetzt dagegen aus. Die Diskussion sei „akademisch und ein bisschen dem Zeitgeist geschuldet“, die „Vorväter“ hätten sich doch auch „Gedanken gemacht“ und eine „demokratische Entscheidung“ getroffen, die man doch jetzt aus „Populismus“ nicht einfach revidieren dürfe. Weniger überraschend war die Unterstützung aus der CSU-Fraktion für diese Position. Bei der Abstimmung über die Ehrenbürgerschaft waren die Gemüter dann so erregt, dass dreimal gezählt werden musste, die Zahl der Nein-Stimmen jedes Mal anstieg und Jankers Vorlage zuletzt mit gerade mal einer Stimme Mehrheit angenommen wurde. Der zweite Antrag, die Hindenburgstraße als „begehbare Mahnmahl“ zu gestalten, wurde zwar auch noch kontrovers diskutiert, dann aber doch einstimmig beschlossen.¹² Ein Expertenteam, dem unter anderen Dr. Botzenhart und Christoph Schnitzer angehören, wurde beauftragt, Texte für 10 – 12 Infotafeln zu entwerfen, die entlang der etwa einen Kilometer langen Straße angebracht werden sollen, sowie dazu bis Juli 2014 ein Präsentationskonzept zu erarbeiten.¹³

Den vorläufigen Höhepunkt des Geistertreibens im bayerischen Oberland stellte die inzwischen auch in Dietramszell angekommene Diskussion dar. Auch dort hatte Hindenburg die Ehrenbürgerschaft verliehen bekommen, und damit beschäftigte sich Mitte November 2013 ein runder Tisch, bestehend aus der Bürgermeisterin Leni Gröbmaier (Bürgerliste Dietramszell), den Dietramszeller und Tölzer Stadtarchivaren und dem für sein Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit bekannten Dietramszeller Autor und Ehemann von Amelie Fried, Peter Probst. Dabei potenzierte sich aber das Problem, weil die Gemeindecarchivarin mittlerweile herausgefunden hatte, dass auch Adolf Hitler am 17. März 1933 die Dietramszeller Ehrenbürgerschaft erhalten hatte.

Keine Distanzierung von Adolf Hitler

Eine formale Aberkennung war seitdem in beiden Fällen nicht erfolgt. Brauche es auch nicht, meinte die Archivarin, weil sie ja nach dem Tod sowieso erlischt. „Das ist die Gesetzeslage“, bestätigte Wilfried Schober vom Bayerischen Gemeindetag. Da die Zuerkennung der Ehrenbürgerwürde seinerzeit „rechtlich in Ordnung“ gewesen sei, sei es „fragwürdig“, sie jetzt zu entziehen. Der Gemeindetag empfiehlt daher den Gemeinden, sich von den damaligen Beschlüssen lediglich zu distanzieren.¹⁴ Leni Gröbmaier beriet sich mit ihrem Kollegen aus Münsing, der auch im Tölzer Landkreis gelegenen Heimatgemeinde von Vico von Bülow alias „Loriot“, wo eine Woche zuvor eine solche Distanzierung einstimmig und



Gedenktafel in Dietramszell mit abgeschraubter Büste. Foto: Autor

ohne Diskussion über die Bühne gegangen war und formulierte einen entsprechenden Antrag, den sie dem Dietramszeller Gemeinderat am 10. Dezember zur Abstimmung vorlegte. Von 20 Gemeinderäten waren 16 anwesend, Jugendreferentin und CSU-Rätin Traudi Fröstl meldete sich als erste, bezeichnete den Antrag als „lachhaft“ und tat weiterhin kund, „wir hätten doch damals nicht anders abgestimmt“ und „wir sollten nicht unsere Geschichte umschreiben.“ Zwei Räte der FW bliesen ins gleiche Horn, keine weiteren Wortmeldungen, der Antrag wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.¹⁵

Die Chefredakteurin des Kuriers war „sprachlos“, Landrat Niedermeier (FWG) meinte „Dümmer geht’s nicht“, die Jusos plakatierten nächtens: „Massenmörder = Ehrenbürger, acht Räte erleben den ‚A.H.-Effekt‘“, Rätin Waltraud Bauhof (parteilos) ist „fassungslos“ und kann nicht mehr schlafen, „so regt mich das Ganze auf.“ Sie erzählt von den 70er Jahren, als sie aus Köln nach Dietramszell gezogen war. Da sei noch Führers Geburtstag gefeiert worden, mit Altar und Anwesenheit „hochrangiger“ Gemeindeglieder...

Bemerkenswert war auch die Reaktion von Peter Dathe, von 1978 bis 2002 Mitglied dieses Gemeinderats und seit 2008 Chef des Bayerischen Landeskriminalamts. In einem Brief an den Münchner Merkur zeigte er sich „zutiefst erschüttert“ und schrieb weiter „Da haben wohl manche die Zeichen der Zeit nicht erkannt – oder schlimmer wäre noch, wenn sie diese Zeichen ignorieren würden ... Die nationalsozialistische Agitation hat in Deutschland Hochkonjunktur. Das zeigt sich nicht nur in den Verbrechen der NSU, sondern in vielerlei Gewaltaktionen. Wer mit etwas offenen Augen und Ohren in die Gegenwart Deutschlands blickt oder hört, dem kann dies wohl nicht verborgen bleiben.“¹⁶

Weil laut Leni Gröbmaier einige Räte „über sich selbst ent-



Straßenschild in der Nachbarschaft des Kriegerdenkmals,
Foto: Autor.

setzt“ sind, berief sie eine Sondersitzung des Gemeinderats für den 17. Dezember 2013 ein, bei der Amelie Fried und Peter Probst den Räten Nachhilfeunterricht in Geschichte gaben. Zuvor hatten sich die acht in der Kritik stehenden Gemeinderäte in einer gemeinsamen Erklärung entschuldigt und „zutiefst bedauert, dass Dietramszell in der öffentlichen Meinung so beschädigt wurde.“

Der nun von ihnen eingebrachte Antrag war inhaltlich identisch mit dem eine Woche zuvor von ihnen abgelehnten Antrag der Bürgermeisterin. Der Gemeinderat der Grünen griff eine Anregung von Peter Probst auf, nicht nur eine Distanzierung, sondern auch eine Aberkennung der Ehrenbürgerschaft für Hindenburg und Hitler auszusprechen. Dem folgte in einer letzten überraschenden Wendung der Gemeinderat einstimmig und ertete dafür von den zahlreichen Zuhörern genauso viel Applaus wie zuvor Fried und Probst.¹⁷ Die taz titelte am 19.12. „21:0 gegen den Führer“.

Hindenburg-Büste vom Kloster abmontiert

Im Januar wird ein Leserbrief einer promovierten Dietramszeller Bürgerin veröffentlicht, in dem sie von einer „gezielten Aktion interessierter Kreise um Herrn Probst“ und einem „naseweisen Nachgeborenen-Beschluss“ schwadroniert, mit dem Dietramszeller Geschichte „einfach ausradiert“ werde. Auf der gleichen Seite wird berichtet, dass die Dietramszeller Blaskapelle bei ihrem Neujahrskonzert 2014 den Marsch „Unser Hindenburg“ zwar nicht aus dem Repertoire gestrichen, aber umbenannt hat: in „Thomabauern Hausl-Marsch“, nach einem berühmten Wilderer, der dem Hindenburg „öfter mal einen kapitalen Rehbock weggeschossen hat“.¹⁸

Spuk beendet? Nicht ganz, denn noch hing an dem den Ort dominierenden Salesianerkloster direkt an der Hauptstraße eine Nazi-Büste Hindenburgs. Die sollte - dem Beispiel von Bad Tölz folgend - durch eine Tafel mit einer kritischen Würdigung seines Wirkens versehen werden. Doch auch hier gab es eine kleine Überraschung: Am 1. Juli 2014 schraubte der Münchner Aktionskünstler Wolfram Kastner mit zwei Freunden am helllichten Tag, getarnt nur mit Warnwesten, die Hindenburgbüste von ihrem Sockel an der Klosterkirche ab und legte sie, versehen mit einem Hakenkreuz auf dem rechten Auge, in den Garten der Familie von Schilcher, die sie seither verwahrt.¹⁹ Die wütende Reaktion vieler Bürger in Form von Leserbriefen zeigte, dass die ganze bisherige aufklärerische Diskussion an ihnen völlig spurlos vorbeigegangen war.

Und beim Neujahrfeuerwerk 2014 eines Sportvereins in Kochel am See – ebenfalls im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gelegen – war über Lautsprecher Adolf Hitler im O-Ton zu hören: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen“. Im Februar gab es dann aber auch hier einen einstimmigen Gemeinderats-

beschluss, Hitler, Hindenburg, Göring und von Epp die ehemals verliehene Ehrenbürgerwürde abzuerkennen.²⁰

Im September 2014 stellte schließlich der Bad Tölzer Arbeitskreis „Hindenburgstraße“ sein fertiges Konzept für die Gestaltung der Straße mit 11 Informationsstelen zu Hindenburgs Leben vor. Die Texte hatte der Arbeitskreis ehrenamtlich und unter Beteiligung des ehemaligen Direktors der bayerischen Staatsarchive, Prof. Hermann Rumschöttl, entworfen. Für die Gestaltung war eine Ausschreibung erfolgt, der Stadtrat konnte sich zwischen zwei in der Sitzung vorgestellten Konzepten entscheiden. Nach kontroverser Diskussion wegen der hohen Kosten folgte der Stadtrat mit übergroßer Mehrheit gegen zwei Stimmen der Grünen(!) und eine von den Freien Wählern – der Beschlussvorlage, im Haushalt für 2015 70.000 Euro für die Umsetzung des zuvor gebilligten Konzepts zu bewilligen.²¹

Damit hat Bad Tölz im Umgang mit den Geistern der Vergangenheit einen Weg eingeschlagen, der für viele andere Städte und Gemeinden in Deutschland mit ähnlichen historischen Hypothesen Vorbild und Maßstab sein könnte.

Anmerkungen

- 1 Sebastian Dorn: „Dietramszells fragwürdige Berühmtheit“, Tölzer Kurier v. 3.1.2014. Ob Jay Leno weiß, dass ein nur 15 Kilometer von Dietramszell entfernter Berg bei Google Earth bis zum März 2007 als „Hitlerberg“ bezeichnet war, obwohl er seit 1945 wieder seinen alten Namen Heiglkopf trägt?
- 2 Patrick Wehler: „Generalfeldmarschall ade“, Münchner Merkur v. 31.12.2012.
- 3 „Kein neuer Name“, Münchner Merkur v. 22.4.2013.
- 4 „Hindenburgstraße: Janker gegen Umbenennung, Historiker dafür“, Tölzer Kurier v. 27.10.2012.
- 5 Wolfram Pyta: „Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler.“ Siedler-Verlag 2007.
- 6 Klaus Schieder: „Tölz bleibt beim Reichspräsidenten“ und „Schlag ins Gesicht der NS-Opfer“, SZ Bad Tölz-Wolfratshausen v. 13.3.2013.
- 7 Christoph Schnitzer: „Ein höchst zweifelhafter Ehrenbürger“, Tölzer Kurier v. 27.10.2012.
- 8 Klaus Schieder: „Tölz bleibt beim Reichspräsidenten“ und „Schlag ins Gesicht der NS-Opfer“, SZ Bad Tölz-Wolfratshausen v. 13.3.2013.
- 9 Andreas Steppan: „Hindenburg soll nicht Ehrenbürger bleiben“, Tölzer Kurier v. 13.3.2013.
- 10 Julia Pawlowsky: „Der richtige Weg für die Straße“, Tölzer Kurier v. 2.4.2013.
- 11 Klaus Schieder: „Plädoyer für ein Mahnmal“, SZ Bad Tölz-Wolfratshausen v. 30.4.2013.
- 12 Suse Bucher-Pinell: „Tölz entzieht Hindenburg Ehrenbürgerrecht“, SZ Tölz-Wolfratshausen v. 27.6.2013.
- 13 „Experten grübeln über Hindenburg“, Tölzer Kurier v. 19.12.2013.
- 14 Volker Ufertinger: „Hitler noch Ehrenbürger von Dietramszell“, Tölzer Kurier v. 15.11.2013.
- 15 Volker Ufertinger: „Kein Zeichen der Mahnung“, Tölzer Kurier v. 11.12.2013.
- 16 Volker Ufertinger: „Hitler-Eklat: „Einige Räte sind über sich selbst entsetzt“, Tölzer Kurier v. 16.12.2013 und merkur-online Artikel zum gleichen Thema v. 16.12.2013.
- 17 Volker Ufertinger: „Schrecklicher Beschluss revidiert“, Tölzer Kurier v. 18.12.2013.
- 18 Max Bachmair: „Wuiderer springt für Hindenburg ein“, Tölzer Kurier v. 9.1.2014.
- 19 „Aktionskünstler montiert Hindenburg-Büste ab“, Isar-Loisachbote v. 2.7.2014.
- 20 „Keine braunen Ehrenbürger mehr“, Jahresrückblick 2014 des Tölzer Kuriers v. 24.12.2014.
- 21 Veronika Wenzel: „Geschichte auf dem Gehsteig“, Tölzer Kurier v. 24.9.2014.

Die Sozialdemokratie und die Vereinigte Armee von Europa

von Jürgen Wagner



Ende 2014 wurde in der Presse über ein [Positionspapier zur Europäisierung der Streitkräfte](#) berichtet, das von der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion verfasst wurde.¹ Dabei wurde vor allem auf die im Papier auftauchende Forderung nach einer „Vereinigten Armee von Europa“ hingewiesen. Teils wurden auch noch einzelne Elemente der im Papier aufgeführten militaristischen Wunschliste aufgezählt – kritiklos, versteht sich.² Überhaupt keine Erwähnung fand jedoch der problematische (Denk-) Kontext, in den das Papier eingebettet ist, da es stilsicher die Floskeln von Bundespräsident Joachim Gauck für eine ambitioniertere deutsche Weltmachtpolitik aufgreift. Fast noch schwerer wiegt die völlig unverantwortliche Weigerung, sich seriös mit den drängenden Fragen demokratischer Kontrollbefugnisse (bzw. deren Aushebelung) zu beschäftigen, die von der geforderten Europäisierung der Streitkräfte zwingend aufgeworfen werden.

Sozialdemokratischer Gauckismus

Zu Recht werfen Kritiker Bundespräsident Joachim Gauck vor, in seiner seitdem vielfach aufgegriffenen Grundsatzrede bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 nicht weniger als einen grundlegenden Kurswechsel in Richtung einer militärisch gestützten deutschen Weltmachtpolitik eingefordert zu haben: „Was Gaucks Rede [...] so problematisch macht, ist die Tatsache, dass sie sich einfügt in den konzentrierten Versuch, einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik herbeizuführen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: erstens den Wechsel von einer Kultur der Zurückhaltung zu einer ‚Kultur der Kriegsfähigkeit‘ (Josef Joffe), und zweitens den Wechsel von einer Kultur der Werte zu einer Kultur der Interessen.“³

Da Deutschland laut dem Bundespräsidenten vor allem aber auch aus „Verantwortung“ künftig häufiger zu den Waffen greifen müsse, sind dem „Gauckismus“ auch moralisierende Elemente beigemischt, was zusammen eine überaus problematische Mixtur ergibt: „In der Tat weist der ‚Gauckismus‘, dieses Amalgam aus geopolitischen Prämissen und protestantisch geprägter Moral, kaum zu verleugnende Parallelen zum Sendungsbewusstsein der neokonservativen Bush-Ära in den USA auf. [Der] Bundespräsident [bemühte] sogar die abgeschmackte Metapher einer Weltpolizei, die überall auf der Welt die eigenen Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll. Die zunehmend chaotischen Zustände im Nahen Osten sind vor diesem Hintergrund flott mit dem Mangel der Übernahme von Verantwortung erklärt. Ein beherztes Eingreifen in Syrien zum richtigen Moment, das hätte die Katastrophen im Nahen Osten doch verhindert, so mehrten sich nun die Stimmen. Aber was, wenn das nicht stimmt? Welche Art von Verantwortung ist es dann, der wir gerecht werden? Die Pathologien liberaler Hybris sind derzeit im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen zu beobachten.“⁴

Solche Kritiken perlen an der SPD und ihrem besagten Posi-

tionspapier offensichtlich ab, wenn es darin heißt: „Einige Entscheidungen der letzten Bundesregierung haben dazu geführt, dass Zweifel bei den Partnern aufkamen, ob Deutschland in den entscheidenden Momenten einer Krise zu seinen Zusagen steht.“ Der Absatz bezieht sich vor allem auf die deutsche Nicht-Beteiligung am Krieg gegen Libyen, die in der SPD inzwischen augenscheinlich als Fehler bewertet wird – und das angesichts der völlig katastrophalen Situation in dem Land.⁵ Weiter heißt es dann folgerichtig: „Die kontinuierliche, über alle Parteigrenzen hinweg geübte deutsche Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Machtmittel ist wichtig und richtig. Jedoch kann es Situationen geben, wo der Einsatz militärischer Gewalt notwendig und zweckmäßig ist, um größeres Unheil zu verhindern. Richtig ist aber auch, dass Deutschland durch seine Zurückhaltung nicht politisch in Europa ins Abseits geraten darf und diese nicht als deutscher Sonderweg missverstanden werden darf.“

Der Irrwitz dieser Sätze ist schon beeindruckend, schließlich scheint es aus Sicht des SPD-Positionspapiers „verantwortlich“ zu sein, einen Krieg wie etwa den gegen Libyen aus bündnis- und letztlich machtpolitischen Erwägungen selbst dann zu führen, wenn man ihn eigentlich für kompletten Unfug hält. Kein Wunder also, dass man deshalb für künftige Kriege „besser“ gerüstet sein will.

Militaristische Wunschliste

Ausführlich wird in dem SPD-Positionspapier darüber geklagt, dass der Ausbau der militärischen Schlagkraft der Europäischen Union in den letzten Jahren nicht wirklich „gut“ vorangekommen sei. Um diesen „Missstand“ zu beheben, werden eine ganze Reihe von Maßnahmen gefordert:

- „Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee sollte ein ‚echter‘ Verteidigungsministerrat gebildet werden.“
- „[Die] Vorbereitung eines gemeinsamen europäischen Weißbuchs zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“
- „Die Einrichtung eines ständigen militärischen Hauptquartiers der EU mit allen Führungsgrundgebieten.“
- „Um die Zusammenarbeit der verschiedenen Streitkräfte weiter zu verbessern, sollte die Zahl gemeinsamer europäischer Manöver und Übungen weiter erhöht werden.“
- „[Die] Schaffung einer Europäischen Militärakademie oder -universität.“
- „[Der] Ausbau der Europäischen Gendarmerie (Hauptquartier: Vicenza, einsatzfähig seit Anfang 2006). Für Deutschland, das sich aufgrund der strikten Trennung von Militär und Polizei nicht beteiligt, sollten wir eine Lösung finden...“

Dies alles seien wesentliche Teile einer „Europäisierung der Streitkräfte“, die mit einem festen Endpunkt in Gang gebracht werden soll: „Wir als Sozialdemokraten wollen in Europa die treibende Kraft auf dem Weg zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee sein und diesen konsequent beschreiten. [...] Wir sind bereit, in einen Prozess einzutreten, an dessen Ende wir unsere nationale Armee in eine neue, bes-

sere, supranationale Armee - eine europäische Armee - einführen.“

Verlässliche Kriegsführung außer (parlamentarischer) Kontrolle

Über die zuvor beschriebenen Vorschläge hinaus gilt die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Militärgerät („Pooling & Sharing“) als eigentlicher Königsweg hin zur „Vereinigten Armee Europa“ und der Steigerung der militärischen Schlagkraft, die man sich hiervon verspricht. Gebündelte Kräfte sollen eine weniger zersplitterte Rüstungslandschaft, höhere Stückzahlen und damit einhergehend deutliche Kostensenkungen in den Bereichen Anschaffung, Betrieb und Wartung militärischen Geräts nach sich ziehen.

Die Sache hat jedoch laut P&S-Befürwortern einen gewaltigen Haken: Denn über Einsätze deutscher Soldaten (und deutschen Militärgeräts) muss hierzulande – bislang zumindest noch – der Bundestag entscheiden. Somit ist es zumindest theoretisch denkbar, dass der Bundestag die Verwendung von gemeinsam angeschafftem und/oder genutztem Militärgerät für einen Kriegseinsatz ablehnt. Dieser Mangel an „Verlässlichkeit“, heißt es nun u.a. in dem SPD-Positionspapier, sei ein wesentliches Hemmnis, P&S weiter vorantreiben zu können: „Wer eine europäische Armee anstrebt, muss für seine Partner berechenbar und verlässlich sein. [...] Einige Fähigkeiten sind redundant in den Streitkräften der EU vorhanden, andere sind interdependent, d.h. diese sind in der EU/NATO nur einmal vorhanden und die beteiligten Nationen sind aufeinander angewiesen, um sie zur Wirkung bringen zu können. Für solche Fähigkeiten könnte der Ausstieg nur eines beteiligten Partners den Einsatz unmöglich machen. Es sind jedoch Prozesse mit einem Höchstmaß an Verlässlichkeit notwendig.“

In Wahrheit ist es wohl nur unter absoluten Ausnahmesituationen vorstellbar, dass der Bundestag einen Kabinettsbeschluss zur Teilnahme an einem Kriegseinsatz ablehnen würde. Anders sieht es natürlich bei der Bundesregierung selbst aus, die in der Vergangenheit ja etwa im Falle von AWACS die Bereitschaft gezeigt hat, dem Einsatz „gepoolten“ Materials nicht zuzustimmen, sollte dies nicht im eigenen Interessenkalkül liegen. Da es ebenso schwer vorstellbar ist, dass die Bundesregierung die letzte Entscheidung hierüber in absehbarer Zeit aus der Hand geben wird, dürfte es hier vor allem um eines gehen: Auch wenn der Bundestag stets mehrheitlich willfährig vom Kabinett beschlossene Militäreinsätze abgenickt hat, ging damit immer eine – durchaus unangenehme – öffentliche Debatte um den Sinn bzw. Unsinn des jeweiligen Einsatzes einher. Aus diesem Grund ist der Parlamentsvorbehalt vielen Militärpolitikern schon lange ein Dorn im Auge und es deutet alles darauf hin, dass die Gunst der Stunde genutzt werden soll, um sich ihn mit Verweis auf die „Verlässlichkeit“ beim Einsatz „gepoolten“ Materials so weit wie möglich vom Hals zu schaffen.

Mit anderen Worten: Wenn eine EU-Armee auf gemeinsame Rüstungsgüter zurückgreift (und ggf. auch auf Soldaten in gemeinsamen Stäben, Einheiten, etc.), dann kann es nicht angehen, dass nationale Parlamente wie der Bundestag künftig weiter die Möglichkeit haben, EU-Einsätze zu verhindern. Um genau in diesem Zusammenhang Vorschläge zu machen, wie der Parlamentsvorbehalt künftig faktisch ausgehebelt werden kann, wurde vor einiger Zeit eine Kommission unter Leitung des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühe ins Leben gerufen.⁶ Und auch das SPD-Positionspapier sieht im Parla-

mentsvorbehalt keinen Hinderungsgrund für den Aufbau einer EU-Armee und bezieht sich positiv auf besagte Kommission: „Wir stehen klar und unmissverständlich zu unseren Bündnisverpflichtungen und werden auch versuchen, auf andere Nationen hinzuwirken, keine Sonderwege zu gehen. [...] Der deutsche Parlamentsvorbehalt hat sich bewährt, er ist kein Hinderungsgrund für eine vertiefte europäische Integration. Der Deutsche Bundestag hat eine Kommission beauftragt, zu prüfen, wie auch auf dem Weg fortschreitender Bündnisintegration die Parlamentsrechte gesichert werden können.“⁷

In vielen anderen EU-Ländern haben die Parlamente schon heute keine Befugnisse in der Kriegsfrage mitzuentcheiden und auch in Deutschland soll hier augenscheinlich eine „Normalisierung“ eintreten. Gleichzeitig hat auch das Europäische Parlament hier nahezu keine Mitspracherechte, es sind allein die Staats- und Regierungschefs, die auf EU-Ebene über Militäreinsätze entscheiden, die Gewaltenteilung ist dort faktisch aufgelöst.⁸ Man bekennt sich im SPD-Positionspapier zwar dazu, das Ziel müsse eine „parlamentarisch kontrollierte europäische Armee“ sein und will eine „Stärkung der parlamentarischen Verantwortung auf europäischer Ebene“, bleibt aber außerhalb dessen vollkommen vage, was dies konkret bedeuten soll. Während minutiös Details für die weitere Militarisierung der Europäischen Union ausgebreitet werden, streift man gleichzeitig die zentrale Frage demokratischer Kontrollbefugnisse lediglich en passant, was leider Bände über die militärpolitischen Präferenzen der Sozialdemokratie spricht.

Anmerkungen

- 1 **Positionspapier zur Europäisierung der Streitkräfte**, Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion.
- 2 SPD wirbt für „Vereinigte Armee von Europa“, [Handelsblatt.com](#), 4.12.2014; SPD für europäische Armee, [taz.de](#), 5.12.2014.
- 3 Lucke, Albrecht von: Der nützliche Herr Gauck, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2014, S. 5-8, S. 6.
- 4 Kilian Spandler, Kilian/Pfeifer, Hanna: **Komplexität aufbauen statt abbauen - Wider eine Politik der neuen deutschen Verantwortung**, Auswärtiges Amt, Review 2014.
- 5 Vgl. Hager, Marius: Milizenkrieg in Libyen. Wie ein Staat mit internationaler Unterstützung zerfällt, in: *AUSDRUCK* (Oktober 2014).
- 6 Vgl. Haid, Michael: Die Rühe-Kommission. Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr bald eine Karikatur? in: *AUSDRUCK* (Juni 2014).
- 7 Freilich sind derlei Positionen aus Reihen der SPD nicht gänzlich neu. So hieß es bereits in einem früheren Antrag der SPD-Bundestagsfraktion: „Angesichts zurückgehender Mittel für die Verteidigungshaushalte wird auch der Effizienzgedanke in Zukunft eine weit stärkere Rolle spielen müssen. ‚Pooling‘, ‚Sharing‘ und die Arbeitsteilung bei den militärischen Fähigkeiten unter Partnern sind zwar kein neuer, aber ein noch viel zu selten beschrittener Weg, den die EU-Partner gehen sollten. Allerdings zeigt auch gerade das deutsche Verhalten im Hinblick auf die NATO-AWACS-Einsätze das [sic!] auch das ‚Sharing‘ militärischer Fähigkeiten einen erfolgreichen Einsatz im Interesse einer GSVP behindern oder sogar verhindern kann. In einer funktionierenden GSVP müssen sich die Partner aufeinander verlassen können.“ SPD-Antrag: **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und mitgestalten**, Drucksache 17/7360. Eigene Hervorhebung.
- 8 Vgl. Wagner, Jürgen: EUropa außer Kontrolle. Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik im parlamentarischen Niemandsland, in: *Informationen zu Politik und Gesellschaft*, Nr. 6/2011.

Deutsche Firmen in Mexiko

von Peter Clausing

Anfang 2012, noch unter der alten Regierung, wurde Mexiko vom Bundeswirtschaftsministerium zum „Neuen Zielmarkt“ erklärt – gemeinsam mit Indonesien, Kolumbien, Malaysia, Nigeria und Vietnam.¹ Ein Zusammenhang zwischen dieser Initiative und dem krisenbedingten Sinken deutscher Exporte innerhalb der Eurozone ist offensichtlich. Schließlich wurden aus Deutschland im Jahr 2008 noch Waren im Wert von zusammen genommen 58,8 Milliarden Euro nach Griechenland, Portugal und Spanien exportiert, während es 2013 nur noch 41,3 Milliarden waren.

Zur Erschließung des „neuen Zielmarktes“ Mexiko organisiert die deutsche Regierung Unternehmerreisen und gewährt zinsgünstige Kredite, und die deutsche Botschaft veranstaltet, gemeinsam mit der deutschen Außenhandelskammer CAMEXA, geschäftsanbahnende Treffen für Rüstungsunternehmen und andere Branchen. Mexiko ist nicht nur ein neuer Zielmarkt, sondern hat aufgrund des 1994 abgeschlossenen Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA eine wichtige „Brückenfunktion“ in Richtung USA und Kanada. Mehr noch, auf einem Außenwirtschaftsforum im Juli 2014 in Mainz verwies der Vertreter des mexikanischen Wirtschaftsministeriums darauf, dass Mexiko einen „privilegierten Zugang“ zu 45 Ländern und somit zu 61 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts böte. Der Grund dafür seien die zwölf Freihandelsabkommen, die das Land inzwischen abgeschlossen hat.²

Gegenwärtig sind rund 1.300 Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Mexiko registriert, wobei die Sektoren Automobil- und Automobilzulieferindustrie sowie die Pharma-, Chemie- und Logistikbranche im Vordergrund stehen. Nach Schätzungen der CAMEXA beträgt das akkumulierte Kapital deutscher Firmen zirka 25 Milliarden US-Dollar, und deutsche Firmen beschäftigen laut Auswärtigem Amt mehr als 120.000 Mitarbeiter in Mexiko. Es stehen also handfeste ökonomische Interessen hinter dem Wunsch, „die umfassende Partnerschaft zwischen Deutschland und Mexiko (zu) intensivieren“, wie es Außenminister Steinmeier anlässlich des Besuchs seines Amtskollegen Maede im Januar 2015 formulierte. Das erklärt, warum das Thema Menschenrechte im Hintergrund bleiben muss.

Seit einigen Jahren, genauer gesagt seit der Veröffentlichung der „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ im Jahr 2011, wird dem potenziellen Konfliktbereich zwischen Wirtschaftstätigkeit und Menschenrechten vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Insbesondere in Mexiko mit seiner katastrophalen Menschenrechtssituation hat das Thema eine große Relevanz. Leider beruhen sowohl die UN-Leitprinzipien³ als auch die im gleichen Jahr veröffentlichten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen,⁴ die ebenfalls einen Abschnitt über Menschenrechte enthalten, auf Freiwilligkeit. Kritische Beobachter_innen betrachten deshalb die beiden Dokumente als relativ zahnlos, denn sie bieten den Unternehmen viel Spielraum für Interpretation und Schönfärberei. Trotz dieser Unverbindlichkeit tat sich die deutsche Regierung schwer, einen „Nationalen Aktionsplan“ zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien zu erarbeiten, den die EU-Kommission seit Oktober 2011 von ihren Mitgliedsländern fordert. Erst am 6. November letzten Jahres gab die Bundesregierung den Startschuss

zur Ausarbeitung eines solchen Plans. Während Deutschland mit der Erarbeitung dieses Plans seit über drei Jahren im Verzug ist, gab es im Juni 2014 auf der 26. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates eine Initiative von

Ecuador und Südafrika zur Bildung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe, die das Mandat erhielt, statt freiwilliger Empfehlungen ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zum Thema Unternehmen und Menschenrechte zu erarbeiten. Doch mit Blick auf Mexiko sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Zu oft wurden von diesem Land völkerrechtlich verbindliche Abkommen ratifiziert, die anschließend sogar in nationale Gesetze gegossen wurden, dann jedoch nur auf dem Papier standen. Stellvertretend sei an das Gesetz zum Verbot von Folter erinnert. Mexiko war 1987 eines der ersten Länder, die diese UNO-Konvention ratifizierten. Seit 2003 ist Mexiko zur Einführung des Istanbul-Protokolls (zur wirksamen Untersuchung und Dokumentation von Folter) verpflichtet. Trotzdem kommt Folter in Mexiko bis heute systematisch zur Anwendung. Und unter Folter erpresste Geständnisse werden nach wie vor bei mexikanischen Gerichten als Beweismittel anerkannt. So wird es – egal ob auf freiwilliger Basis oder auf der Grundlage von verbindlichem Völkerrecht – auch künftig eine David-gegen-Goliath-Konstellations sein, wenn es darum geht, Menschenrechtsverletzungen im Umfeld wirtschaftlicher Aktivitäten zu bekämpfen.

Der Bergbau ist ein Wirtschaftsbereich mit besonders sichtbaren Konflikten. Das Mexikanische Netzwerk der vom Bergbau Betroffenen (REMA) machte bereits 2008 darauf aufmerksam, dass für neun Prozent des mexikanischen Territoriums (200.000 km²) Konzessionen vergeben wurden. Bei den diesbezüglichen Konflikten einem kommen zuerst kanadische Konzerne wie First Majestic Silver und Fortuna Silver in den Sinn, die als Verursacher von sozialen Konflikten in der Kritik stehen. First Majestic Silver bedroht mit seiner hundertprozentigen Tochter *Minera Real Bonanza* in San Luis Potosí nicht nur die heiligen Stätten der *Wikarixari* (*Huicholes*), sondern auch die dort vorhandene biologische Vielfalt und die schon jetzt übernutzten Grundwasservorräte. Einen Gerichtsbeschluss von Februar 2012, der die Aktivitäten dort verbietet, versucht das Unternehmen zu kippen. Der Konflikt schwelt weiter und die Proteste der lokalen indigenen Bevölkerung halten. Dass bis zu 25 Prozent der Aktionäre dieses kanadischen Unternehmens aus Deutschland, Österreich und der Schweiz kommen, hat bislang kaum Beachtung gefunden.⁵ Es ergibt sich die Frage, wie bei einer solchen Konstellation deutsche Investoren_innen bezüglich des Themas Wirtschaft und Menschenrechte in die Pflicht genommen werden können. Die Grupo México hingegen ist ein mexikanisches Unternehmen, das von dem mexikanischen Bischof Raul Vera wegen der zahlreichen Umweltskandale als „Serienmörder“ bezeichnet wurde. Im vorigen Jahr verursachte es eine der größten Umweltkatastrophen in der mexikanischen Geschichte, bei der sich 40 Millionen Liter giftiger Abwässer in die Flüsse Sonora und Bacanuchi ergossen. Zur Grupo México unterhält der Siemenskonzern intensive Geschäftsbeziehungen und lieferte in jüngster Zeit zwei Gas- und Dampfturbinenkraftwerke im Wert von 300 Millionen Euro.⁶

Nicht nur im Bergbau, sondern auch im Bereich erneuerbarer Energien kooperiert der Siemenskonzern mit Unternehmen, die Menschenrechte missachten. Der Dachverband der kritischen Aktionär_innen nahm das zum Anlass, um zur Hauptversamm-



Screenshot aus einer Präsentation von Dirk Kraus

lung am 27. Januar 2015 in München den Antrag zu stellen, dem Vorstand der Siemens AG die Entlastung zu verweigern.⁷ Ein Grund war die Beteiligung von Siemens an Windpark-Projekten im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, die ohne hinreichende Mitbestimmung und gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung durchgesetzt werden. Seit mehreren Jahren richtet sich an der Pazifikküste von Oaxaca der Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen die Errichtung von Windparks. Während die Bevölkerung über fehlende bzw. unzureichende Pachtzahlungen für das genutzte Land klagt, wird der erzeugte Strom Großkunden wie dem Zementhersteller PEMEX, transnationalen Handelsketten (WalMart) oder Bergbauunternehmen zur Verfügung gestellt. Ein Konsultationsprozess der Bevölkerung, wie von der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation vorgeschrieben, fand in Oaxaca bis zum Herbst 2014 nie statt. Dabei hat Mexiko diese Konvention schon vor Jahren ratifiziert. Trotzdem gelang es der betroffenen Bevölkerung, derlei Projekte durch Proteste und gerichtliche Entscheidungen zu blockieren. So wurde der Baubeginn eines Projekts der spanischen Investorengruppe Mareña Renovables 22-mal verschoben. Nur der Hartnäckigkeit der Betroffenen ist es zu verdanken, dass nun eine Befragung durchgeführt werden soll, auch wenn an dem Procedere wegen Unregelmäßigkeiten bereits im Vorfeld Kritik laut wurde.⁸

Export von Rüstungsgütern

Rüstungsexporte fallen nicht unter die Kategorie „Wirtschaft und Menschenrechte“ im Sinne der oben erwähnten UN-Leitlinien. Doch in den im Januar 2000 verabschiedeten und bis heute gültigen Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung wird das Thema berücksichtigt. Dort heißt es: „Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression ... oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden.“ Angesichts der katastrophalen Menschenrechtssituation in Mexiko sollte man annehmen, dass für dieses Land seit Jahren ein Exportverbot existiert, wobei hervorzuheben ist, dass sich die Richtlinie der Bundesregierung nicht nur auf Schusswaffen bezieht, sondern „sonstige Rüstungsgüter“ ausdrücklich mit einbezieht. Während der teilweise illegale Export der knapp 1.000 Sturmgewehre von Heckler & Koch in den Medien omnipräsent war, fand der Export von zwölf Militärhubschraubern der Firma Eurocopter (heute Airbus Helicopters) vom Typ EC725 so gut

wie keine Beachtung. Auch ist in den Richtlinien der Bundesregierung lediglich von einem „hinreichenden Verdacht“ auf Repression etc. die Rede. Doch dieser Verdacht unterliegt der Deutungshoheit der Bundesregierung. Da sind detaillierte Belege mexikanischer Menschenrechtsorganisationen ebenso wenig gefragt wie handfeste Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch.

Diese Deutungshoheit wird zu zynischer Ignoranz, wenn Rüstungsexporte nicht nur toleriert (und genehmigt), sondern aktiv gefördert werden. Dazu zählt das Einfliegen von Dirk Kraus, Militärattaché der Deutschen Botschaft in Mexiko, nach Stuttgart, der am 13. November 2012 vor Vertretern der Rüstungsindustrie über „Marktumfeld und Chancen“ in Mexiko referierte. Laut offiziellem Ergebnisbericht der deutschen Außenhandelskammer in Mexiko (CAMEXA) ging es bei dieser Veranstaltung um den „Zielmarkt Mexiko für Sicherheitstechnologie und Sicherheitsdienstleistungen im Bereich der zivilen Anwendung“. Der Auftritt von Kraus, der das mexikanische Armee- und Marineministerium (SEDENA und SEMAR) explizit als Ansprechpartner benennt, deren „Bedarf groß“ sei und denen „Sonderhaushalte“ zur Verfügung stehen würden, bleibt in dem Bericht unerwähnt.

Ähnlich zu werten sind Veranstaltungen, wie jene am 15. und 16. Februar 2012, bei dem die CAMEXA „Experten von 21 deutschen Firmen“ mit SEDENA-Vertretern zusammen brachte.⁹ Dort hatten unter anderem der Münchner Triebwerkhersteller MTU, der Zielfernrohr-Produzent Carl Zeiss Optronics, die mit Panzerwartung und -nachrüstung befasste Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft mbH, die Bremer Schiffs- und Yachtwerft Abeking & Rasmussen, Daimler-Benz, Eurocopter sowie verschiedene auf Überwachungstechnologie spezialisierte Firmen Gelegenheit, ihre Produkte vorzustellen.

Fazit

Verbindlich klingende Rüstungsexportrichtlinien werden „flexibel“ ausgelegt und kommen de facto nicht zur Anwendung. Exportbeschränkungen kamen in der Vergangenheit zustande, wenn der öffentliche Druck zu groß wurde. Ähnlich verhält es sich mit der Anwendung anderer verbindlicher oder freiwilliger Richtlinien: ihre Durchsetzung braucht eine gut organisierte, widerständige Zivilbevölkerung.

Anmerkungen

- 1 Neue Zielmärkte – neue Wachstumschancen Regionale Fokussierung der Außenwirtschaftspolitik hin zu aufstrebenden Schwellenländern. [Monatsbericht 022012 des Bundeswirtschaftsministeriums](#).
- 2 MÉXICO: Global Supply Chain: Chancen auch dem mexikanischen Markt.
- 3 Guiding Principles on Business and Human Rights. United Nations, New York and Geneva. [www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf](#)
- 4 [OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen](#), Ausgabe 2011.
- 5 [www.firstmajestic.com/i/pdf/silberinfo_Interview_First_Majestic_Silver_german.pdf](#)
- 6 Siemens (2013): [Memoria de Nuestras Actividades 2012](#).
- 7 [www.kritischeaktionare.de/fileadmin/Dokumente/Gegenantraege_2015/KA-Gegenantraege_Siemens_HV_2015.pdf](#)
- 8 Windkraft in Oaxaca: Erste indigene Befragung mit Defiziten. [Poonal v.25.11.2014](#).
- 9 Experten präsentierten Militärs deutsche Sicherheitstechnik. CAMEXA, Mitteilung vom 21.2.2012.

Bundeswehr zieht aus Sardinien ab

Lokaler Protest und linker Druck

von Carsten Albrecht

Seit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands führt die Bundeswehr Übungsmanöver auf den NATO-Stützpunkten der italienischen Insel Sardinien durch. Doch damit ist nun offenbar Schluss. Wie die sardische Tageszeitung „Sardiniapost“ am 23. Januar berichtete, wird die Bundeswehr demnächst von Sardinien abziehen und „in ein anderes Land ziehen, wo die Soldaten dauerhafter üben und ein ‚einladenderes‘ Klima vorfinden können“.

Ignorierte Proteste

Dabei war es die Bundeswehr selbst, die für ein raues Klima auf der sonnigen Mittelmeerinsel gesorgt hat. Am 4. September 2014 hat die deutsche Luftwaffe bei einem Übungs-Bombardement nahe Capo Frasca 26 Hektar Buschland verbrannt. Darauf folgten Proteste. Am 13. September haben in Capo Frasca 5000 Menschen für den Abzug der NATO-Truppen aus Sardinien demonstriert. Italienweit gab es Kundgebungen.

Auch die deutsche LINKE war auf den Vorfall aufmerksam geworden. Inge Höger, abrüstungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, konfrontierte die Bundesregierung mit dem Vorfall. Die wiegelte ab: Man nutze Übungsmunition, um das Brandrisiko zu mindern. Und grundsätzlich sei das Gelände ja für solche Manöver freigegeben. Ob Standorte geschlossen werden, hänge von der italienischen Seite ab. Entschädigungen für die verursachten Zerstörungen? Fehlanzeige. Schließlich lägen keine offiziellen Forderungen vor.

Besonders den letzten Punkt haben viele Menschen auf Sardinien als den Gipfel der Ignoranz wahrgenommen: Die Bundeswehr macht das Land kaputt, aber entschädigt wird nur, was auf ordentlichem Dienstwege beantragt wurde. Das Problem ist hierbei vermutlich, dass eine offizielle Entschädigungsforderung aus Rom kommen müsste. Das könnte aber aus politischen Gründen schwierig werden. Denn die Beziehungen zwischen der italienischen Zentralregierung und der Autonomen Region Sardinien sind nicht die besten. Außerdem dürfte das Selbstbewusstsein der italienischen Regierung gegenüber Deutschland im Zuge der Euro-Krise einen Knacks bekommen haben. Man will als braver Schüler gelten und vor Frau Merkel nicht immer negativ auffallen – und schon gar nicht wegen Sardinien.

Der Vorfall von Capo Frasca war nur die Spitze des Eisbergs. Seit Jahren erleben die Menschen auf Sardinien, wie die NATO, die israelische Armee und auch private Sicherheitsunternehmen die Insel als Kriegs-Spielplatz benutzen und dabei keine Rücksicht auf Umwelt und Kulturgüter nehmen. Die Lärmbelastung ist für die Anwohner der Übungsplätze an manchen Tagen kaum zu ertragen. Internet-Videos zeigen sich bräunende Urlauber, die plötzlich von Militärjets und Bombenaufprallen überrascht werden (http://www.cagliaripad.it/videogallery.php?page_id=1187&p=1). Sardinien lebt vom Tourismus, die ständigen Militärmanöver gefährden diese wirtschaftliche Lebensader. Als in der bereits angesprochenen Anfrage versucht wurde zu erfahren, wie denn die Bun-

GASTBEITRAG

desregierung deutsche Touristen über diese Belastungen informiere, wurde dies mit einem lapidaren Verweis auf den Bürgerservice des Auswärtigen Amtes beantwortet.

Gefahr für Kulturgüter und Gesundheit

Sardinien verfügt über zahlreiche Kulturgüter, die z.T. als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt sind. Etwa 7000 „Nuraghen“, bis zu 4000 Jahre alte Kultstätten, erstrecken sich über die gesamte Insel. Auf 10 km² Land befinden sich im Schnitt knapp 3 Nuraghen. Allein die NATO hat auf Sardinien 11 Stützpunkte, hinzu kommen die Plätze, die von Israel und von privaten Sicherheitsunternehmen genutzt werden. Es liegt auf der Hand, dass bei so viel Militärpräsenz auch die Kulturgüter nicht ganz ungeschoren davonkommen. Die Bundesregierung behauptet, sie wüsste nichts von etwaigen Gefährdungen. Die renommierte italienische Tageszeitung [La Repubblica](#) jedoch veröffentlichte am 11. September 2014 Fotos von Nuraghen, die offensichtlich als Zielscheiben benutzt wurden. Munitionsreste zwischen 4000 Jahre alten Steinen, dazu Camouflage. Am 15. Januar fand hierzu ein Treffen statt zwischen Inge Höger, Roland Bernecker, dem Generalsekretär der deutschen UNESCO-Kommission und Pitzente Bianco von der Sardischen Kulturbotschaft Berlin. Gemeinsam wurden die Möglichkeiten eines besseren Schutzes der sardischen Kulturgüter ausgelotet. Die interessierte Öffentlichkeit auf Sardinien wusste von dem Treffen – was den Druck auf die Bundeswehr vermutlich noch erhöht hat.

Lärm, Umweltzerstörung, Schändung von Kulturgütern, ... Doch es kommt noch schlimmer: Die Region rund um den NATO-Standort Salto di Quirra ist seit Jahren von einer horrenden Krebsrate betroffen, auch Missbildungen bei Kindern und Tieren sind überdurchschnittlich häufig. Es verdichten sich Anzeichen dafür, dass die US-Armee dort Übungsmanöver mit radioaktiver Uranmunition abhält. Vielen Experten gilt diese Munition als Ursache für Krebs und Missbildungen. Doch selbst die Bundeswehr, die nicht über Uranwaffen verfügt, leugnet deren Gefährlichkeit.

Erfolgreicher Anfang

Der nun anstehende Abzug der Bundeswehr aus Sardinien ist hoffentlich nur der Anfang einer Entmilitarisierung dieser schönen und geschichtsträchtigen Insel. Der Luftwaffenstützpunkt Decimomannu wurde bislang zur Hälfte von der Bundesregierung finanziert. Die italienische Regierung erwägt nun die Schließung des gesamten Stützpunktes, da er ihr nach dem deutschen Abzug zu teuer wird.

Der Fall zeigt, was erreicht werden kann, wenn lokale Aktionen und linke, parlamentarische Initiativen Hand in Hand arbeiten. In Deutschland hat nicht einmal die linke Presse über den Bundeswehr-Brand von Capo Frasca berichtet – ganz zu schweigen von den Mainstream-Medien. Die Menschen auf Sardinien jedoch haben die Kleine Anfrage der Linksfraktion und die weiteren Initiativen sehr genau wahrgenommen. So hat der Druck vor Ort und von der „Heimatfront“ letztlich Erfolg gehabt.

Bahrein: Britische Militärbasis „Östlich von Suez“

von Jürgen Wagner

Als wichtiger westlicher Verbündeter war Bahrein eines der Länder, wo die Unterdrückung der Protestierenden während des Arabischen Frühlings im Westen kaum jemanden juckte. Unvergessen der Satz des hochrangigen EU-Diplomaten Robert Cooper, als er am 22. März 2011 im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments befragt wurde, was er denn zu den Vorgängen in Bahrein sage, wo seit Wochen mithilfe des saudischen Militärs Proteste brutal niedergeschlagen und Menschenrechte massiv verletzt wurden. Erst am Tag zuvor waren bei Auseinandersetzungen 200 Menschen verletzt und 4 getötet worden. Cooper tat dies lapidar mit dem Kommentar ab, „Unfälle kommen vor“. Aufschlussreich ist seine Begründung: „Man muss verstehen, dass die Autoritäten das Recht hatten, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und das ist es, was sie getan haben.“¹

Bahrein beherbergt unter anderem das Hauptquartier der Fünften Amerikanischen Flotte und nun scheint auch Großbritannien das Land für sich entdeckt zu haben. Schon länger existiert dort eine lebhaft debattierte, die vor über vierzig Jahren stark zurückgefahrenen Militärpräsenz „Östlich von Suez“ wieder massiv aufzustocken.² Schon vor einigen Jahren wurde in diesem Zusammenhang die Militärkooperation mit Bahrein ausgebaut, was von dem zentralen damaligen Strategiepapier aus dem Hause des einflussreichen „Royal United Services Institute“ (RUSI) als Schritt in die richtige Richtung gewertet wurde: „Im Oktober 2012 unterzeichnete [Verteidigungsminister] Hammond eine Vereinbarung zur Verteidigungskooperation mit Bahrain, die laut dem Minister für Internationale Sicherheitsstrategie, Dr Andrew Morrison, „einen Rahmen für das aktuelle und künftige Verteidigungsengagement liefert, einschließlich Training und Kapazitätsaufbau, um die Stabilität der gesamten Region zu verbessern.““³

In Fortführung dessen, einigten sich beide Länder am 6. Dezember 2014 darauf, in Bahrein die erste britische Militärbasis in der Region seit dem weitgehenden Rückzug 1971 zu errichten. Anlässlich des Abkommens untermauerte der Vorsitzende des Verteidigungsstabes Nicholas Houghton, dass es sich hier um ein langfristiges Arrangement handelt: „Im Gegensatz dazu lediglich als zeitlich befristete Stationierung in einer Region für einen bestimmten operationellen Zweck betrachtet zu werden, steht dies vielmehr symbolhaft für die Tatsache, dass Großbritannien ein Interesse an der Stabilität der Region hat.“⁴

An der Tragweite des Vorgangs lässt auch der frühere indische Diplomat Melkulangara K. Bhadrakumars, ehemals unter anderem Botschafter in der Türkei, keine Zweifel aufkommen: „Die geopolitische Bedeutung dieser Entwicklung muss von mehreren Seiten her ermessend werden. Zweifellos hat Großbritannien hier in enger Abstimmung und Koordination mit den Vereinigten Staaten gehandelt [...] Alles deutet darauf hin, dass sich ein neues anglo-amerikanisches Projekt im Irak und Syrien abzeichnen könnte, um eine neue Ordnung im Mittleren Osten zu errichten. Das Schreckgespenst des Islamischen Staates liefert den USA und Großbritannien das perfekte Alibi, um die westliche Vorherrschaft über den muslimischen Mittleren

Osten mit neuem Elan aufrechtzuerhalten.“⁵

Während Bhadrakumars ganz augenscheinlich wenig Begeisterung für die neuen britischen Ambitionen aufbringt, sind europäische Geopolitiker wie James Rogers, Co-Direktor der

einflussreichen „Group on Grand Strategy“⁶, regelrecht euphorisch: „Die Frage sollte ohnehin nicht sein *ob* die führenden europäischen Mächte – Großbritannien und Frankreich – sich zunehmend auf die Region ‚Östlich von Suez‘ fokussieren sollten. Denn von einem geostrategischen Standpunkt ist die Antwort auf diese Frage absolut offensichtlich. Die europäischen Ökonomien sind extrem abhängig von Rohstoffen, Energieressourcen und Fertigerzeugnissen aus dem Mittleren Osten, Süd-, Südost- und Ostasien, weshalb der indische Ozean nicht ignoriert werden kann. [...] Dieses Memorandum liefert die Grundlage für den Ausbau der langfristigen Präsenz der Royal Navy am Golf. [...] Aller Wahrscheinlichkeit nach werden weitere Abkommen, besonders mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman, folgen, die künftig zusätzliche britische Militäranlagen beherbergen könnten, während London den Ausgriff des Landes in den Golf ‚befestigt‘.“⁷

Das bahrainische Königshaus ist augenscheinlich so begeistert von der Aussicht auf eine dauerhafte britische Präsenz, dass es sich bereit erklärt haben soll, für die Kosten zum Aufbau der Militärbasis in Höhe von 18 Mio. Euro selbst aufzukommen.⁸ Auch das ist nicht weiter verwunderlich, dürfte mit dem Deal doch gleichzeitig ein britischer Persilschein für das Königshaus einhergehen, Proteste der schiitischen Bevölkerungsmehrheit weiter wie bisher mit aller Härte niederzuschlagen.⁹ Insofern kann es natürlich ebenso wenig überraschen, dass die Opposition das Abkommen scharf kritisiert. Unmittelbar nach Bekanntwerden gingen Aktivisten aus Protest auf die Straße, woraufhin die Polizei die Menge mittels Tränengas auflöste. Was den Kern des Deals anbelangt, macht sich die oppositionelle „February 14 Coalition“ jedenfalls keine Illusion und spart nicht mit scharfen Worten. Es handele sich um eine „dubiose Vereinbarung, die das wahre Ausmaß des kompletten Kniefalls der herrschenden Klasse gegenüber ausländischer Besatzung und Imperialismus offenbart.“¹⁰

Anmerkungen

- 1 Rettman, Andrew: Top EU official defends Bahrain crackdown, [euobserver](#), 23.3.2011.
- 2 Vgl. Wagner, Jürgen: Empire Redux? Großbritannien will erneut die imperiale Bürde „östlich von Suez“ schultern, in: [AUSDRUCK](#) (Juni 2013), S. 25-27.
- 3 Stansfield, Gareth/Kelly, Saul: A Return to East of Suez?, [RUSI Briefing Paper](#), April 2013, S. 8.
- 4 Johnston, Chris: Britain to build first permanent Middle East military base in four decades, [The Guardian](#), 6.12.2014.
- 5 Bhadrakumars, Melkulangara K.: Britain returns to the east of Suez, [Indian Punchline](#), 7.12.2014.
- 6 Vgl. zum Einfluss von Rogers und seiner „Groups on Grand Strategy“ Wagner, Jürgen: Grand Area. Ein imperiales Raumkonzept für die Weltmacht Europa, in: [Wissenschaft & Frieden](#) 2013/01, S. 11-14.
- 7 Rogers, James: Britain, bases and Bahrain: a call to arms – or why we must relearn the art of geostrategic thinking, [European Geostrategy](#), 13.12.2014.
- 8 Johnston aaO.
- 9 Siehe dazu etwa den [World Report 2014: Bahrein](#) von HRW.
- 10 Anger in Bahrain over first British base ‘east of Suez’ in 40 years, [Middle East Eye](#), 8.12.2014.

Libyen: Clintons Kriegslügen

von Jürgen Wagner



Hillary Clinton Foto:
U.S. Department of State

Am 19. März 2011 begannen Frankreich, Großbritannien und die USA unter Berufung auf UN-Resolution 1973 mit der Bombardierung Libyens. Die NATO übernahm die Führung des Kriegsgeschehens am 31. März 2011, es folgten sieben Monate und 26.500 Luftsätze. Wie sich nun herausstellt, hat die westliche Intervention das nordafrikanische Land nicht nur ins totale Chaos gestürzt, erstmals bestätigen nun auch offizielle US-Regierungsquellen, dass auch dieser Krieg vor allem von der damaligen Außenministerin Hillary Clinton in vollem Bewusstsein mit dreisten Lügen begründet wurde. Dennoch gilt der Einsatz dem Großteil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitiker weiter als Orientierungspunkt für ein künftiges „verantwortliches“ Handeln Deutschlands auf der Weltbühne.

Bezugspunkt für Gauckisten

Bekanntlich drängen spätestens seit dem Auftritt von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 große Teile des außen- und sicherheitspolitischen Establishments darauf, Deutschlands scheinbar bislang an den Tag gelegte „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ zugunsten einer offensiver ausgerichteten Außenpolitik ad acta zu legen (siehe ausführlich [IMI-Studie 2015/02](#)).

Doch die Forderung hiernach ist deutlich älter: Die Rufe nach einer ambitionierteren militärischen Rolle Deutschlands nahmen vor allem nach der Entscheidung der damaligen Bundesregierung, sich 2011 nicht an dem Krieg gegen Libyen zu beteiligen, massiv an Lautstärke zu. Mehrheitlich wurde dies als ein veritabler Fehler beurteilt, der Deutschland machtpolitisch schweren Schaden zugefügt habe. So polterte etwa Joschka Fischer: „Mir bleibt da nur die Scham für das Versagen unserer Regierung und – leider! – auch jener roten und grünen Oppositionsführer, die diesem skandalösen Fehler anfänglich auch noch Beifall spendeten. [...] Die deutsche Politik hat in den Vereinten Nationen und im Nahen Osten ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, der Anspruch der Bundesrepublik auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat wurde soeben endgültig in die Tonne getreten, und um Europa muss einem angst und bange werden.“ ([Süddeutsche Zeitung](#), 24.3.2011)

Zerstörtes Land

Allein den direkten Kriegshandlungen fielen in Libyen Schätzungen zufolge laut Recherchen der [Tripoli Post](#) (8.9.2011) 30.000 bis 50.000 Menschen zum Opfer. Mindestens ebenso schwer wiegt, dass das Land im Nachklapp der Intervention ins totale Chaos stürzte: „Die Behörden haben in Tripolis nicht einmal mehr Zutritt zu Staatsgebäuden. Verschiedene Milizen haben die Kontrolle übernommen. Jeder, der dazu in der Lage ist, flieht aus dem zerfallenden Land. Die westlichen Länder evakuierten bereits Ende Juli ihre Botschaften. Wie schon im Bürgerkrieg 2011 machen sich zehntausende Menschen auf den Weg nach Tunesien und Ägypten, um der Gewalt zu ent-

kommen. Wer vermutet hat, nach dem Sturz Gaddafis würde das Land eine Demokratie werden oder wenigstens ein sicheres Erdölfördergebiet, der wurde enttäuscht.“ ([AUSDRUCK](#), Oktober 2014)

Als Bilanz eines vermeintlich humanitären Einsatzes sind diese Resultate, selbst wenn er gut gemeint gewesen wäre, völlig verheerend. Wie sich nun aber herausstellte, konnte von irgendwelchen besten Absichten ohnehin keine Rede sein.

Lügen für „Hillarys Krieg“

Eine der führenden Kräfte hinter der westlichen Intervention war die damalige US-Außenministerin, die [Washington Post](#) (30.10.2011) sprach in diesem Zusammenhang sogar von „Hillarys Krieg“. Unermüdlich wiederholte sie, Gaddafi-Truppen hätten – gezielt und systematisch – Zivilisten getötet, in Bengasi hätte sogar ein Massaker gedroht, weshalb die – völlig rechtswidrige – Bombardierung Libyens dringend erforderlich sei. Schon damals gab es viele Hinweise, dass es sich hierbei um bestenfalls fragwürdige, meist sogar falsche Behauptungen gehandelt hatte ([IMI-Studie 2012/04](#)).

Wie sich nun – nicht vollkommen überraschend – herausstellt, waren diese gegenläufigen Indizien damals innerhalb der Administration bestens bekannt. So berichtet die [Washington Times](#) (28.1.2015) unter Verweis auf jüngst erhaltene Gesprächsmitschnitte aus Tripolis sowie auf Aussagen hochrangiger damaliger Regierungsbeamter: „Mehrere von der Times interviewte US-Offizielle bestätigten, dass Frau Clinton und nicht Herr Obama führend in der Forderung war, NATO-Militärkräfte einzusetzen, um Gaddafi als Anführer Libyens des Amtes zu entheben und dass sie wiederholt die Warnungen von Beamten aus dem Verteidigungs- wie auch dem Militärapparat in den Wind geschlagen hat. [...] Frau Clintons Argument bestand darin, dass Gaddafi kurz davor stand, einen Völkermord gegen Zivilisten in Bengasi zu begehen, wo die Rebellen ihr Machtzentrum hatten. Aber Geheimdienstbeamte aus dem Verteidigungsministerium konnten diese Bedenken nicht bestätigen und kamen in der Tat zu der Einschätzung, dass es Gaddafi wohl kaum riskieren würde, sich aufgrund der Tötung zahlreicher Menschen den Zorn der Welt auf sich zu ziehen. [...] Im Ergebnis wandten sich Verteidigungsminister Robert M. Gates und Generalstabschef Mike Mullen entschieden gegen Frau Clintons Forderung nach dem Einsatz von Gewalt.“

Genutzt hatte dieser Widerstand innerhalb der Administration dann bekanntlich herzlich wenig. Dass, wie die [Washington Times](#) (1.2.2015) in einem Folgeartikel berichtet, die USA seitens der damaligen libyschen Regierung auch noch gewarnt wurde, die von der NATO unterstützten Rebellen hätten enge Kontakte zu Al-Kaida, macht die ganze Angelegenheit noch empörender, lag hier doch eine wesentliche Ursache für die anschließende Destabilisierung der gesamten Region.

Der Irak im Vielfrontenkrieg

„Islamischer Staat“, irakischer Aufstand und das Erbe der Besatzung

von Joachim Guilliard

Der nachfolgende Text ist eine gekürzte Fassung der gleichnamigen IMI-Studie 1/2015, in der zahlreiche Aspekte vertiefend behandelt werden und weitere Quellenangaben zu finden sind.

Nach zweieinhalbjähriger Pause greifen US-amerikanische Kampffjets seit dem 8. August 2014 wieder Ziele im Irak an. Aktuell operieren nach Angaben von Reuters wieder 4.500 US-Soldaten in dem Land, das sie Ende 2011 verlassen mussten.¹ Im Bündnis mit anderen Nato-Staaten und den arabischen Golfmonarchien weiteten sie ihre Angriffe im Rahmen ihres Kampfes gegen den „Islamischen Staat“ auf syrisches Territorium aus. Syrien wurde so nach Afghanistan, Pakistan, Jemen, Somalia, Libyen und Irak zum siebten Land der islamischen Welt, das US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Barack Obama in seiner sechsjährigen Amtszeit bombardieren lässt.

Im Unterschied zu seinem Vorgänger, George W. Bush, erhält US-Präsident Obama für seine neuen Kriegseinsätze breite Unterstützung bis hinein in die Linke. Dramatische Berichte über die Vertreibung von Christen und Yeziden durch die brutale Miliz „Islamischer Staat“, die im Norden Iraks bis fast an die Grenzen des kurdischen Autonomiegebietes vorgerückt ist, hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Sogar von „Völkermord“ war schon wieder die Rede.

Nun waren die in der Region meist noch mit dem bisherigen Namen „Islamischer Staat im Irak und der Levante“ (ISIL oder arabisch Daish) bezeichneten al-Qaeda nahen Dschihadisten keine neue Erscheinung. Doch solange sie ihre Blutspur allein in Syrien zogen, hat man sie nur verbal verurteilt, faktisch aber weiterhin – als Teil der gegen die Assad-Regierung kämpfenden Allianz – unterstützt. Zur zu bekämpfenden Bestie wurde ISIL erst, als seine Vorstöße im Irak bis in die von den irakischen Kurdenparteien KDP und PUK kontrollierten Gebiete reichten und damit unmittelbar die sich dort befindlichen Öl- und Gasfelder bedrohten, auf denen westliche Ölkonzerne aktiv sind.

Mit der direkten militärischen Intervention und der erneuten Stationierung eigener Truppen im Irak will die Obama-Regierung nicht nur die aus dem Ruder gelaufene Miliz zurechtstutzen und das Regime in Bagdad stabilisieren, sondern auch den geschwundenen Einfluss im Land wieder stärken. Die irakisch-kurdischen Parteien nutzen die Gelegenheit, um die faktische Unabhängigkeit der von ihnen kontrollierten Gebiete weiter voranzutreiben.

Indem das ganze Geschehen, wie schon während der US-Besatzung, auf die Auseinandersetzung mit islamistischen Terrortruppen reduziert wird, wird erneut der Kampf breiter Bevölkerungsschichten gegen das von der Besatzung geschaffene Regime ausgeblendet. Genauso verhält es sich mit der brutalen Gewalt irakischer Regierungskräfte und regierungsnaher schiitischer Milizen, die der von ISIL kaum nachsteht und bisher wesentlich mehr Todesopfer forderte. Durch die Fokussierung auf den zur Inkarnation des Bösen hochstilisierten ISIL konnte auch die öffentliche Zustimmung für ein direktes militärisches Eingreifen in Syrien gewonnen werden, das

ein Jahr zuvor noch aufgrund der breiten Opposition abgeblasen werden musste.

Auch die Bundesregierung ist diesmal mit dabei. CDU und SPD nutzten die Stimmung, um eilig 600 Tonnen Kriegsgerät (darunter 120 Panzerfäuste, 20 Boden-Boden-Raketen vom Typ

Milan und 4.000 Sturmgewehre) an die irakische Demokratische Partei Kurdistans (KDP) zu liefern, die im kurdischen Autonomiegebiet regiert. Zusätzlich billigte das Kabinett Mitte Dezember 2014 die – verfassungswidrige, wie etwa der Völkerrechtler Stefan Talmon kritisierte² – Entsendung von 100 Bundeswehrsoldaten zur Ausbildung kurdischer Kämpfer. Durch diese Unterstützung eines nichtstaatlichen Akteurs in einem Krisengebiet, mit der die Bundesregierung am Parlament vorbei in einen bewaffneten Konflikt intervenierte, fegte sie gleich drei bisherige militärische Selbstbeschränkungen deutscher Politik zur Seite – und demonstrierte so deutlich, wie sie sich die seit einiger Zeit so vehement geforderte Übernahme „größerer Verantwortung“ durch Deutschland konkret vorstellt.

ISIL – ein Produkt des Westens

Der Vorläufer von ISIL entstand ab 2003 im besetzten Irak, als sunnitische Extremisten aus diversen Kampfgebieten der Welt ins Land strömten, das bis dahin keinerlei Basis für dschihadistische Gruppen bot.

Prominent wurde die Gruppe um den Jordanier Abu Musab as-Zarqawi (die „Organisation der Basis des Dschihad in Mesopotamien“), die aufgrund seiner Beziehungen zu Al-Qaeda von westlichen Beobachtern als „Al-Qaeda im Irak“ (AQI) bezeichnet wurde. Diese schloss sich mit ähnlich gesinnten Gruppen im „Schura-Rat der Mudschaheddin im Irak“ zusammen, der 2006 die Errichtung eines „islamischen Emirats“ bzw. „Staates“ im Irak (ISI) ausrief. Finanziert und ausgerüstet wurden die Gruppierungen schon damals vor allem von Sponsoren aus den Golfmonarchien.

Die wichtigsten Widerstandsgruppen schlossen 2006 schließlich ein Bündnis gegen ISI. Parallel dazu entstand die sogenannte „Al-Sahwa“- oder „Erwachen“-Bewegung: sunnitische Bürgerwehren (von US-Stellen gerne „Söhne Iraks“ genannt) aus ehemaligen Guerilla-Kämpfern und Stammeskriegern, die von den Besatzern Sold und Ausrüstung für den Kampf gegen die dschihadistischen Gruppen erhielten. Mit vereinten Kräften wurden sie schließlich weitgehend zerschlagen. Ende 2010 war die Stärke von ISI auf maximal 1000 Kämpfer geschrumpft.

Kämpfer „made in America“

Der NATO-Krieg gegen Libyen und der von außen angefeuerte bewaffnete Aufstand in Syrien schufen jedoch bald die Basis für ein Revival. Im Krieg zur Unterwerfung Libyens waren von den USA, England und Frankreich 2011 Zehntausende Islamisten ausgerüstet und teils auch ausgebildet worden, denen mit dem Zusammenbruch des Staates große Mengen weiterer Waffen in die Hände fielen. Ein großer Teil davon floss über Jordanien und die Türkei nach Syrien. Auf demselben Weg strömten auch Tausende Kämpfer aus Libyen, Afghanistan, Irak, Tschetschenien und vielen anderen Ländern nach Syrien, um dessen verhasstes, weitgehend säkulares Regime



Falludscha nach dem US-Angriff im November 2004. Quelle: U.S. Marine Corps photo by Lance Cpl. James J. Vooris

zu stürzen. Geld, Waffen und Material flossen aber auch aus den USA und den Golfstaaten an die aufständischen Gruppen. Offiziell waren sie für die „moderaten Aufständischen“ bestimmt, vor Ort gab es jedoch so eine klare Trennung zwischen „moderaten“ und radikalen Islamisten nicht. Der größte Teil ging, wie auch ein erheblicher Teil der Kämpfer, zu den Gruppen über, die sich als am schlagkräftigsten und finanzstärksten erwiesen – und dies waren die Al-Nusra-Front und ISI, der sich als „Islamischer Staat im Irak und der Levante“ (ISIL) nach Syrien ausgedehnt hatte.

Weil „die Türken ... die Saudis und die Emirate unbedingt Assad stürzen wollten, haben sie sogar einen Stellvertreterkrieg zwischen Sunniten und Schiiten in Kauf genommen und für Hunderte von Millionen Dollar Zehntausende von Tonnen Waffen an alle geliefert, die Assad bekämpfen wollten, auch an Al-Nusra, Al-Qaida und die radikalen Dschihadisten, die aus allen Teilen der Welt herbeigeströmt sind,“ gab Vizepräsident Joe Biden in einem schwachen Moment vor Studenten der Harvard University Press zu Protokoll.³ Die Rolle der USA und der anderen Nato-Mächte übergab er dabei geflissentlich.

Ohne den Segen aus Washington würde die Türkei wohl kaum den islamistischen Kämpfern Bewegungsfreiheit in den türkischen Grenzgebieten gewähren und ihren Geheimdienst den Nachschub aus Saudi-Arabien und Katar zur Grenze transportieren lassen. Tatsächlich trainierten auch eigene Berater zusammen mit britischem und französischem Militär „FSA-Kämpfer“ in Jordanien im Umgang mit modernen Waffen, obwohl für jeden der es wissen wollte, abzusehen war, dass viele der Rebellen, die diese Spezialausbildung erhielten, später zum ISIL oder zur Al-Nusra Front überlaufen würden.⁴

Ein Kämpfer aus Bengazi schildert der Washington Post, wie er und andere Libyer während des Kampfes gegen Gaddafi von französischen, britischen und US-amerikanischen Militär- und Geheimdienstleuten Ausbildung und Ausrüstung erhalten haben, bevor sie 2012 über die Türkei nach Syrien gingen. Zuerst habe er unter dem gekämpft, was die Leute „Freie Syrische Armee“ nennen, doch dann wechselte er zu Al Nusra. Sobald seine Wunden verheilt seien, die in einem türkischen Krankenhaus behandelt wurden, wolle er sich jedoch dem Islamischen Staat anschließen. „Ich bin ein Kämpfer ‚made in America‘ sage ich ab und zu scherzhaft.“

Schließlich ist die Finanzierung durch Ölschmuggel aus den besetzten Ölquellen und Raffinerien nur möglich durch die einseitige Lockerung des EU-Embargos für die „syrische Opposition“ und die Komplizenschaft der Türkei, in die die Tan-

klastzüge rollen und von wo es von türkischen Mittelsmännern verkauft wird.

ISIL ist somit offensichtlich das Produkt der Kriege der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien, das Produkt der Zerschlagung dieser Staaten und der Zerstörung ihrer Gesellschaften.

Zurück ins Mittelalter

Das Ziel von ISIL ist die Wiederherstellung des Kalifats, d.h. die Auflösung des durch die Kolonialstaaten nach dem Ersten Weltkrieg im Nahen und Mittleren Osten geschaffenen Staatensystems und der Wiederaufbau eines einheitlichen islamischen Reiches unter Führung eines Kalifen, der als Nachfolger des Propheten Mohammed die Herrschaft über alle Muslime

ausübt. In seinen Medien stellt sich ISIL nicht als Rebellenarmee dar, sondern als soziale Bewegung mit einem bewaffneten Arm, eine Art „Befreiungsbewegung“, die den Grundstein für die Ausbreitung dieses Kalifats legt. Diese Vision ist unter radikalen Islamisten äußerst populär, weit mehr als z.B. die der Al-Nusra-Front, so Charles Lister, Analyst des IHS Jane's Terrorism and Insurgency Centre gegenüber dem Magazin New York Review of Books.⁵ Mit den Verbrechen westlicher Staaten an islamischen Ländern in den letzten Jahrzehnten wuchs die Attraktivität solcher Pläne, vor allem unter dem Heer arbeits- und perspektivloser junger Muslime, massiv.

ISIL strebt nicht den schnellen Sturz der aktuellen Regierungen an, sondern die sukzessive Ausdehnung seines Herrschaftsbereichs. Ziel ist in erster Linie die Unterwerfung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten, inklusive der Minderheiten, und nicht deren Vernichtung oder Vertreibung. Wer jedoch Widerstand leistet oder sich der auferlegten mittelalterlichen Ordnung widersetzt (zu der z.B. auch die Bezahlung der „Dschizya“, der „Schutzsteuer“ für Nichtmuslime gehört), wird grausam bestraft, oft exemplarisch exekutiert.

Willkommenes Monster

Solange ISIL nur Städte und Dörfer in Syrien angriff (darunter auch die von Minderheiten wie Drusen, Armenier oder Assyrier), hielt sich die Aufregung im Westen in Grenzen. Erst als er im Irak auch gegen kurdisch kontrollierte Gebiete vorrückte und die Ölfelder Nordiraks bedrohte (sodass westliche Ölkonzerne bereits begannen, Personal aus dem Land abzuziehen) füllten dramatische Berichte über seine Gräueltaten die Titelseiten.

An sich klingen die gesicherten Berichte über die brutalen Praktiken der Dschihadisten, wie Massenexekutionen und das Köpfen von Geiseln schon fürchterlich genug, doch würden sie sich damit nur quantitativ von anderen islamistischen Milizen abheben. Durch eine Flut zusätzlicher Schauergeschichten wurde ISIL zur Inkarnation des Bösen schlechthin hochstilisiert, zu dessen Bekämpfung letztlich jedes Mittel Recht ist.

Vieles ist, wie z.B. die in Kurdistan lebende niederländische Journalistin Judit Neurink berichtet, jedoch stark übertrieben oder nur ein Gerücht.⁶ So erwies sich z.B. die Meldung, ISIL würde Frauen zur Genitalverstümmelung zwingen, genauso als falsch⁷ wie Berichte über den Raub von 400 Millionen Dollar Bargeld aus der Zentralbank von Mosul.⁸ Erfüllt von Abscheu sind viele gerne bereit, jede Nachricht über die ISIL-Gräueltaten zu

glauben und weiter zu verbreiten, ohne die Glaubwürdigkeit und Plausibilität zu prüfen.

Letztlich arbeiten ISIL und die angreifenden Staaten bei der Eskalation des Krieges Hand in Hand. Während die Dschihadisten ihre Erfolge in ihren Medien gerne aufbauschen und mit ihren Verbrechen auch noch prahlen, sind letztere bemüht, ihre Bestialität und Gefährlichkeit für die gesamte Region noch hochzuspielen.

Sahen sich Washington und London lange einer starken Opposition gegen erneute Kriegseinsätze gegenüber, änderte sich dies schlagartig, als die Dschihadisten vor laufender Kamera US-amerikanische und britische Geiseln köpften und – der Wirkung solcher Bilder sicherlich wohl bewusst – die schockierenden Aufnahmen, mit Unterstützung westlicher Medien, im Internet kursieren ließen.

ISIL wiederum profitiert von den Luftangriffen der Nato-Staaten, stehen seine Kämpfer nun doch in direkter Konfrontation mit den westlichen „Kreuzrittern“. ⁹ Da Luftangriffe den kleinen beweglichen Einheiten der Miliz wenig anhaben können, werden die Verluste durch den seitherigen Zustrom neuer Märtyrer mehrfach ausgeglichen. Zudem scheinen rivalisierende Gruppen, wie die Al Nusra Front, angesichts des großen gemeinsamen Feindes bereit, ihre Auseinandersetzungen mit ISIL zurückzustellen.

Mehr als „ISIL“ – Volksaufstand in sunnitischen Provinzen

Anfang Juni 2014, so das gängige Bild, fiel ISIL in den Irak ein und eroberte in einem Blitzkrieg Mosul und weite Teile der mehrheitlich sunnitischen Provinzen Ninive, Salah ad-Din und Anbar im Norden und Westen des Landes. Nur wenige stellten sich die Frage, wie eine Organisation, deren damalige Stärke in Syrien und Irak zusammen auf höchstens zehn bis fünfzehntausend Kämpfer geschätzt wurde, alleine die Zweimillionenstadt Mosul einnehmen und anschließend eine Reihe weiterer großer Städte an Euphrat und Tigris besetzen konnte.

Tatsächlich fielen Mosul und viele andere Städte infolge eines, von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützten, Aufstands. Auch wenn die Initiative von ISIL ausging, der am 6. Juni 2014 mit rund 1.500 Kämpfern westliche Vororte Mosuls angriff, waren es überwiegend lokale Widerstandsgruppen und Stammesmilizen, die innerhalb von drei Tagen die Regierungstruppen mit einer nominellen Stärke von 30.000 Mann in die Flucht schlugen.

Die Aufständischen in Mosul gehören zu einer Allianz, die sich unter dem „Allgemeinen militärischen Rat der irakischen Revolutionäre“ (AMRIR) zusammengeschlossen hat. Er war im Sommer 2013 als Reaktion auf die militärische Niederschlagung der Protestkundgebungen gebildet worden und im Januar 2014 mit seinem ersten Kommuniqué offiziell in Erscheinung getreten. Darin hebt er hervor, dass er eine irakisch-patriotische, nicht-konfessionelle Bewegung vertrete, die vor allem von den irakischen Stämmen getragen werde.¹⁰

In ihm vereint sind regionale und städtische Militärräte, die zum Schutz vor Regierungstruppen gebildet wurden, Stammesräte und arabisch-nationalistische, überwiegend sunnitische Widerstandsgruppen, die bis Ende 2011 gegen die Besatzer gekämpft hatten. Die bewaffneten Widerstandsgruppen hatten nach Abzug der US-Truppen ihre bewaffneten Aktionen eingestellt und sich über politische Frontorganisationen der Protestbewegung angeschlossen. Nach den Angriffen der Armee auf die Protestcamps 2013 griffen sie jedoch erneut zu den Waffen.

Auf politischer Ebene spielt, wie schon beim Kampf gegen die Besatzung, die Vereinigung der muslimischen Gelehrten im Irak (AMSI) eine führende Rolle. Sie ist die größte Organisation sunnitischer Geistlicher im Land und vertritt 3.000 Moscheen.

Vom gewaltfreien Protest zum Aufstand

Der Fall von Mosul kam keineswegs so überraschend, wie es den Berichten westlicher Medien zufolge scheint. Er bildet nur den bisherigen Höhepunkt eines Aufstands, der sich als Reaktion auf die militärische Niederschlagung einer breiten Protestbewegung entwickelt hat, die alles andere als revolutionär war. Ihre Forderungen, die in regionalen Koordinierungsgremien formuliert wurden, orientierten sich überwiegend an konkreten lokalen Anliegen und reichten von der Entlassung politischer Gefangener und der Streichung der »Antiterror«- und »Entbaathifizierungs«-Gesetze, über die Wiederherstellung der Basisversorgung sowie staatlicher Dienstleistungen bis hin zu einem Ende des auf ethnischen und konfessionellen Grundlagen basierenden politischen Systems.

Der damalige irakische Präsident Maliki verweigerte jedoch jegliche Verhandlungen und intensivierte stattdessen den Ausschluss der sunnitischen Kräfte, die sich am politischen System beteiligen wollten. Die Protestaktionen selbst bekämpfte er mit gewohnter Härte. Schon in den ersten Tagen wurden mindestens zehn Demonstranten erschossen und über 100 verletzt. Die Protestaktionen, denen sich nun viele prominente sunnitische Politiker und Stammesführer anschlossen, blieben dennoch bis Ende April 2013 überwiegend gewaltfrei – ein einmaliges Angebot an Maliki, die Konflikte politisch zu lösen, so Vertreter von Gruppen, die zuvor bewaffnet gegen die US-Truppen gekämpft hatten, aber keinen innerirakischen Krieg wollten.¹¹

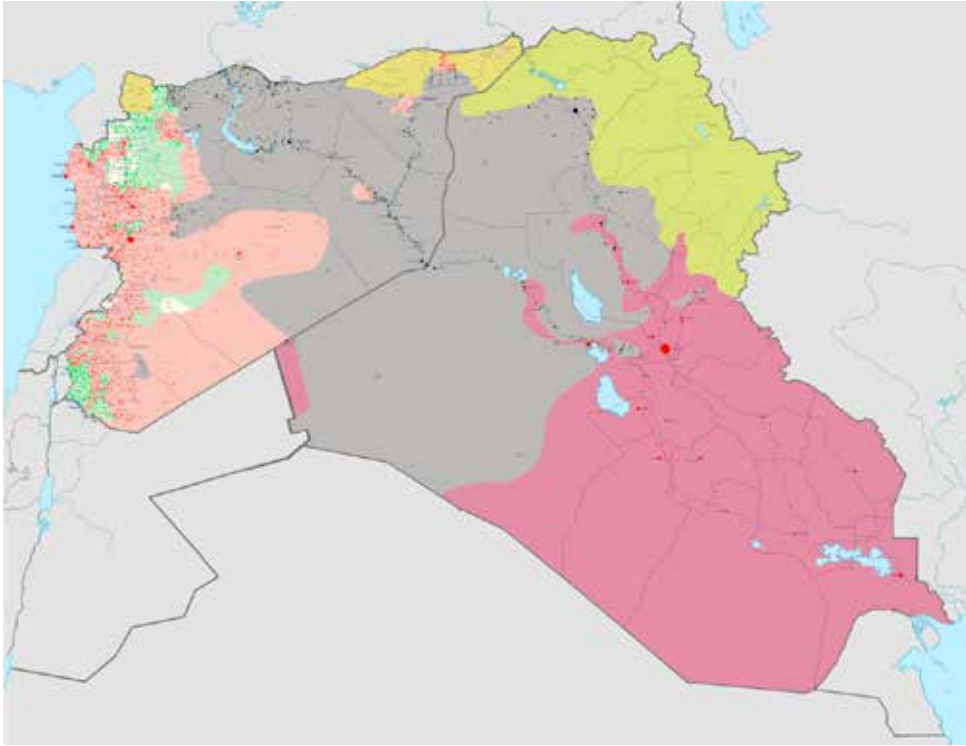
Nachdem am 23. April 2013 Malikis Truppen dann aber beim Sturm auf ein Protestcamp in Hawidscha bei Kirkuk das Feuer eröffneten, über 50 Demonstranten töteten und 110 verwundeten, griffen viele wieder zu den Waffen.

Der dritte Feldzug gegen Falludscha

Als Malikis Truppen Ende Dezember 2013 das Protestcamp im Zentrum Falludschas stürmten und erneut ein Blutbad anrichteten, ging die Stadtbevölkerung auf die Barrikaden und trieb Armee und Nationalpolizei aus der Stadt. Ein aus Stammesführern, ehemaligen Armee-Offizieren, Geistlichen und anderen führenden Persönlichkeiten gebildeter „Militärischer Rat“ übernahm die Kontrolle.

Das weitere Geschehen und die Berichterstattung darüber sind symptomatisch. ISIL-Kämpfer nutzten die Situation, drangen in die Stadt ein und verkündigten mit ihrer üblichen Dreistigkeit, sie hätten nun die Kontrolle über die Stadt übernommen. Bilder von ISIL-Fahnen auf einigen Verwaltungsgebäuden gingen um die Welt. Tatsächlich hingen sie nur wenige Minuten. Die lokalen Kräfte trieben, wie die International Crisis Group (ICG) ermittelte, die Dschihadisten rasch wieder an den Rand der Stadt zurück.¹² Auch in den folgenden Monaten konnte ISIL nur vom Rand der Stadt aus operieren. Dennoch berichten die Medien seither, Falludscha sei in der Hand von ISIL und bekam Bagdad internationale Unterstützung für die folgenden Luft- und Artillerieangriffe auf die angebliche „Terroristen-Hochburg“.

Die USA gaben nun Waffenlieferungen frei, die seit langem



Karte des Bürgerkriegs in Syrien und des Aufstands im Irak - in den Farben markiert die Einflussbereich der: syrischen Rebellen; der syrischen Regierung; des Islamischen Staats (IS); der al-Nusra-Front; der syrischen Kurden; der irakischen Kurden und umstrittene Gebiete.

Die Karte in einer besseren Auflösung und einer konkreten Zuordnung zu den einzelnen Gruppierungen findet sich unter diesem [LINK](#).

auf Eis lagen und auch die UN-Mission im Irak stellte sich hinter die Maliki-Regierung, ohne ein einziges Mal mit Vertretern des Militärrates der Stadt zu sprechen. Sie unterstützte die Belagerung Falludschas, obwohl bereits im Januar 2014 mindestens 109 Zivilisten durch Artilleriebeschuss getötet und 632 verwundet worden waren.

Die Bürger Falludschas hatten nichts für ISIL übrig, so die ICG in ihrem Report über die Ereignisse, aber die fortwährenden Angriffe steigerten Woche für Woche den Hass auf Zentralregierung und Armee, während die militärische Stärke der Dschihadisten half, die Angriffe der Armee immer wieder zurückzuschlagen. Dies wiederum konnte die Regierung zur Rechtfertigung weiterer Angriffe nutzen – ein Teufelskreis, so die ICG, aus dem die Stadt in der Folge nicht mehr heraus kam.

Nach den verheerenden Angriffen der US-Armee im April und November 2004 ist dies nun der dritte Feldzug gegen die Stadt - wie damals unter dem konstruierten Vorwand des Kampfes gegen Al-Qaeda-nahe Gruppen. Neben Maliki profitierte davon auch ISIL, der durch seine Verdienste bei der Verteidigung Falludschas erstmals seit 2008 wieder eine gewisse Basis im Land aufbauen konnte.

Die Bomben auf Falludscha schürten die Wut innerhalb der gesamten sunnitischen Bevölkerung. Massive Luftangriffe auf Wohnviertel und das Zentralkrankenhaus in Falludscha im Mai 2014 dürften das Fass zum Überlaufen gebracht haben. In Ramadi hatte das Gros der Stämme anfänglich die Präsenz von ISIL in der Stadt und seiner Umgebung aktiv bekämpft. Von nun an wurde er auch für sie, wie wohl für die meisten Sunniten, gegenüber dem Maliki-Regime zum kleineren Übel.

Machtverhältnisse im Aufstandsgebiet

Auch westliche Medien mussten feststellen, dass weite Teile der Bevölkerung die Vertreibung der Regierungskräfte aus Mosul und anderen Städten als Befreiung feierten und der größte Teil der Flüchtlinge nicht vor islamistischen Kämpfern floh, sondern aus Angst vor Gegenangriffen der Regierung. „Wir erhielten Mitteilungen von den Aufständischen, in denen

sie versicherten, dass niemandem ein Leid geschehe und alle Minderheiten durch sie geschützt würden“, teilte Ali Aziz, Mitarbeiter einer humanitären Organisation, dem Guardian mit. „Sie waren wirklich willkommen und wir sind überglücklich, sie, statt die blutigen, brutalen Kräfte Malikis hier zu haben.“ Sympathien für ISIL hätten die Bürger Mosuls so wenig wie für Maliki, so die befragten Stadtbewohner, Sie fühlten sich nun aber befreit von einem schrecklichen Alptraum, der sie 11 Jahre lang erstickte. „Die Armee und Polizei hatten nie aufgehört, Leute zu verhaften, einzusperren und zu töten, ganz zu schweigen von Bestechungsgeldern, die sie von den Familien der Gefangenen erpressten.“¹³

Der Aufstand weitete sich in den folgenden Monaten noch erheblich aus. Der größte Teil von Ninive, Salah ad-Din und Anbar im Norden und Westen des Landes, weite Teile von Kirkuk und einige Gebiete in Diyala und Babylon – nord-östlich bzw. südlich von Bagdad – sind unter der Kontrolle von ISIL und aufständischen Gruppen. Die Lage in den irakischen Gebieten, die auf den Karten westlicher Experten als „ISIL-kontrolliert“ gekennzeichnet sind, ist jedoch sehr unübersichtlich. Auch die wahre Stärke der aufständischen lokalen Gruppen sowie die Machtverteilung und das Ausmaß an Kooperation zwischen ihnen und ISIL sind schwer einzuschätzen.

Sprecher von AMRIR und Vertreter der zugehörigen Organisation behaupten beharrlich, die meisten der eroberten Städte und Gebiete würden von „Revolutionären“, also von Gruppen ihrer Allianz kontrolliert.¹⁴

Vieles deutet tatsächlich daraufhin, dass die gefürchteten Dschihadisten auch an anderen Orten zwar, wie in Mosul, die Offensive starteten, selten jedoch die alleinige Kontrolle übernehmen konnten, sondern diese meist mit den in den örtlichen Militär- und Stammesräten zusammengeschlossenen Kräften teilen oder ihnen ganz überlassen mussten. Ein Teil des Territoriums, das der Kontrolle der Zentralregierung entzogen wurde, wurde nun von anderen bewaffneten Anti-Regierungs-Gruppen kontrolliert, stellte auch ein Report des Washingtoners „Institute for the Study of War“ mit dem Titel „Jenseits des Islamischen Staates: Iraks sunnitischer Aufstand“ fest, der auch

auf Karten die identifizierten Gebiete anzeigt.¹⁵ Diese Gruppen – genannt werden u.a. die Naqshbandi Armee, die „Brigaden der 1920er Revolution“ und die „Islamische Armee“ – würden zwar militärisch gegen die Regierung operieren, aber, im Unterschied zu ISIL, keine Zivilisten angreifen. Sie würden ihre Ziele zwar in Form von politischen Forderungen und Lösungsvorschlägen formulieren, in der Praxis würden diese eine vollständige Auflösung des aktuellen politischen Systems bedeuten. Aufgrund ihrer breiten Verankerung würden diese Gruppen auch dann der Wiedererlangung der Kontrolle durch Bagdad entgegenstehen, wenn ISIL mit ausländischer militärischer Unterstützung besiegt würde.

Während Bagdad seinen Gegner als enge Allianz zwischen ISIL und „baathistischen Kräften“ beschreibt, verneinen die meisten oppositionellen Gruppen eine direkte Zusammenarbeit mit ISIL und sprechen von parallelen, aber unkoordinierten Angriffen auf denselben Feind. „Auch wenn verschiedene Arten von Gewehren auf die Zentralregierung gerichtet sind, so bedeutet dies keineswegs, dass es irgendeine Koordination oder Kooperation gibt“, entgegnete der offizielle Sprecher des AMRIR, General Mizher Al Qaissi, auf die Frage von Al Jazeera nach einer Kooperation mit ISIL. „Einige Gruppen haben vielleicht das gleiche Ziel und dieses deckt sich mit unserem Timing, aber wir machen unsere Pläne und führen Belagerungen durch, während diese anderen Gruppen ihre eigenen Pläne und Agenden haben mögen.“¹⁶

Stärke heruntergespielt

Offensichtlich ist ISIL jedoch wesentlich stärker und sein Herrschaftsbereich größer, als es die aufständischen Gruppen glauben machen wollen. Auch in Mosul ist seine Präsenz offenbar stark genug, um Bevölkerungsgruppen, wie die Christen, zu terrorisieren. Diese waren von ISIL vor die Wahl gestellt worden, sich dem Dhimma, dem alten Schutzabkommen für Angehörige anderer Religionen unter islamischer Herrschaft zu unterwerfen, inklusive Bezahlung der früher obligatorischen Kopfsteuer, „Dschizya“, oder zum Islam zu konvertieren. Andernfalls bliebe „ihnen nur noch das Schwert.“¹⁷ Die anderen Gruppierungen verurteilen zwar dieses und andere verbrecherische Vorgehen, wollten oder konnten dem aber nichts entgegensetzen, da dies die vollständige Vertreibung der ISIL-Einheiten aus Mosul und damit die direkte Konfrontation erfordert hätte.

Während die dem Iran nahestehende Patriotische Union Kurdistans (PUK) sofort nach dem Fall von Mosul und anderer Städte begann, zusammen mit schiitischen Milizen den Kampf mit ISIL und den aufständischen arabischen Sunniten aufzunehmen, hielten sich die Peshmergas der stärker mit der Türkei verbandelten KDP anfangs zurück. Die KDP-Führung hatte gute Kontakte zu wichtigen aufständischen Gruppen und hoffte den faktischen Waffenstillstand an den Grenzen der von ihr kontrollierten Gebiete verlängern zu können. ISIL habe aber, so ein KDP-Vertreter, „die arabisch-nationalistischen Gruppen, die in Mosul dominierten, ausgebootet“ und im August 2014 eine große Offensive gegen KDP-Gebiete gestartet. Durch die dadurch in Gang gesetzte militärische Eskalation gerieten letztlich die gesamten sunnitischen Regionen in die Konfrontation mit den sich nun verbündenden Kräften der Zentralregierung und der Kurdischen Autonomen Region.

Mit dem Erfolg erhielt ISIL auch erheblichen Zulauf, nicht zuletzt aus dem Ausland. Ging man in Washington im Juli

2014 noch von rund 10.000 Kämpfern aus, schraubte die CIA ihre Schätzung im September auf 20.000 bis 32.000 in beiden Ländern hoch.¹⁸ Inwiefern dies realistisch ist, ist schwer zu sagen, mit Sicherheit nahm die militärische Schlagkraft seiner Verbände erheblich zu und gleichzeitig auch der Teil des Territoriums, das unter seiner Kontrolle steht.

„Amman Konferenz zur Rettung Iraks“

Nach einem ersten Treffen in Irbil, der Hauptstadt der kurdischen autonomen Region, kamen die aufständischen Kräfte Mitte Juli 2014 zu einem mehrtägigen Treffen in Amman zusammen, um sich auf ein einheitliches Vorgehen zu einigen. Die auf dieser „Amman Konferenz zur Rettung Iraks“ von über 200 Vertretern oppositioneller Gruppen und Stammesführern vereinbarte Koalition umfasst laut Jordan Times den größten Teil der Stammes- und Rebellentruppen im Irak. ISIL wurde nicht eingeladen und ist außen vor. Obwohl arabische Medien breit über die Konferenz und die massive Verärgerung Bagdads über ihre Duldung durch Jordanien, die zur Abberufung des irakischen Botschafters führte, berichteten, war es westlichen Agenturen keine Meldung wert.

In ihrer Abschlusserklärung fordern die Konferenzteilnehmer die internationale Gemeinschaft auf, der legitimen Rebellion, deren Ziel es sei, den Irak und die Region vor einer unsicheren Zukunft und nachteiligen Folgen zu schützen, die nötige Unterstützung zu geben.¹⁹ Die oppositionelle Allianz fordert die Abschaffung der „Antiterrorgesetze“, die Freilassung politischer Gefangener und die Aufnahme von Änderungen in die Verfassung, durch die den „sektiererischen Regierungen“ ein Ende gesetzt werde. Keine Einigung konnte offenbar über die künftige Beziehung zu ISIL erzielt werden. Während die meisten zumindest auf Distanz bleiben – wenn nicht aktiv seinen Einfluss begrenzen – wollten, drängten einige einflussreiche Stammesführer darauf, die Beziehungen zu den ungeliebten Dschihadisten auszubauen, da diese über besseren Nachschub an Geld und Waffen verfügten als sie.²⁰

US-Luftangriffe auch gegen sunnitische Opposition

Während den westlichen Medien zufolge die Provinz Anbar im Oktober 2014 fast vollständig unter die Herrschaft ISILs fiel, hieß es auf dem Internetportal von AMSI, „Revolutionäre“ hätten „die Kontrolle über den Großteil des Territoriums von Anbar übernommen.“²¹ Berichte aus der Provinzhauptstadt Ramadi legen nahe, dass es nach wie vor weniger Angriffe von außen sind, die die Regierungskräfte in die Flucht schlagen, als lokale Aufständische. So zog sich die Armee am 5. Oktober 2014 kampfflos aus dem Stadtgebiet Ramadis in eine Basis außerhalb der Stadt zurück. Anwohner erzählten arabischen Journalisten, die Stadt sei danach praktisch frei von Polizei und Regierungstruppen gewesen und lokale aufständische Gruppen hätten die Kontrolle übernommen. Das gleiche Bild zeigt sich auch in anderen Städten von Anbar.²²

Folgerichtig werden die Luftangriffe der Nato-Staaten – 1400 zwischen August 2014 und Anfang 2015²³ – von der sunnitischen Opposition als Angriff auf sich selbst begriffen. Das Land durchlaufe entscheidende Tage und sei mit einem neuen blutigen Krieg konfrontiert, der Jahre dauern und alle Fähigkeiten der irakischen Bevölkerung erfordern werde, heißt es in einer Erklärung des AMRIR vom 20. September 2014 zur Wiederaufnahme der Kriegshandlungen durch die USA. Die US-

amerikanische Strategie beruhe auf Luftangriffen und Bodentruppen zur Unterstützung einer konfessionell-sektiererischen Armee, begleitet von einer Mobilisierung schiitischer Milizen, die von iranischen Al Quds Einheiten unterstützt würden.²⁴

AMSI schrieb in einer Erklärung zur Ankündigung der US-Regierung, weitere 1500 Soldaten in den Irak zu schicken, sie betrachte diese Erhöhung auf „eine Gesamtzahl von über 3000 Kämpfer im Irak“, die „Bildung einer internationaler Koalition, den Aufbau von Militärbasen im Nordirak, die fast täglichen Luftangriffe und die Bombardierung ziviler Gebiete unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung, als Wiederstationierung von US-Truppen und eine schrittweise Wiederaufnahme der Besetzung des Iraks.“²⁵

Jenseits von ISIL – Gräueltaten regierungsnaher Milizen

Der Großteil der Aufmerksamkeit der Welt richte sich auf den Islamischen Staat, so Erin Evers, die Irak-Beauftragte von Human Rights Watch, Ende September 2014, „doch dessen aufsehenerregenden Tötungen und Entführungen sind nur ein Teil der Geschichte von abscheulichen Misshandlungen.“ Dazu gehören auch die, „die irakischen Zivilisten durch Regierungstruppen und schiitische Milizen erleiden.“²⁶ Sie hatte in den Tagen zuvor Zeugen zur Belagerung von Latifiyya angehört, einer mehrheitlich sunnitischen Stadt im sogenannten „Bagdad-Gürtel“, deren Bevölkerungszahl infolge der Angriffe der berüchtigten 17. Division und Milizen, die noch immer unter Kontrolle des Ex-Premiers Nuri al-Maliki stehen, in den vergangenen Monaten von 200.000 auf 50.000 schrumpfte. Dutzende Bürger der Stadt waren entführt und ermordet worden. Anwohner berichten von Exekutionen auf offener Straße, nur wenige Meter von Polizeiposten entfernt. Am 11. Juni 2014 verschleppten Milizionäre 137 Männer von einem Markt der Stadt. Die Leichen von 30 von ihnen wurden gefunden, von den Übrigen fehlt jede Spur.

Teufelskreis religiös motivierter Gewalt

Es gäbe Dutzende Berichte in Latifiyya und anderen Städten im „Bagdad-Gürtel“, die Evers gehört habe. In vielen Gegenden seien die meisten Männer entweder getötet worden oder geflohen. In der Diyala-Provinz überfiel, wie die UNO berichtete, die schiitische „Liga der Gerechten“ im August 2014 mehrere Städte, zerstörte zahlreiche Häuser, brannte mehrere sunnitische Moscheen nieder, entführte über 200 Männer und ermordete mehr als 50.²⁷

Auch Amnesty International dokumentiert in ihrem 28-seitigen Report Dutzende Fälle von Verschleppungen und Exekutionen durch schiitische Milizen in Bagdad, Samarra, Kirkuk und viele andere Städte im ganzen Land.²⁸ Allein in Samarra wurden dem Report zufolge seit Anfang Juni 2014 170 junge sunnitische Männer entführt. Dutzende von ihnen wurden später tot aufgefunden, vom Rest fehlt jede Spur. Zum Teil wurden sie wegen des Verdachts der Unterstützung oder heimlichen Sympathie für ISIL ermordet, teils willkürlich als Vergeltung für ISIL-Angriffe. Diese Milizen, „oft von der irakischen Regierung bewaffnet und unterstützt“, operieren, so AI, mit „unterschiedlichem Grad der Kooperation mit Regierungskräften“.

Die Macht der schiitischen Milizen, die z.T. auch vom Iran militärisch unterstützt werden, wuchs ab Juni 2014 massiv, nachdem sich die regulären Streitkräfte als wenig schlagkräf-

tig erwiesen hatten. Sie tragen Uniform, operieren aber völlig außerhalb des Gesetzes. Sie greifen zu den gleichen Mitteln – Verschleppung, Ermordung und Vertreibungen –, die sie bereits 2005 bis 2008 massenhaft gegen die sunnitische Bevölkerung anwandten. Mit ihrer Förderung durch die Regierung schraubte sich, so AI, die Spirale konfessioneller Gewalt durch sunnitische und schiitische Extremisten auf ein Niveau, wie es seit den schlimmsten Tagen zwischen 2006 bis 2007 nicht mehr gesehen wurde. „Indem sie Milizen ihren Segen geben, die routinemäßig solche fürchterlichen Gewaltakte begehen, unterstützt die Regierung Kriegsverbrechen und feuert einen gefährlichen Teufelskreis religiös motivierter Gewalt an, der das Land zerreißt,“ so Donatella Rovera, Krisenbeauftragte von Amnesty International, in der Presseerklärung zum Bericht.²⁹

Schiitische Milizen und Peschmergas – Verbündete und Gegner

Mehrere der berüchtigten schiitischen Milizen kämpfen auch gemeinsam mit kurdischen Peschmergas im Nordosten Iraks gegen ISIL. Dabei kommt es, wie die UNO berichtet, häufig zu Racheangriffen auf Sunniten. „Marodierende regierungsnaher Milizen nutzen den Kampf gegen den Islamischen Staat als Vorwand, um sunnitische Gemeinden quer durchs Land zu zerstören“, schreibt das renommierte US-Magazin Foreign Policy.³⁰ Sie hindern sunnitische Familien in ihre zeitweilig von ISIL besetzten Städte und Dörfer zurückzukehren. Häufig kommt es auch zu Brandschatzungen, z.T. werden ganze Dörfer niedergebrannt. Ein Video zeigt, wie schiitische Kämpfer einen Mann köpfen, der der Kollaboration mit ISIL beschuldigt wurde.³¹

Peschmergas und schiitische Milizen sind jedoch alles andere als enge Verbündete. Dort, wo der gemeinsame Feind vertrieben wurde, stehen sie sich sofort feindselig gegenüber. Die Gebiete, die sie von ISIL und sunnitischen Widerstandsgruppen säubern wollen, liegen in dem breiten, an das kurdische Autonomiegebiet angrenzenden Streifen Land, der von den herrschenden irakischen Kurdenparteien zusätzlich beansprucht wird und im Westen als „umstrittene Gebiete“ (disputed areas) bezeichnet wird. Beide Seiten sind daher bemüht, erobertes Terrain für sich zu sichern.³²

Im Aufwind – die Kurden

Hauptnutznießer der aktuellen Entwicklung im Irak sind die nach Unabhängigkeit strebenden Kurden des Landes, allen voran der Barzani-Clan und seine KDP. Insbesondere die offene, an der Zentralregierung vorbei durchgeführte militärische Aufrüstung ihrer Peschmerga-Verbände, die sie seit vielen Jahren vergeblich gefordert hatten, bedeutet einen weiteren großen Schritt voran in Richtung faktische staatliche Unabhängigkeit.

Auch das Zurückweichen der irakischen Armee vor ISIL und den aufständischen Gruppen kam den Kurdenparteien sehr gelegen. Die Peschmergas rückten sofort nach und besetzten nun weitere große Teile des bis zu 100 Kilometer breiten Streifens Landes, das sie jenseits der Grenze der Kurdischen Autonomen Region (KAR) beanspruchen. Während sie nördlich und westlich von Mosul die Gebiete um Sindschar und Tal Afar aufgeben mussten, konnten sie die wesentlich bedeutendere Hauptstadt der Nachbarprovinz, Kirkuk, und ihre Umgebung, in denen die zweitgrößte Erdöllagerstätte des Irak liegt, vollständig unter kurdische Hoheit bringen.



Sunnitische Proteste gegen die Mailiki-Regierung. Quelle Voice of America News: Selah Hennessy - über Wikimedia

„Umstrittenen Gebiete“

Ein großer Teil dieser „umstrittenen Gebiete“ steht bereits seit 2003 unter kurdischer Kontrolle, als sie zusammen mit den US-amerikanischen Invasionstruppen einmarschierten. Irakische Armee und Peschmergas standen sich jahrelang schussbereit an der Demarkationslinie gegenüber, mehrfach mussten die Besatzer dazwischen gehen. Die kurdische Regionalregierung (KRG) hat dennoch auch schon für Ölfelder, die in diesen Gebieten liegen, Konzessionen an ausländische Ölkonzerne, darunter Total und die US-Multis Exxon-Mobile und Chevron, vergeben und damit die Spannungen mit der Zentralregierung extrem zugespitzt. Mit dem Abschluss der für Exxon, Chevron und Total außerordentlich vielversprechenden Geschäfte schufen die Kurden jedoch in den beanspruchten Gebieten harte Fakten und konnten darauf hoffen, dass die Multis ihre erheblichen Investitionen zu schützen wissen.

Exxon und Total verschoben ihr Engagement vom Süden in den Norden, da ihnen die Abkommen mit der Zentralregierung, die nur Service-Aufträge für ein bis zwei Dollar pro zusätzlich gefördertem Öl vergab, nicht attraktiv genug erschienen. Chevron hat sich erst gar nicht um solche Aufträge bemüht. Die KRG bietet hingegen sog. „Production Sharing Agreements“, die den Konzernen faktisch Anteile an den Ölvorräten verschaffen – Abkommen, die für so leicht zu förderndes Öl völlig unüblich sind und auch von keinem Land der Region gewährt werden.

Auch deutsche Wirtschaftskreise fühlen sich davon angezogen und scheinen die unter kurdischer Kontrolle stehenden Energieressourcen denen im Süden vorzuziehen. Beim Kongress der CDU/CSU über »Außenpolitische Aspekte der deutschen Rohstoff- und Energiesicherheit« am 20. März 2013, am 10. Jahrestag des Irakkrieges, sprach – in Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern deutscher Energiekonzerne – auch Nechirvan Barzani, ein Neffe von Massud Barzani und Ministerpräsident der KAR, aber niemand aus Bagdad.³³

Dennoch hatten sich die Bemühungen der Kurden um größere Unabhängigkeit festgefahren. Sie hatten in den letzten Jahren zwar die Ölförderung auf ihrem Territorium mittels eigenmächtiger Abkommen mit ausländischen Konzernen erheblich ausgebaut und im Mai 2014 auch eine eigene Pipeline in die Türkei in Betrieb genommen, konnten das Öl aber aufgrund des Widerstands der Zentralregierung nur schwer verkaufen.

Washington, bemüht das offene Auseinanderbrechen des Iraks zu vermeiden, unterstützte bisher Bagdads Sicht, dass solche eigenmächtigen Verkäufe illegal sind – trotz des Drucks der involvierten Ölkonzerne und der türkischen Regierung. Keiner der riesigen Öltanker, die im türkischen Ceyhan mit kurdischem Öl beladen wurde, konnte seine Ladung bisher legal löschen. Sie dümpelten seit Wochen im internationalen Gewässer, um der von Bagdad beantragten Beschlagnahme zu entgehen.

Verlässlichster Partner des Westens

Mit dem Vorrücken von ISIL im Irak und dem Kollaps der Regierungstruppen avancierten die irakischen Kurden plötzlich zur einzigen verlässlichen Kraft. Dies machte nicht nur den Weg frei für direkte Waffenlieferungen an Barzanis KDP und den Einsatz der US-Luftwaffe zur Unterstützung ihrer Peschmergas im Kampf um die „umstrittenen Gebiete“, sondern könnte auch die Tür für den Export kurdischen Öls öffnen. Ende August 2014 verwarf ein US-Gerichtshof das Urteil eines Distrikt-Gerichtes, den vor der texanischen Küste liegenden Tanker United Kalavryta mit Rohöl im Wert von knapp 100 Millionen US-Dollar an Bord zu beschlagnahmen. US-Experten erwarten nun bald auch die Erlaubnis, das Öl in einem texanischen Hafen zu entladen. Die KRG hat seither ein weiteres Dutzend Tanker beladen und auf See geschickt, offensichtlich mit Grund zur Hoffnung, das kostspielige Unterfangen werde sich auszahlen.

Kämpfer von Barzanis Kurdisch-Demokratischer Partei hatten im Juni auch direkt schon die Förderanlagen des Kirkuk- und des Bai Hassan-Ölfeldes requiriert und die dort arbeitenden Angestellten der staatlichen Northern Oil Co vertrieben. Diese Ölfelder haben zusammen eine Förderleistung von rund 500.000 Barrels pro Tag (bpd), ein Fünftel der gesamten irakischen Kapazität.³⁴ Mitte Oktober 2014 begannen die Kurden daraus auch 200.000 Barrels täglich zu den Raffinerien zu pumpen, die unter ihrer Kontrolle stehen und damit Öl aus eigenen Ölfeldern für den Export frei zu machen. Sie haben ihren Ölexport im Sommer von 180.000 auf 240.000 bpd gesteigert und wollen ihn bis Ende des Jahres auf 400.000 bpd ausbauen. Wohin die illegalen Exporte gehen, bleibt im Nebel. Ein Teil floss im Sommer offenbar nach Ungarn, aber auch Österreich und Deutschland scheinen Anteile erhalten zu haben.³⁵

Massoud al-Barzani, KDP-Chef und Präsident der KAR, kündigte auch unmittelbar nach der Übernahme von Kirkuk



Kurdisch kontrollierte Gebiete bis Juni 2014. Quelle: Maximilian Dörrbecker, Juni 2008, Wikipedia

ein baldiges Referendum über die Unabhängigkeit der von KDP und PUK kontrollierten Gebiete an.³⁶ Sukzessive werden die eroberten Gebiete in die politischen Strukturen der KAR eingebunden. 24.000 Peschmergas kontrollieren nun Kirkuk und das kurdische Regionalparlament eröffnete Mitte Oktober 2014 bereits eine Repräsentanz in der Stadt, um deren „kurdische Identität zu unterstreichen.“

Die Stadt Kirkuk ist jedoch keineswegs überwiegend kurdisch geprägt. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war sie mehrheitlich turkmenisch, 1977 stellten schon, nachdem der Bedarf an Ölarbeitern viele arabische Familien in den Norden gezogen hatte (evtl. auch gefördert durch die Regierung), Araber die größte Bevölkerungsgruppe. In der gesamten Provinz betrug ihr Anteil 1997 rund 70 Prozent. Dies hat sich zwar infolge massiver Vertreibungsmaßnahmen von Seiten der Kurdenparteien seit 2003 zugunsten der Kurden verschoben, eine Mehrheit stellen sie jedoch sicherlich noch nicht.

Die neue irakische Verfassung sieht im Artikel 140 vor, dass der Status von Kirkuk per Referendum geklärt werden soll. Da dessen Durchführung die Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen mit Sicherheit explodieren ließe, wurde es auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Artikel 140 sei nun endlich umgesetzt, wenn auch durch besondere Umstände, erklärte Barzani im Juni 2014 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem britischen Außenminister. Jegliche weitere Diskussion über diesen Artikel sei damit überflüssig.³⁷ Das sehen die übrigen Bevölkerungsgruppen und die anderen Parteien – unabhängig von Konfession und ideologischer Ausrichtung – naturgemäß anders. Der Widerstand gegen die Annexion ist längst nicht überwunden und wird wieder aufleben, sobald sich die Lage an den anderen Fronten geklärt hat. Der nichtkurdische Teil der Bevölkerung in Kirkuk wird die Herrschaft der Kurdenparteien nie akzeptieren.

Diese wiederum bemühen sich, den Widerstand gegen die Annexion im Keim zu ersticken. So wird offenbar vielen Arabern mittlerweile der Zugang zur Provinzhauptstadt verwehrt. Peschmerga stünden nun an den Checkpoints rund um Kirkuk und hätten die Aufgabe, die Zivilisten von Militanten zu trennen, so die Rechtfertigung eines kurdischen Offiziers.³⁸

Reporter des niederländischen Fernsehprogramms Nieuwsuur berichten, auch kurdische Peschmergas würden Gefangene exekutieren. Der niederländisch-kurdische Kommandant der „Kurdischen Volksverteidigungskräfte“, Serdar Dosky, teilte ihnen mit, als er die Kamera abgeschaltet glaubte, sie würden keine Gefangene machen. „Wir geben ihnen eine Kugel. Eine Kugel kostet 50 Cents. Wir geben ihnen eine zweite Kugel und sind sie los.“ Peschmergas haben Nieuwsuur zufolge auch aus Rache für die Ermordung kurdischer Kämpfer das arabische Dorf Barzan, nördlich von Mosul, nahe der Grenze zur KAR, vollständig zerstört.³⁹ KRG-Vertreter bestreiten zwar die Vorwürfe, sie werden aber durch einen Bericht des US-Mediennetzwerks NPR gestützt.⁴⁰ Demnach hatten US-amerikanische Luftangriffe bereits einige Häuser dem Erdboden gleichgemacht. Die Peschmergas sprengten die, die noch standen, in die Luft, damit ihre Bewohner nie mehr wiederkommen. Die Araber seien alle ISIL-Sympathisanten, so kurdische Kämpfer gegenüber NPR. Sie hätten die Peschmergas, die die Gegend zuvor kontrollierten, als Besatzer beschimpft und die sunnitischen Kämpfer als Befreier begrüßt.

Krieg gegen den Wiederaufbau eines einigen, souveränen Irak

Nach längerem Tauziehen wurde Haider al-Abadi im September 2014 als neuer irakischer Regierungschef vereidigt. Amnesty International appellierte an ihn, den Verbrechen der Regierungstruppen und verbündeter Milizen ein Ende zu bereiten und Human Rights Watch fordert Washington auf, die schweren Vergehen der Regierung in Bagdad und ihrer Milizen nicht länger zu unterstützen. „Das ganze letzte Jahr über haben die USA ununterbrochen militärisches Material an Bagdad geliefert“, so HRW, trotz vieler dokumentierter „entsetzlicher Verbrechen durch Regierungskräfte“, wie „willkürliche Luftangriffe, die in sunnitischen Gebieten Tausende Zivilisten töteten, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen“, sowie „ein Justizsystem, das viel häufiger willkürlich als gerecht erscheint.“ Die Eingliederung schiitischer Milizen in die Sicherheitskräfte habe ein Ausmaß erreicht, das sie nun faktisch ununterscheidbar mache.⁴¹

Regierungswechsel – Chancen für eine politische Lösung?

Da es offensichtlich ist, dass die repressive, die Sunniten massiv benachteiligende Politik Malikis den Aufstand in den sunnitischen Provinzen provozierte und damit auch den Boden für das Vordringen von ISIL bereitete, hofft man nun im Westen, al-Abadi werde die Interessen von Sunniten und anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen stärker berücksichtigen. Da den meisten Strategen in Washington bewusst ist, dass ISIL nur im Bündnis mit sunnitischen Kräften zu besiegen ist, ist der Druck auf die neue Regierung groß, zu einem Ausgleich mit „moderaten“ sunnitischen Führern zu kommen. Al-Abadi versprach auch bei seinem Amtsantritt, die Bombardierung sunnitischer Städte einzustellen und die Forderungen der sunnitischen Opposition zu prüfen.

Aus deren Reihen kamen ernsthafte Angebote, den Kampf gegen die Zentralregierung einzustellen und gegen ISIL zu kämpfen, wenn Bagdad zentrale Forderungen erfülle. Neben der Einstellung der Bombardierungen waren dies vor allem die Freilassung der Zigtausend politischen Gefangenen, einen fairen Anteil an Jobs in Verwaltung und Staatsbetrieben, die Haupt-

Erwerbsquellen im Land, und die Rückgabe sunnitischer Stiftungen und Moscheen sowie die Vertreibung schiitischer Milizen aus Bagdad und anderen sunnitischen oder gemischten Städten.⁴²

USA und Iran einig gegen Wiedererstarken Iraks

Faktisch ist Al-Abadi bisher jedoch keinen Schritt auf die Aufständischen zugegangen. Sowohl die Luftwaffe als auch die Artillerie feuern weiterhin in Falludscha und anderen sunnitischen Städten auf zivile Ziele. Das Zentralkrankenhaus von Falludscha wurde direkt am Tag nach der Ankündigung Al-Abadis erneut getroffen. Auch im Oktober 2014 gingen die Angriffe weiter und töteten mindestens 178 Menschen und verwundeten 285. Nach AMSI-Angaben sollen im Jahr 2014 allein in Falludscha insgesamt 5400 Zivilisten infolge von Luft- und Bodenangriffen getötet oder verletzt worden sein, darunter zahlreiche Frauen und Kinder.⁴³

Indem auch der neue Regierungschef auf die militärische Karte setzt und Armee und Milizen sunnitische Gebiete unabhängig davon angreifen, ob sie von ISIL besetzt sind oder nicht, bleibt der sunnitischen Bevölkerung kaum eine Wahl, als den Schulterschluss mit ISIL, um im „Kampf ein Gleichgewicht der Kräfte zu erreichen und in der Hoffnung auf einen fairen Anteil an der Macht.“⁴⁴ Die Frage ist nicht länger, ob die Sunniten ISIL unterstützen oder nicht, so ein Mann aus Hawidscha. „Nun zwingt uns die Not, uns zu verteidigen und die Waffen gegen die angreifenden schiitischen und kurdischen Milizen zu erheben. Und ISIL ist unser einziger Verbündeter in der Region.“⁴⁵

Eine grundsätzliche Änderung der Politik Bagdads war von Malikis Nachfolger auch nicht ernsthaft zu erwarten. Wenn nach dem rasanten Aufstieg ISILs die „Unfähigkeit“ Malikis und der irakischen Politiker in der Grünen Zone Bagdads allgemein geißelt wurde, so wurde geflissentlich übersehen, dass die Politik, die den Irak immer weiter in den Abgrund treibt, bereits unter der direkten US-Besatzung begonnen wurde. Vor 2003 gab es im Irak weder konfessionellen Proporz noch dschihadistische Gruppen. Die USA installierten ein schiitisch-islamistisches Regime, förderten eine einseitig gegen Sunniten betriebene „Ent-Baathifizierung“ und entfesselten schließlich zur Schwächung des Widerstands im Land einen schmutzigen Krieg gegen Sunniten und die unabhängige Intelligenz des Landes. Maliki führte diese Politik nur fort, ab 2009 mit Unterstützung Obamas.

Das Regime, das vor acht Jahren mit Maliki an der Spitze installiert wurde, beruht auf einem Kompromiss zwischen Washington und Teheran. Deren zentrales gemeinsames Ziel bezüglich Irak besteht in der dauerhaften Verhinderung jeglicher Wiederbelebung eines souveränen, arabisch-nationalistisch orientierten irakischen Staates. Die Nominierung Al-Abadis, der der gleichen Partei wie Maliki angehört, beruht auf demselben Kompromiss.

Eine solche, gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtete Zielsetzung lässt sich jedoch nur mit Gewalt durchsetzen, gestützt auf die Betonung religiöser Identitäten und die Mobilisierung ethnischer und konfessioneller Feindseligkeiten inklusive der Förderung fanatischer Milizen. Solange diese Strategie verfolgt wird, ist ein Eingehen Bagdads auf legitime Forderungen der sunnitischen und säkularen Aufständischen, wie auch der oppositionellen schiitischen Kräfte im Süden ausgeschlossen. Damit werden die bewaffneten Aus-

einandersetzungen anhalten, ISIL und andere radikale Milizen Rückenwind behalten und das Land weiter zerfallen.

Das immer massivere militärische Eingreifen der USA auf Seiten der Regierungstruppen, schiitischer Milizen und kurdischer Peschmergas verschärft die Entwicklung weiter. Denn es richtet sich keineswegs allein gegen den „Islamischen Staat“, sondern offensichtlich gegen die gesamte Aufstandsbewegung. Andernfalls hätte man beim Vorgehen eine klare Trennung zwischen dieser und den Dschihadisten vornehmen müssen, wie es u.a. die ICG seit Monaten fordert. Statt die Opposition in den sunnitischen Gebieten gleichfalls als „Terroristen“ abzustempeln, sollten die UNO und die USA anerkennen, dass sie legitime bzw. verhandelbare politische Anliegen verfolgt und der, durch die brutale Niederschlagung friedlicher Proteste eskalierte Konflikt daher durchaus politisch lösbar wäre.

Die erneute mediale Fokussierung auf dschihadistische Kräfte, wie während des raschen Anwachsens des irakischen Widerstands ab 2004, geht exakt in die entgegengesetzte Richtung und dient dazu, das alte, schiitisch-sektiererische Regime in Bagdad wieder zu stabilisieren. Durch das direkte militärische Eingreifen und den Wiederaufbau einer starken Präsenz von US-Truppen will Washington, die Gunst der Stunde nutzend, den eigenen Einfluss auf dieses Regime auch wieder ausbauen, nachdem es sich in den vergangenen Jahren immer mehr an den Iran anlehnte. Nach der angekündigten Entsendung weiterer Einheiten stieg die Stärke der regulären US-Truppen im Irak schon über 4.500 Soldaten. Hinzu kommen noch das Militär unter den 5.500 Mitarbeitern der riesigen US-„Botschaft“⁴⁶ und über 5.000 Söldner, die von ihr angeheuert wurden, sowie eine sicherlich nicht unerhebliche Zahl von verdeckt operierenden Spezialeinheiten.⁴⁷ Auch wenn Obama versichert, die neuen Truppen hätten keinen Kampfauftrag, so sind ihre Einsatzorte direkt an der Front.⁴⁸ Mit dem Hauptquartier der 1. Infanterie Division wurde zudem bereits ein Stab für 10.000 Mann in den Irak verlegt, ein deutliches Indiz für weitreichendere Pläne.⁴⁹

Parallel dazu verstärken die USA auch die militärische Präsenz im irakischen Kurdistan. So plant das Pentagon drei neue Militärbasen, darunter einen Militärflughafen in Erbil. Auch der bereits im Juli begonnene massive Ausbau der CIA-Zentrale in Erbil deutet auf eine Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit hin. Von den 1,6 Mrd. Dollar, die Washington 2015 für Waffenlieferungen in den Irak bereitstellen will, sind 355 Mio. für Barzanis Peschmergas bestimmt.⁵⁰

Während in Syrien der wichtigste Schritt zum Frieden, das Ende der Umsturzbestrebungen durch die NATO-Staaten und ihre Verbündeten, insbesondere die Einstellung der Ausrüstung regierungsfeindlicher islamistischer Milizen wäre, ist der Ausweg aus Chaos und Gewalt im Irak wesentlich schwieriger. Nötig wäre auch hier ein Ende der zerstörerischen Einmischung von außen, sowohl von Seiten der USA und ihren Verbündeten als auch seitens des Irans. Erst hierdurch würde der Weg zur Bildung einer Regierung frei, die tatsächlich alle relevanten Kräfte vertritt, ihre Politik an den Interessen der Bevölkerung orientiert und eine effektive Verwaltung ohne Proporz aufbauen kann, sowie den Provinzen mehr Autonomie gewährt und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen sicherstellt.

Ein erster Schritt wäre die ausschließliche Fokussierung auf den „Islamischen Staat“ zu durchbrechen, einer breiten Öffentlichkeit klar zu machen, dass nicht allein ISIL für brutale Verbrechen verantwortlich ist, Städte angreift und ganze Bevölkerungsgruppen bedroht, sondern auch Regierungstruppen und Milizen der vom Westen unterstützten Regierung in Bagdad.

Anmerkungen

- 1 [U.S. ground troops could be needed in Iraq](#): Chuck Hagel, Reuters, 30.1.2015.
- 2 Stefan Talmon, [Eine Koalition der Willigen reicht nicht](#), FAZ, 8.1.2015
- 3 [Joe Biden Is the Only Honest Man in Washington](#), Foreign Policy, 6.10.2014,
- 4 Nafeez Ahmed, [Follow the Money; Follow the Oil – How the West Created the Islamic State](#), Counterpunch, 12.9.2014
- 5 [How al-Qaeda Changed the Syrian War](#), New York Review of Books, 27.12.2013
- 6 [‘Geen idee hoe erg het er is’](#) (‘We have no idea how bad it is’), De Standaard, 13.8.2014 [Questions about the Yazidis on that Iraq Mountain](#), Peter Van Buren, 13.8.2014
- 7 ISIL würde Frauen zur Genitalverstümmelung zwingen, so lautete beispielsweise eine auf Aussagen der „Humanitären Koordinatorin“ der UNO im Irak, Jacqueline Badcock, basierende Meldung. Diese wurde rasch von allen Medien verbreitet, obwohl diese Praxis nichts mit islamistischer Ideologie zu tun hat. Befragte Bürger Mosuls, darunter Ärzte und Stammesführer, hatten auch nichts dergleichen vernommen, die Geschichte war ein Hoax. [The Islamic State Isn’t Circumcising Women and Didn’t Steal \\$400 Million Either](#), Foreign Policy 24.7.2014, [Rumors of Islamic State ordering female genital mutilation in Mosul fake?](#), RT, 24.7.2014
- 8 Nahezu alle Medien hatten auch die Geschichte über einen gigantischen Bankraub der Gruppe berichtet. Nach der Einnahme von Mosul habe ISIL über 400 Millionen Dollar Bargeld sowie große Mengen Goldbarren aus der dortigen Zentralbank geraubt und sich so zur reichsten islamistischen Organisation der Welt gemacht. Der Raub hat jedoch nie stattgefunden. Nach Angaben des Chefs des Verbands der Privatbanken Iraks gab es keinen Überfall auf die Zentralbank und auch aus anderen Banken Mosuls sei nichts entwendet worden, „nicht mal ein Stück Papier“. [The Islamic State Isn’t Circumcising Women ... a.a.O.](#),
- 9 Juan Cole, [Media, Politicians should stop Letting ISIL Manipulate them](#), Informed Comment, 14.9.2014
- 10 [Communiqué No. 1 - General Military Council for Iraqi Revolutionaries](#), Brussels Tribunal, 15.1.2014
- 11 [Make or Break: Iraq’s Sunnis and the State](#), International Crisis Group, Middle East Report N°144, 14.8.2013
- 12 [Iraq: Falluja’s Faustian Bargain](#), International Crisis Group, Middle East Report N°150, 28.4.2014, Dahr Jamail, [Iraqi Government Killing Civilians in Fallujah](#), Truthout, 3.3.2014
- 13 [Iraq army capitulates to Isis militants in four cities](#), The Guardian, 12.6.2014
- 14 [Interview with Maj. Gen. Mizher Al Qaissi’s, Official Spokesman for The General Military Council for Iraqi Revolutionaries](#), Al Jazeera, 24.6.2014, [Iraq Witnessing a Popular Revolution, Al-Faidhi Says](#), AMSI, 17.6.2014
- 15 Sinan Adna, Aaron Reese, [Beyond the Islamic State: Iraq’s Sunni Insurgency](#), ISW, Oktober 2014
- 16 [Translation of Maj. Gen. Mizher Al Qaissi’s Video with Al Jazeera](#), Al Jazeera, 24.6.2014
- 17 Die Dschizya war das Pendant zu der von Muslimen zu errichtenden Steuer, der „Zakat“. In der von ISIL kontrollierten syrischen Stadt Raqqa, in der die Dschihadisten im Februar ihre mittelalterliche Regeln gewaltsam durchzusetzen suchten, akzeptierte die christliche Gemeinde schließlich ein solches „Schutzabkommen“ und die Zahlung entsprechender Gelder – laut Haaretz je nach Einkommen zwischen 250 bis 1000 Dollar pro Jahr. In Mosul verweigerten die Kirchenführer ein Treffen mit ISIL, der daraufhin ein Ultimatum setzte. Ein großer Teil der Christen floh daraufhin aus der Stadt.
- 18 [Islamic State Rebuilds Its Manpower In Iraq And Syria](#), Musings On Iraq, 15.9.2014
- 19 [Amman Conference Closing Statement](#), Brussels Tribunal, 18.8.2014
- 20 [Amman conference to save Iraq](#), Iraqi opposition, tribes launch new coalition from Amman, Jordan Times, 19.7.2014
- 21 [Revolutionaries manage to control most of Anbar territory](#), AMSI, Iraq News Summary, 5.10.2014.
- 22 [Update On Security In Iraq’s Anbar Provincem](#), Musings On Iraq, 15.10.2014
- 23 [In shift, U.S. military says it is investigating credible civilian casualty reports in Iraq and Syria](#), Washington Post, 6.1.2015.
- 24 Aymenn Jawad Al-Tamimi, [General Military Council for Iraq’s Revolutionaries: 20 September Statement: Translation and Analysis](#), Sep 24, 2014 at 9:47 pm
- 25 [Statement No. 1032 Regarding sending of additional US troops to Iraq](#), AMSI, 9.11.2014
- 26 Erin Evers, HRW, [Beyond Mosul -- The Other Iraq Reality: Shiite Militias besieging Sunni Towns](#), openDemocracy, 26.9.2014
- 27 [Increasing Reports Of Sectarian Attacks By Militias In Iraq](#), Musings on Iraq, 9.10.2014
- 28 [‘Absolute Impunity: militia rule in Iraq’](#), Amnesty International UK, 14.10.2014
- 29 [Iraq: The rise of militia rule](#), Amnesty International UK, 14.10.2014 (dt.: [Irak: Schiitische Milizen begehen Kriegsverbrechen](#))
- 30 [The Gangs of Iraq -- Marauding pro-government militias are using the fight against the Islamic State as a pretext to destroy Sunni Arab communities across the country](#), Foreign Policy, 3.11.2014
- 31 [Increasing Reports Of Sectarian Attacks By Militias In Iraq](#), Musings on Iraq, 9.10.2014, Sarah Margon (HRW), [For Iraq’s Sunnis, sectarian militias pose an extra threat](#), Washington Post, 24.10.2014
- 32 s. z.B. [Shootout between ‘allies’ underscores Iraq divisions](#), 8.10.2014 - In Tuz Khurmatu, a gun battle between Shia militia and Kurdish fighters – nominal partners in the fight against IS militants – highlights the ethnic and sectarian tensions pulling northern Iraq apart.
- 33 Jörg Kronauer, [Tankstelle Kurdistan](#), Deutsche Wirtschaftskreise haben die nordirakischen Energieressourcen schon seit Jahren fest im Blick, junge Welt, 25.8.2014
- 34 [Laut Al-Monitor sind es 700,000-800,000 bpd, 300.000 bpd bis März Iraqi oil sector faces prospect of independent Kurdistan](#), Al-Monitor, 21.7.2014
- 35 [Iraq’s Cash-Strapped Kurds Gear Up For Kirkuk Export Boost](#), mees (Middle East Energy News), 17.10.2014
- 36 [Kurds seize Iraq oilfields, ministers pull out of government](#), Reuters, 11.7.2014
- 37 [Kurds vs Arabs: Kirkuk’s Silent War Of Political One-Upmanship](#), Niqash, 24.10.2014
- 38 [Kirkuk: Iraqi Arabs claim persecution by Kurds](#), AP | Ekuord.net, 30.9.2014
- 39 [„Koerden executeren IS-strijders“](#), Nieuwsuur, 24.10.2014 [Iraqi Kurds worried war crime accusations could ruin Kurdish image](#), Middle East Eye, 3.11.2014
- 40 [In A Back-And-Forth Battle, An Iraqi Town Splits On Ethnic Lines](#), NPR, 16.11.2014
- 41 Erin Evers, [To Defeat ISIS, the US Needs to Hold the Iraqi Government Accountable, too](#), HRW, 28.9.2014
- 42 [Iraqi Sunnis say could join new government, fight Islamic State](#), Reuters 15.8.2014 Juan Cole, [What do Iraq’s Sunni Arabs have in common with Ferguson, Mo. African-Americans?](#), Informed Comment, 21.8.2014
- 43 [In the past year, More than 5400 civilian killed and wounded in Fallujah](#), AMSI, 7.1.2015
- 44 Quesnay, [The Sunni Revolution](#) aaO.
- 45 Quesnay, [The Sunni Revolution](#) aaO.
- 46 [U.S. Plans to Evacuate Many Embassy Workers](#), NYT, 15.6.2014
- 47 [Role of U.S. Contractors Grows as Iraq Fights Insurgents](#), Wall Street Journal, 3.2.2014, [America’s paid boots on the ground - The U.S. may turn to military contractors to fight ISIS](#), The Week, 8.11.2014
- 48 [U.S. Boots On The Ground In Iraq, Advisers Deployed To Anbar And Diyala](#), Musings on Iraq, 16.10.2014, [When will US admit Boots on Ground in Iraq \(3000 Troops\)?](#), Juan Cole, 8.11.2014
- 49 [Army sending division HQ element to Iraq](#), Stars and Stripes, 25.9.2014
- 50 [A breakdown of all the weapons the U.S. wants to give Iraq to fight militants](#), Washington Post, 21.11.2014



Über die Gewalt
Der reißende Strom
wird gewalttätig genannt
aber das Flußbett
das ihn einengt
nennt keiner gewalttätig
Bert Brecht

W&F

Beringstr. 14
53115 Bonn
Tel (0170) 215 63 46
E-Mail: buero-bonn@
wissenschaft-und-frieden.de
www.wissenschaft-und-frieden.de
erscheint vierteljährlich
mit einem Umfang von 60-80 Seiten

W&F

Wissenschaft und Frieden

die unabhängige Vierteljahresschrift für Friedensforschung,
Friedensbewegung und Friedenspolitik

- publiziert zu friedenspolitischen, militärstrategischen
und rüstungstechnischen Fragen,
- untersucht Gewaltursachen und -verhältnisse,
- thematisiert Wege und Möglichkeiten zur Konfliktlösung,
zur Wahrung der Menschenrechte und zur Zukunftssicherung.

Schwerpunkte ab 2013

1/2013

Geopolitik

Dossier: Nichts als die Wahrheit?

2/2013

Kriegsfolgen

Dossier: China – bedenklich sicher

3/2013

Jugend unter Beschuss

4/2013

Der pazifische Raum

1/2014

Konfliktdynamik im »Globalen Norden«

Dossier: Information Warfare und
Informationsgesellschaft

2/2014

Gewalt(tät)ige Entwicklung

Dossier: Friedenslogik statt Sicher-
heitslogik

3/2014

Die Kraft der Künste

Dossier: Ein kritischer Blick auf die
»Schutzverantwortung«

4/2014

Soldat sein

1/2015

Afrika im Fokus

Dossier: Rechter Terror in
Deutschland

In Vorbereitung bzw. Planung:

2/2015: **Technikkonflikte**

Dossier: Zivilklausel

3/2015: **Friedensverhandlungen**

Dossier: Kriegsführung im Cyber-
space

4/2015: **Deutsche Verantwortung**

Dossier: Freundbilder – Feindbilder

Mehr Informationen und Bestellungen unter: www.wissenschaft-und-frieden.de

**IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die
Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154*

AUSDRUCK